

Kommunalwahlprogramm zu den Wahlen am 6. März 2016

Einstimmiger Beschluss der Kreisversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Frankfurt am Main vom 10.10.2015

Nicht final redaktionierte Version

Meine Stadt – Deine Stadt: Die Zurückeroberung des öffentlichen Raums	9
Grünflächen im öffentlichen Raum: Unverzichtbar und prägend für Frankfurt.....	10
Es wird heiß: Planung für die Stadt im Klimawandel	12
Den Verkehrsmittelmix weiter verändern, die Stadt zurückerobern	13
Mal schnell um die Ecke: Zu Fuß gehen, Nahmobilität und die Gestaltung von „Verkehrsräumen“	14
Wohnen in der wachsenden Stadt.....	17
Einfache Lösungen sind hier einfach falsch	17
Die richtigen Orte finden.....	18
Frankfurt endet nicht an der Stadtgrenze.....	19
Die soziale Vielfalt erhalten.....	20
Die richtigen Wohnungen bauen	21
MieterInnen schützen - Den Bestand pflegen und weiter entwickeln	22
Baukultur und Denkmalschutz	23
Die Stadt gemeinsam und nachhaltig entwickeln.....	25
Perspektiven für die Stadtentwicklung: Nachhaltig, innovativ und vielfältig.....	26
Vom Kind her denken: Betreuung und Schule	30
Betreuungsplätze ausbauen, ohne Abstriche an der Qualität.....	31
Netzwerke knüpfen für Chancengerechtigkeit	33
Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen – Chancen durch den Pakt für den Nachmittag nutzen.....	33
Allen Kindern in der Stadt die gleichen Bildungschancen!	34
In Vielfalt zusammen und voneinander lernen.....	35
Jugendhilfe und SchulpsychologInnen.....	36
Bildung braucht gute Räume: Schulsanierung und Schulbau	36
Vernetztes Denken und Lernen: Kooperationen fördern	37

Eine Jugendbibliothek für Frankfurt.....	37
Medienkompetenz ausbauen	38
Lebenslanges Lernen - Grundpfeiler für echte Chancengerechtigkeit.	38
Für die Zukunft unserer Kinder – Umwelt- und Klimaschutz ist Pflichtaufgabe.....	40
Klimaschutz: Wir wissen, was zu tun ist.....	40
Vorbildfunktion für städtische Gebäude.....	42
Raus aus der Kohle - Divestment und ökologische Anlagenpolitik.....	42
Abfall gibt es nicht – hin zu einer Kreislaufwirtschaft.....	42
Umwelt- und Artenschutz in unserer Stadt	43
Landwirtschaft und Ernährung.....	44
Den Zoo zum Schaufenster für Artenschutz ausbauen.....	44
Gesundheit als umfassender Auftrag.....	46
Flughafen: es muss spürbar leiser werden	46
Luft- und Lärmschutz: Unverzichtbarer Teil einer vorsorgenden Gesundheitspolitik.....	48
Die Kommune als Akteur der Gesundheitsvorsorge: Unterstützen, zusammenbringen, helfen.....	49
Gesundheit fängt bei den Kindern an	49
Ganzheitliche Strukturen: Integrierte Hilfen.....	50
Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten.....	51
In der Stadt mobil im Umweltverbund: Rad, Bus und Bahn	52
Radfahren weiter stärken: Das städtische Verkehrsmittel Nummer 1.....	52
Öffentlicher Verkehr: Das Rückgrat der Mobilität in einer wachsenden Region	54
Unsere Idee vom Nahverkehr: Attraktiv, leicht zugänglich und bezahlbar	56
Die Geschwindigkeit den Menschen anpassen.....	57
Verkehrssicherheit weiter erhöhen - Verkehrsüberwachung besser ausstatten.....	58
Kultur zum Leben	59

Demokratische Kulturpolitik: Struktur- statt Verteilungsdebatte	59
Hürden für den Zugang zu Kunst und Kultur abbauen – kulturelle Bildung stärken	60
Räume für Kunst und Kultur.....	60
Kulturcampus Bockenheim	61
Die Frankfurter Museen – neugierig machen	62
Darstellende Kunst: Theater, Performance, Tanz,	62
Filmstadt Frankfurt: Theorie und Praxis.....	63
Musikstadt Frankfurt: Viele bunte Töne	64
Die Erinnerungskultur unterstützen.....	64
Multikultur in der Kultur	65
Wir sind noch lange nicht fertig – Frauenpolitik ist GRÜN	66
Mehr Frauen in die Politik - Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik verbessern	66
Eigenständige Existenzsicherung ausbauen, Führungspotenziale nutzen.....	67
Stadtverwaltung und stadteigene Unternehmen	68
Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten.....	68
Weibliche Geflüchtete und Vergewaltigungsopfer nach Frankfurt holen.....	68
Lernen aus der Frauenbewegung und dem Kampf um Gleichberechtigung.....	68
Sexarbeit und Prostitutionswirtschaft in Frankfurt	69
Soziales Frankfurt – Unterstützung gewähren, Teilhabe ermöglichen.....	71
Geld für Soziales	71
Weil wir näher dran sind – Kommunale Arbeitsmarktpolitik stärken	71
Weg mit den Barrieren: Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen	72
Armut verhindern – Armut bekämpfen	73
Familien, Kinder und Jugendliche in prekären Lagen unterstützen.....	74
Mehr Männer in soziale Berufe unserer Stadt.....	75
Gute Pflege geht uns alle an	76

Sport als Vorbild: Engagement, Fairness und Respekt	76
Drogenpolitik — Den Frankfurter Weg weitergehen und weiter entwickeln.	78
Auf die neuen Herausforderungen einstellen, im Dialog bleiben	78
Angebote für Süchtige erhalten und an veränderte Strukturen anpassen	80
Auch legale Sucht bleibt Sucht	81
Den nächsten Schritt machen: Cannabis legalisieren, nicht idealisieren	81
Drug checking	83
Der Frankfurter Weg bleibt ein offener, integrativer Ansatz.....	83
Was die Stadt stark macht: Moderne Verwaltung und BürgerInnenbeteiligung	85
Die Stadt als Arbeitgeberin: Vielfalt und Innovationen fördern, solidarisch handeln.....	85
Die Stadt als Akteurin: Diskriminierungsfreies Verwaltungshandeln	86
Europa nutzen, Europa mit gestalten: Kommunale Interessen einbringen	87
Kommunalpolitik: Transparent und für alle nachvollziehbar	88
Respekt vor den Daten der BürgerInnen - IT-Sicherheit für unsere Kommune.....	89
Leitlinien zur Beteiligung.....	89
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.....	90
Ortsbeiratsbudget	91
Städtepartnerschaften beleben	91
Regionalpolitik.....	92
Sicherheit und Freiheit	94
Regeln für das Leben im Freien.....	94
Schutz der Demonstrationsfreiheit.....	95
Digitale Selbstverteidigung für unsere BürgerInnen.....	95
Kampf gegen Extremismus.....	96
Freiwilliger Polizeidienst und Stadtpolizei	96
Feuerwehren und Rettungsdienste.....	97

Wirtschaft: Nachhaltig nachhaltig.....	98
Mut verdient Unterstützung: Existenzgründungen, Klein- und Mittelbetriebe	98
Branchenvielfalt fördern: Für einen starken Standort Frankfurt mit Entwicklungspotenzialen und regionaler Kooperation.....	98
Die Vielfalt nutzen: MigrantInnen als wichtiger Faktor	100
Zukunftsfähig wirtschaften – Nachhaltigkeit fördern	101
Wirtschaften und Leben im Netz	102
Haushalt und Finanzen: Auf solider Grundlage solidarisch finanzieren	104
Erhöhung des Gewerbesteuersatzes, Einführung einer Kultur- und Tourismusabgabe ...	104
Vielfalt und Integration in unserer Stadtgesellschaft	106
GRÜNE Politik: Seit 25 Jahren Vorreiterin in Sachen Integration	107
Mehr Miteinander. Mehr Teilhabe.	108
Engagement vor Ort: Vereine und Initiativen stärken.....	109
Willkommenskultur braucht Willkommensstrukturen	110
Potentiale fördern: Zukunftschancen für die Einwanderungsgesellschaft.....	111
Zeit ist Zukunft – Geflüchtete schnell integrieren	113
Flucht vor Armut	116
Generationengerechtigkeit: Als MigrantIn älter werden in Frankfurt.....	118
Familien heute: Traditionell, Patchwork, Multikulti, Regenbogen	119
Selbstbestimmte Teilhabe – Ein inklusives Gemeinwesen für alle Menschen	119
Eine offene Gesellschaft ist nie einfach: Konflikte, Prävention und Vermittlung.....	120
Für Akzeptanz und volle Gleichstellung – Ohne GRÜN kein Queer	122
Demokratische Bildung: Aktiv gegen Rassismus und Extremismus.....	123

Liebe Frankfurterinnen, liebe Frankfurter,

„Das geht nicht!“ – das ist *der* Satz, der uns Frankfurter GRÜNEN bei all unserem Handeln und Wirken in unserer Stadt Frankfurt am häufigsten begegnet und zwar in sehr vielen Varianten:

Ein Dezernat für Integration und ein Amt für multikulturelle Angelegenheiten? „Geht nicht.“
Aus einer dichten Stadt mit viel Autoverkehr eine fahrradfreundliche Stadt machen?
Einbahnstraßen für den Radverkehr in beide Richtungen öffnen? Die Hauptwache für den Autoverkehr schließen? „Geht nicht.“ Häuser bauen, die ohne Heizung auskommen? „Geht nicht.“ Das Mainufer von parkenden Autos befreien und stattdessen öffentliche Grün- und Sportflächen einrichten? „Geht nicht.“ Ein transparentes Fördermodell für die Freie Theaterszene einführen? „Geht nicht.“ Schwerstabhängigen über den legalen Zugang zu Suchtstoffen eine neue Perspektive ermöglichen? „Geht nicht.“ Bezahlbaren Wohnraum für eine wachsende Bevölkerung schaffen? "Geht nicht." Geflüchteten aus aller Welt eine neue Heimat bieten? "Geht nicht."

In all diesen und vielen anderen Fällen konnten wir zeigen: *Es geht eben doch*. Es lohnt sich, das Unmögliche zu denken, Mut zu Experimenten zu haben, Überzeugungsarbeit zu leisten und Widerstände zu überwinden. Wir freuen uns, dass so viele Frankfurterinnen und Frankfurter diesen Weg mit uns gehen, neugierig sind, mit Fantasie auf ihre Stadt blicken, Ideen entwickeln und Frankfurt mitgestalten.

Dies gibt uns das Vertrauen, dass wir auch die schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen, bewältigen können: Die rasant wachsende Stadt chancengerecht gestalten. Die Stadt zu einer Metropole umbauen, die nur noch einen Bruchteil der klimaschädlichen Gase ausstößt und sich vollständig aus erneuerbaren Energieträgern versorgt. Das Generationenprojekt der Überdeckelung der A661 und der Schaffung neuen Wohn- und Grünraums. Die Sicherung der sozialen Durchmischung Frankfurts, auch wenn der Druck auf den Wohnungsmarkt hoch ist. Die Bereitstellung von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen in guter Qualität, in der jedes der immer mehr werdenden Frankfurter Kinder seine Talente entfalten kann. Die Integration von Menschen aus aller Welt. Das Zusammenwachsen einer ganzen Stadt. Eine

echte Verkehrswende und vieles mehr, was wir uns vorgenommen haben, und was vielleicht heute noch unmöglich scheint.

Wir GRÜNE haben die Fantasie, um über das Heute hinaus zu denken, und die Geduld, den Sachverstand und die Beharrlichkeit, um über das Heute hinaus zu wirken. Frankfurt darf Veränderungen nicht aussitzen oder erdulden, sondern muss sie annehmen und gestalten.

Wir sind offen für Anregungen und Kritik, wir schätzen den demokratischen Streit um die beste Lösung für Frankfurt und wir sind davon überzeugt, dass gute Kompromisse kein Schaden, sondern der Ausdruck von Demokratie sind.

Am 6. März 2016 sind Kommunalwahlen. Sie, die Wählerinnen und Wähler, bestimmen dann, wer in den kommenden fünf Jahren im Stadtparlament im Römer und in den 16 Ortsbeiräten mit welchem politischen Gewicht vertreten ist. Sie bestimmen, welche Richtung die Politik in Frankfurt und in ihrem Stadtteil nehmen wird.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung für mehr GRÜNE Politik: Mit Ihrer Stimme bei den Wahlen, aber auch über den Wahltag hinaus mit Ihren Ideen, Ihrem Engagement, Ihren Anregungen und vielleicht auch manchmal mit Ihrem Lob.

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir zeigen: Frankfurt ist die mutigste, innovativste, grünste, vielfältigste Stadt!

Meine Stadt – Deine Stadt: Die Zurückeroberung des öffentlichen Raums

Dass Ideen, die viele für verrückt, unrealistisch oder visionär halten, Stück für Stück Wirklichkeit werden können, kann man zum Beispiel an der Veränderung der Nutzung unseres gemeinsamen Raums, der Straßen und Plätze, der Ufer und Freiflächen in Frankfurt sehen.

Als die GRÜNEN im Jahr 1989 erstmals, damals in Koalition mit der SPD, Regierungsverantwortung in Frankfurt übernehmen konnten, fanden sie eine Stadt vor, die von den Vorgängerregierungen über Jahrzehnte auf die Bedürfnisse des Autoverkehrs ausgerichtet war. Es war eine einschneidende Veränderung in Frankfurt, als nun endlich Tempo 30 in den Wohngebieten etabliert werden konnte, übrigens damals schon in Partizipationsprozessen mit den Ortsbeiräten und der Bevölkerung. Heute würde niemand mehr diese Tempo 30 Zonen wieder abschaffen wollen.

Als die GRÜNEN 2006 die Verantwortung für das erste eigenständige Verkehrsdezernat Frankfurts übernahmen, war jedoch immer noch ein weiter Weg zu gehen, um Frankfurt vom Ziel der „autogerechten Stadt“ der Vergangenheit weiter zu entwickeln zu einer Stadt, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird und nicht nur denen des Autos.

Am Mainufer wurde geparkt, FußgängerInnen und Radverkehr waren immer noch auf Restflächen verdrängt. Die Hauptwache war ein Knotenpunkt für den Autoverkehr und für FußgängerInnen ein Hindernis. Das Radfahren, insbesondere entlang von Hauptverkehrsstraßen, blieb den Mutigen überlassen. In den letzten zehn Jahren konnten wir diese Entwicklung umkehren. Und glücklicherweise haben die FrankfurterInnen dieses Angebot angenommen. Der Radverkehrsanteil in der Stadt ist deutlich gestiegen, neue Grünflächen wie der Hafepark oder verkehrsfreie Flächen wie rund um die Hauptwache werden sofort in Beschlag genommen, immer mehr Menschen reden bei der Gestaltung des öffentlichen Raums mit oder gestalten diesen gleich selbst.

Und auch die Stadtgesellschaft hat sich gewandelt. Die Messe- und Handelsstadt Frankfurt war schon immer geprägt vom Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen, unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichen politisch-religiösen Gesinnungen. Wir

haben in dieser Stadt früh begriffen, dass Vielfalt ein Gewinn für eine Gesellschaft ist, und das Zusammentreffen verschiedenster Menschen und Kulturen ist hier selbstverständlich.

Wir wissen aber auch: Diese Vielfalt ist eine Herausforderung. Wir GRÜNE haben deshalb in Frankfurt vor 25 Jahren ein eigenständiges Integrationsdezernat und das Amt für multikulturelle Angelegenheiten durchgesetzt. Wir haben damit Institutionen geschaffen, die hoch umstritten waren, aber inzwischen längst bundesweit als Vorbild dienen. Und wir haben gemeinsam mit den Menschen die Stadtgesellschaft dafür sensibilisiert, dass öffentlicher Raum und Teilhabe eng verbunden sind und diskriminierungsfrei gestaltet werden müssen. Denn nur wer Teil dieser Gesellschaft ist, wer Zugang hat zum öffentlichen Raum, zu den öffentlichen Gütern und Institutionen, wird nicht abgehängt und kann selbstbestimmt leben.

Grünflächen im öffentlichen Raum: Unverzichtbar und prägend für Frankfurt

In unserer dichter werdenden Stadt sind Grünflächen kein Luxus, sondern schiere Notwendigkeit. Neben ihrer wesentlichen Rolle für das Stadtklima und die ökologische Vielfalt dienen sie auch den Menschen. Hier kann man wohnungsnah zur Ruhe kommen, FreundInnen treffen, spielen und sich bewegen, auch ohne Geld auszugeben. Mit dem Plan, grüne Speichen vom Mainufer aus der Innenstadt in den Grüngürtel um die Stadt zu ziehen, können wir den Verlust von privaten Grünräumen durch die Nachverdichtung abmildern und den Grüngürtel besser zugänglich machen, aber auch Menschen einen Zugang zur Natur ermöglichen, die gar nicht erst private Grünräume haben. Den GrünGürtel-Park Nieder-Eschbach wollen wir unter den Schutz der GrünGürtel-Verfassung stellen, um ihn dauerhaft vor Bebauung zu schützen. Im nördlichen Sachsenhausen gibt es nur wenige öffentliche Grünflächen. Die Grünfläche hinter dem Weltkulturenmuseum wollen wir deshalb erhalten und durch die Ausweisung als Park künftig vor Bebauung schützen.

Das Mainufer war der Anfang für die Rückeroberung von Flächen durch Grün. Die Uferwege nördlich und südlich des Mains wurden schrittweise von anderen Nutzungen zurückgewonnen und damit für Freizeitaktivitäten und Erholungsuchende zugänglicher. Diesen mühsamen Weg wollen wir in Verhandlungen mit den Anliegerfirmen weitergehen. Mit dem Hafepark haben wir gezeigt, dass eine gute Idee mit guter Planung und qualitätsvoller Ausführung aus fast jeder Fläche eine attraktive Freizeit- und Grünfläche machen kann. Mit diesen Erfahrungen wollen wir die BürgerInnen auch an der Planung des

neuen Bürgerparks in Niederrad beteiligen. Das Höchster Mainufer wollen wir unter Beteiligung der BürgerInnen entlang der historischen Stadtmauer in eine reine Freizeit- und Erholungsfläche weiterentwickeln. Die Grünverbindung zwischen Hafepark und Ostpark über die aufgelassenen Eisenbahngleise wollen wir umsetzen.

Wir erkennen, dass es über die neue geplanten Grünflächen hinaus auch Freiräume geben muss, die nicht vordefiniert und zweckgebunden sind, sondern die sich die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt kreativ zu eigen machen können. Gerade Kinder brauchen Flächen, die nicht auf bestimmte Nutzungs- und Spielmöglichkeiten beschränkt sind, sondern die ihnen Raum lassen, spielerisch ihre Talente zu entdecken und ihre Kreativität zu entfalten. Neben intensiv genutzten, beispielbaren Grünflächen muss es aber auch ruhigere Freiflächen geben, die Tieren und Pflanzen Raum geben: Wilde Blumenwiesen passen auch auf Restflächen überall in der Stadt.

In den Stadtteilen beteiligen sich immer mehr BürgerInnen nicht nur an der Planung, sondern gestalten und pflegen öffentliche Plätze selbst („Urban Gardening“, StadtimkerInnen oder andere Initiativen). Solches Engagement wollen wir weiterhin ermöglichen und unterstützen, nach dem Motto: Die Stadt gehört Dir!

Im Lichte der sich verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels auf das Stadtklima ist der Erhalt von Frischluftschneisen ebenso wie die Schonung von Kaltluftentstehungsgebieten für uns ein zentraler Punkt der Stadtentwicklung. Uns ist aber auch klar, dass nicht jede Acker-, Brach- oder Grünfläche stadtklimatisch unverzichtbar ist. Angesichts einer stark wachsenden Bevölkerung und der Notwendigkeit mit bezahlbarem Wohnraum Verdrängungstendenzen entgegenzuwirken, werden wir auch in Zukunft Abwägungsentscheidungen treffen müssen, die jeweils konkret die Situation vor Ort und die Interessen der gesamten Stadt berücksichtigen müssen.

Friedhöfe sind auch Parkanlagen in den Stadtteilen. Sie bieten vielen Tier- und Pflanzenarten Rückzugsgebiete und den Menschen nicht nur eine Stätte zur Erinnerung an die Toten, sondern auch Raum zur Erholung. Friedhöfe sind aber auch kostbare Kulturstätte, denn nicht nur die denkmalgeschützten Anlagen und Grabmale sind wertvolle Zeugen unserer Bestattungskultur im Laufe der Jahrhunderte. All diese Werte und Funktionen müssen erhalten und gepflegt werden. Damit diese Kosten aber nicht im einzelnen Bestattungsfall den Angehörigen durch die Gebühr zur Last fallen, soll der umwelt-, sozial- und

kulturpolitische Wert der Frankfurter Friedhöfe aus dem Gebührenhaushalt für Bestattungen heraus gerechnet werden. So können die Friedhofsgebühren stabilisiert werden und es entsteht ein öffentliches Bewusstsein für den Mehrwert, den Friedhöfe bieten.

Es wird heiß: Planung für die Stadt im Klimawandel

Erinnern Sie sich noch an den letzten Sommer? An die aufgeheizte, Innenstadt, vertrocknete Wiesen am Mainufer, Bäume, die die Blätter hängen ließen, und vielleicht auch daran, dass an Schlaf kaum zu denken war? Das war ein Vorgeschmack auf die zukünftigen Sommer in Frankfurt. Wir müssen unsere Stadt, die für solche Bedingungen nicht gebaut ist, Stück für Stück umrüsten, damit sie auch unter diesen Bedingungen lebenswert bleibt. Das GRÜNE Umweltdezernat hat für Frankfurt am Main als eine der ersten Städte in Deutschland die besonders kritischen Orte analysiert und Handlungsmöglichkeiten ermittelt. Hieraus muss nun ein Programm zur Klimaanpassung aufgelegt werden, aus dem Mittel zur Entsiegelung, Begrünung und Beschattung von Plätzen, Fassaden, Dächern und Höfen bereitgestellt werden. Wir wollen dort wo es möglich ist über Bebauungspläne und kommunale Satzungen dem Thema Klimaschutz im Städtebau noch stärker Rechnung tragen, zum Beispiel über Vorgaben wie Höhe, Anordnung, Materialien, Dach- und Fassadengestaltung der Gebäude. Das Prinzip Sanierung vor Abriss wollen wir, wenn es wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll ist, bei öffentlichen Gebäuden, aber auch durch Anreize für private Eigentümer stärker zum Tragen kommen lassen.

Ausgleichsmaßnahmen, die aufgrund von Eingriffen in die Natur erforderlich sind, sollen in einem Ökopunktesystem gebündelt werden können, um auch größere und kostenintensivere Maßnahmen zur Renaturierung und qualitätsvollen Aufwertung von Grünflächen zu ermöglichen.

Das erfolgreiche Programm zur Begrünung der Hinterhöfe im Bahnhofsviertel hat gezeigt, wie man mit Anreizen mehr Grün auf versiegelten, privaten Flächen schaffen kann. Wir wollen ein Programm starten, mit dem wir in kurzer Zeit 100 Dachbegrünungen, 100 Hinterhofbegrünungen und 100 Solardächer realisieren, um dem Klimawandel mit konkreten zählbaren Maßnahmen zu begegnen. Bei der Dachbegrünung wollen wir auch Konzepte für die Begrünung von Schräg- und Giebeldächern entwickeln und Dachbegrünung langfristig mit Beratung, Anreizprogrammen und der Vermittlung von Finanzierungsmöglichkeiten

unterstützen. Darüber hinaus wollen wir 1.000 Parkplätze durch 1.000 Bäume ersetzen, um bisherigen Raum für die Autos für einen Gewinn an Lebensqualität und zur Verbesserung des Mikroklimas zurückzugewinnen.

Ein großer grauer Fleck ist derzeit noch die Hauptwache. Mit der Sperrung für den Autoverkehr ist dieser Ort für die Menschen zurückgewonnen worden. Es fehlt jedoch an Gestaltung und Grün. Das wollen wir in der nächsten Wahlperiode in Angriff nehmen. Mit der Ansiedlung des Museum of Modern Electronic Music geht eine Attraktivitätssteigerung einher. Darüber hinaus wollen wir die tieferliegende Platzfläche mit einer vertikalen Begrünung ansprechender gestalten und die bisherigen Leerstände in der B-Ebene für Kreative nutzbar und damit die Hauptwache insgesamt attraktiver machen.

Zur Erholung gehört auch, dass der Unterschied zwischen Tag und Nacht noch erlebbar ist. Wir wollen ein Konzept für energiesparende Stadtbeleuchtung aufstellen, das nach und nach umgesetzt werden soll. Die Entwicklung der LED-Technologie bietet große Chancen für die Verbindung von ökonomischer und ökologischer Nachhaltigkeit. Wir wollen Licht dorthin bringen, wo es gebraucht wird, in der Menge, in der es gebraucht wird, ästhetisch schön, energiesparend, Insekten schonend und insgesamt so, dass die Nacht nicht zum Tag gemacht wird.

Den Verkehrsmittelmix weiter verändern, die Stadt zurückerobern

Unsere Politik ist keine Politik gegen irgendein Verkehrsmittel, sondern eine Politik für den Menschen. Im Sinne der menschengerechten Stadt muss der Autoverkehr im Innenstadtbereich eingeschränkt werden, um Smog und Staus auf den Einfallstraßen und in den Wohnquartieren zu mindern und mehr Bewegungsmöglichkeiten für alle anderen VerkehrsteilnehmerInnen zu gewinnen. Wir müssen auch den Verkehr aus dem Umland durch attraktive Angebote und weitere Verbindungen des ÖPNV zum Umstieg bewegen.

Wir setzen auf eine integrierte Stadtplanung, die Verkehrsbedürfnisse, Bedürfnisse nach Ruhe, Erholung und Begegnung, nach Grün und Gestaltung zusammen denkt. Die öffentlichen Straßen und Plätze in Frankfurt sollen so gestaltet sein, dass die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigt werden und niemand ausgegrenzt wird. Deshalb wollen wir unsere erfolgreiche Zusammenarbeit der vergangenen Jahre mit der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft bei allen Baumaßnahmen im öffentlichen Raum fortsetzen.

Wir setzen insgesamt auf die Erschließung von mehr autoarmen Quartieren und autofreie Straßen sowie temporäre Spielstraßen.

Wir werden stärker multimodale Mobilität fördern und erleichtern, dass Fahrten mit mehreren Verkehrsmitteln wie ÖPNV, Rad und Car-Sharing zurückgelegt werden können. Mit dieser integrierten Form der Mobilität werden wir für mehr Lärmschutz, für weniger CO₂, für mehr soziale Gerechtigkeit in der Mobilität sorgen.

Das Auto der Zukunft ist leise und umweltschonend – denn es nutzt keinen Verbrennungsmotor mehr. Um diese einzige zukunftsträchtige Form der individuellen motorisierten Mobilität weiter voranzubringen, wollen wir alle Möglichkeiten zur Förderung der E-Mobilität nutzen.

Wir wollen die Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Raum weiterentwickeln, um Räume für mehr Aufenthaltsqualität und zur Förderung von Fuß- und Radverkehr zu schaffen sowie den illegal für Parkplätze genutzten Raum weiter zu reduzieren. Wir wollen eine Gestaltung der Parkraumgebühren erreichen, die Anreize für eine ökologische und flächenreduzierte Nutzung setzt. Die Bewohnerparkregelungen wollen wir nach Münchner Vorbild weiterentwickeln, um die hoch belasteten Quartiere weiter zu entlasten, ohne die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu vernachlässigen. Ziel ist es auch, zugeparkte Gehwege zu unterbinden. Nach wie vor ist es insbesondere für Menschen mit Kinderwagen oder für Menschen im Rollstuhl häufig geradezu unmöglich, die Bürgersteige nutzen zu können. Auch um den durch ruhenden Verkehr beanspruchten Raum zu minimieren, wollen wir dabei eine verstärkte Förderung von Car-Sharing mit Stellplätzen im öffentlichen Raum umsetzen.

In der Innenstadt wollen wir an mehrspurigen Straßen eine Spur nur für Busse, Taxen und Rettungsfahrzeuge vorhalten bzw. sichere Angebote für RadfahrerInnen schaffen. Für die Straßenbeleuchtung wollen wir eine sukzessive Umstellung aller Lampen auf LED. Erhalt und Sanierung von Straßen und Brücken geht uns vor Neubau. Bei Straßenbaumaßnahmen wollen wir mehr lärmoptimierten und aufgehellten Asphalt verbauen.

Mal schnell um die Ecke: Zu Fuß gehen, Nahmobilität und die Gestaltung von „Verkehrsräumen“

Ob die Menschen gerne in ihrem Viertel zu Fuß gehen und sich dort aufhalten, hängt von der Gestaltung der Straßen und Plätze ab: Wir wollen Platz zum Schlendern und Plätze zum Träumen. In der Innenstadt sind dabei die bereits im Innenstadtkonzept beschriebene Umgestaltung der Berliner Straße und die probeweise Sperrung des Mainkais für den Autoverkehr am Wochenende wichtige Vorhaben. Wir wollen in den nächsten Jahren aber auch in allen Frankfurter Stadtteilen weiter in fußverkehrs- und aufenthaltsfreundliche Gestaltung investieren, mit mehr Gehwegnasen, mehr Begegnungs- und Spielstraßen, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Grün und Bäumen am Straßenrand, mehr Überwegen und fußgängerfreundlichen Ampelschaltungen. Wo immer es geht, streben wir ebenerdige Querungen für Fußgängerinnen und Fußgänger an, so z.B. an der Eschersheimer Landstraße an den Kreuzungen Hügelstraße und Am Dornbusch. Das Radfahrbüro soll zu einem Büro für Nahmobilität erweitert werden, das auch die Belange der zu Fuß gehenden Menschen konsequent in die Verkehrsplanung einbringt.

Um die Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität, den Einzelhandel und die Nahmobilität insbesondere in der Innenstadt und den Stadtteilzentren weiter zu stärken, wollen wir wo sinnvoll sogenannte verkehrsberuhigte Geschäftsbereiche einrichten, in denen sich die VerkehrsteilnehmerInnen gleichberechtigt bewegen können. In der Europäischen Woche der Mobilität wollen wir einen "Autofreien Sonntag" einführen, an dem wichtige Straßen und Plätze in und zwischen den Stadtteilen Kindern und Alten, FußgängerInnen, RadfahrerInnen und allen anderen gehören.

Wir wollen dem Boom des Wirtschaftsverkehrs, ausgelöst durch gesellschaftliche Trends wie Bevölkerungszunahme, demografischer Wandel und Individualisierung, Rechnung tragen und den zunehmenden Lieferverkehr ordnen. Wir wollen ein Modellprojekt „Ladezonen“ starten. Dabei werden für ein innerstädtisches Quartier flächendeckend Lieferzonen zum Be- und Entladen eingerichtet. Neben einer Beschilderung werden diese durch eine eigene Gestaltung markiert und die Einrichtung mit einer Kampagne begleitet. Wenn dieses Projekt eine Entlastung der Park- und Liefersituation bringt, wollen wir das Konzept auch in geeigneten Stadtteilzentren verwirklichen.

Es wird in Zukunft darauf ankommen, frühzeitig und gemeinschaftlich Konzepte der Andienung zu entwickeln, um Verkehrsprobleme zu vermeiden. Die Einrichtung sogenannter „Mikrodepots“ sowie stadtverträglicher Zustellkonzepte soll ebenfalls modellhaft umgesetzt

werden. Notwendig hierfür sind eine stärkere Kooperation innerhalb der Logistikbranche sowie eine gute städtebauliche Integration.

Wohnen in der wachsenden Stadt

In fast allen deutschen Großstädten hat der Druck auf den Wohnungsmarkt in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen, ganz besonders im Wirtschaftszentrum Frankfurt/Rhein-Main mit seinen vielen Arbeitsplätzen: Die Mieten sind erheblich gestiegen, noch stärker die Preise für Wohneigentum. Je stärker strukturschwache Regionen ausbluten, desto mehr beschleunigt sich der Zuzug in die Städte. Wenn Menschen Familien gründen, möchten sie inzwischen vermehrt in Frankfurt wohnen bleiben, die Angebote der Stadt scheinen attraktiver als das Haus im Grünen. Schließlich hat die lange Niedrigzinsphase und die hohe Nachfrage nach Wohnraum auch die Spekulation mit Wohnimmobilien in den Wachstumskernen angeheizt.

Der Druck auf die Stadt macht vielen Menschen Angst: Die größte Sorge ist, die eigene Miete nicht mehr zahlen zu können, den gewohnten Stadtteil verlassen zu müssen. Aber auch die Sorge, was dieser Druck für die Lebensqualität in der Stadt bedeutet, treibt sie um: Was wird aus den Grünflächen, Gärten und Hinterhöfen? Entstehen lebenswerte Viertel für alle oder abgeschottete Stadtteile? Wie kann die öffentliche Infrastruktur mit dem rasanten Wachstum Schritt halten? Wir GRÜNE teilen diese Sorgen und stellen uns diesen Herausforderungen. Weder wird sich der Zuzug durch politische Beschlusslagen umlenken lassen. Noch kann es unter der Perspektive von Flächenschutz, Verkehrsvermeidung und Klimaschutz unser Ziel sein, dass der Wohnungsbau auf schlecht erschlossene Ackerflächen im Umland gelenkt wird. Dort wird mehr Fläche pro Kopf versiegelt, dort werden weitere Straßen gebaut und dort wird in der Regel weniger Wert auf Energieeffizienz und Nachhaltigkeit bei den Gebäuden gelegt.

Die GRÜNEN sind seit 2012 erstmals in der Geschichte für die Planungs- und Wohnungspolitik in der Stadt Frankfurt zuständig. Seither konnten viele Fehlentwicklungen der Vorjahre gestoppt oder umgekehrt werden. Schon zuvor haben wir aus der Umwelt- und Klimaschutzpolitik und der Verantwortung für den Verkehr viele Grundlagen gelegt.

Einfache Lösungen sind hier einfach falsch

Die vermeintlich so einfache Parole „Bauen, bauen, bauen“ gibt auf all diese Sorgen bei genauerer Betrachtung keine Antwort, weil ernsthafte Zielkonflikte vorliegen. Wir sind

sicher: Es wird nicht die eine Lösung geben, die alle Probleme auf einen Schlag beseitigt, sondern viele Maßnahmen, die ineinander greifen müssen.

Die richtigen Orte finden

Die kompakte Stadt der kurzen Wege muss das planerische Leitbild bleiben. Sie ist nicht nur der Garant für flächenschonende Bebauung und soziale Durchmischung, sie entspricht auch dem, was die Menschen in der Stadt suchen. Deshalb ist der Vorschlag, auf unerschlossenen Ackerflächen im Frankfurter Norden („Am Pfingstberg“) ein komplett neues Baugebiet auszuweisen, eine Scheinlösung. Insbesondere das Fehlen eines leistungsfähigen Anschlusses an den Öffentlichen Nahverkehr macht deutlich, dass so keines der aktuellen Probleme unserer Stadt gelöst werden kann.

Wir setzen stattdessen auf Ortsrandarrondierungen, angebunden an vorhandene Verkehrswege, besonders an leistungsfähige öffentliche Verkehrslinien. Neue Quartiere brauchen einen solchen Anschluss. Angesichts einer stark wachsenden Bevölkerung und der Notwendigkeit mit bezahlbaren Wohnraum Verdrängungstendenzen entgegenzuwirken, müssen wir auch in Zukunft Abwägungsentscheidungen treffen und definieren, wo wir Baulandausweisungen und Nachverdichtungen für verträglich und vertretbar halten. Im Lichte der sich verschärfenden Auswirkungen des Klimawandels auf das Stadtklima ist dabei die Freihaltung von Frischluftschneisen für uns ein zentraler Punkt bei der Bewertung von Baugebieten, ebenso wie die Schonung von Kaltluftentstehungsgebieten.

Dort wo Klein- oder Freizeitgärten im Zuge von Wohnungsbau in Frage gestellt werden, wollen wir nach Möglichkeit ortsnahe Ersatzflächen ausweisen. Insgesamt soll die Zahl solcher Angebote in Frankfurt nicht sinken, da auch diese Gärten in einer wachsenden Stadt einen Zugewinn an Lebensqualität bedeuten. Wir wollen, dass die Freizeitgärten, sofern sie auf Flächen der Stadt Frankfurt sind, gebündelt verwaltet und Interessierten besser angeboten werden.

Die Nachverdichtung in Form von Aufstockungen, Umbauten oder Neubauten ist ein Weg, den wir weiter gehen wollen. Auch die Umwandlung von gewerblichen Bauten oder ganzer Flächen, wie zum Beispiel das Siemensareal oder die Bürostadt Niederrad, ist ein wichtiger Baustein unserer Politik der sozialen Wohnraumversorgung in Frankfurt.

Dort, wo es zu einem Verlust von Grünflächen kommt, wollen wir mit dem Konzept der grünen „Strahlen und Speichen“ wohnortnahen Ersatz an Begegnungs-, Bewegungs- und Erholungsflächen entgegen setzen. Wir setzen auch darauf, dass der Rückgang des innerstädtischen Autoverkehrs wenigstens mittelfristig Flächen für andere Nutzungen frei machen kann: Für mehr Grün, aber auch für mehr Wohnen. Überdimensionierte Verkehrsflächen, wie zum Beispiel die Rosa-Luxemburg-Straße oder am Baseler Platz, könnten teilweise zurückgebaut werden.

An unserer bisherigen Politik der kommunalen Flächenbevorratung, die statt auf den Verkauf kommunalen Baulandes auf die Vergabe von Erbbaurechten setzt, halten wir fest. Wir wollen vermehrt Flächen erwerben, um diese dann gezielt per Erbpacht für den Bau von Wohnungen vergeben zu können, aber auch Flächen für Schulen und Kitas zu gewinnen. So wollen wir auch mehr Einflussmöglichkeiten bei zukünftigen städtebaulichen und stadtteilrelevanten Entwicklungen erhalten.

Frankfurt endet nicht an der Stadtgrenze

Auch die Region um Frankfurt wächst weiter und trägt dazu bei, Wohnraum für das wachsende Rhein-Main-Gebiet zu schaffen. Hier wollen wir weiterhin unseren Beitrag leisten, indem wir über die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Frankfurt Holding an Orten mit guter ÖPNV Anbindung den Bau von Wohnungen unterstützen und dabei die Frankfurter Errungenschaften in energetischem und nachhaltigem Bauen in die Region verbreiten.

Eine besondere Rolle in der regionalen Entwicklung soll der Zusammenarbeit mit unserer Nachbarstadt Offenbach zukommen. Aufgrund von gemeinsamen Interessen und Problemen wollen wir zu einer engeren Zusammenarbeit und Abstimmung kommen. Eine gemeinsame Weiterentwicklung von Grünzügen und dem Mainufer können hier ebenso Leitprojekte sein, wie die gemeinsame Entwicklung des Kaiserlei als Standort für Kreative und Startups.

Ein großes verbindendes Moment für die Region kann eine Internationale Bauausstellung sein. Sie bietet die Chance die wachsende Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main konzeptionell weiter zu entwickeln sowie Wege für ein qualitätsvolles und nachhaltiges Wachstum aufzuzeigen. Wir werden uns dafür einsetzen eine IBA gemeinsam mit der Region und dem Land Hessen zu realisieren.

Die soziale Vielfalt erhalten

Die verhältnismäßig ausgewogene soziale Zusammensetzung der Frankfurter Bevölkerung ist durch die fortschreitende Verdrängung von Gering- und Normalverdienern vom Wohnungsmarkt erheblich bedroht. Wir wollen den Weg weitergehen, im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen - soweit die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind - städtebauliche Verträge mit der Vorgabe abzuschließen, 30 Prozent der durch die Bebauungspläne zusätzlich ermöglichten Bruttogeschoßfläche Wohnen für den geförderten Wohnungsbau zu sichern. Stadteigene, für den Wohnungsbau geeignete Grundstücke sollen, insbesondere in den innenstadtnahen Quartieren, überwiegend für den geförderten Wohnungsbau bereitgestellt werden. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften (ABG Frankfurt Holding und deren Tochterunternehmen) sollen mindestens 40% (40% plus) der neu gebauten Wohnungen im öffentlichen Wohnungsbau errichten. Die Stadt Frankfurt soll sich als Anteilseignerin der Nassauischen Heimstätten dafür einsetzen, dass diese Quote auch für den Wohnungsbau der Heimstätten in Frankfurt umgesetzt wird.

Die bestehenden Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau für Geringverdiener, und Menschen mit kleinen Renten oder Pensionen, Studierende, aber auch für Menschen mit mittlerem Einkommen, wollen wir erweitern. Zukünftig sollen auch Zuschüsse gegeben und der Erwerb von Grundstücken unterstützt werden. Einkommensgrenzen und Fördermieten müssen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Bund und Land sehen wir in der Pflicht die Mittel für den geförderten Wohnungsbau erheblich aufzustocken und den Kommunen zur Verfügung zu stellen.

Bei den städtischen und stadtnahen Wohnungsgesellschaften halten wir eine Mietpreispolitik für notwendig, die gewährleistet, dass in den Bestand und den Neubau investiert werden kann, aber die Möglichkeiten des Mietspiegels nicht ausgereizt werden. Die freiwilligen Beschränkungen der ABG Frankfurt Holding weisen dabei in die richtige Richtung.

Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für die Umwandlung von früher gewerblich genutzten Gebäuden und Arealen für eine Wohnnutzung einsetzen. Auch finanzielle Anreize soll die Stadt für Umwandlungsprojekte geben, wenn dabei bezahlbarer Wohnraum entsteht.

Die richtigen Wohnungen bauen

Im Wohnungsneubau nimmt die Quadratmeterfläche pro Kopf tendenziell immer weiter zu. Wegen der mit den großen Flächen verbundenen hohen Kosten sind diese Wohnungen für immer mehr Haushalte weder zur Miete noch als Eigentum bezahlbar. Bezahlbarer Wohnraum für alle sozialen Schichten ist deshalb auch durch Einsparungen bei der Fläche und andere Wohnungszuschnitte zu erreichen.

Dass hier Nachfrage besteht und dass es funktioniert, zeigen viele effiziente Grundrisse im Geschosswohnungsbau aus früheren Zeiten, in denen Vier-Zimmer-Wohnungen auf 80 qm durchaus üblich waren. Nicht umsonst sind diese Wohnungen auch heute außerordentlich gefragt. Wir wollen daher mit der Wohnungswirtschaft in die Diskussion kommen über neue Angebote für diese Nachfrage. Besonders gelungene Beispiele wollen wir verbreiten. Dort, wo die Stadt mitentscheiden kann, wie in der ABG Frankfurt Holding oder bei der Vergabe städtischer Grundstücke, wollen wir flächeneffiziente Wohnungszuschnitte zum Kriterium für die Umsetzung machen. Hier können auch die klassischen Wohnungsbaugenossenschaften, die traditionell günstigen Wohnraum anbieten, ihren Beitrag leisten. Innovative Projekte, die sich insbesondere mit einer Reduzierung des Wohnflächenverbrauchs beschäftigen, wollen wir unterstützen. Dazu gehören insbesondere auch die in den letzten Jahren entstandenen zahlreichen Projekte gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnens und das „Netzwerk für gemeinschaftliches Wohnen“, zu dem viele dieser Gruppen gehören.

Auch wenn es manchmal etwas länger dauert als die schnelle Bebauung durch eine große Wohnungsbaugesellschaft oder einen Investor: Wir wollen weiterhin, dass solche und auch private Baugruppen mit vergleichbaren Konzepten in Frankfurt bauen können und bei der Grundstücksvergabe auch auf attraktiven, realisierbaren Flächen zum Zuge kommen und streben einen Anteil von 10 bis 15 % der Flächen in Neubaugebieten für diese Nutzung an. So entsteht bauliche Vielfalt, und oft auch starker sozialer Zusammenhalt.

Auch für Alleinerziehende könnten gemeinschaftliche Wohnformen eine große Erleichterung und Chance sein, gerade diese Gruppe hat aber selten die Ressourcen, ein solches Vorhaben auf den Weg zu bringen. Daher wollen wir ein Modellprojekt für ein Familienhaus anstoßen, das speziell für die Bedürfnisse dieser Zielgruppe konzipiert und realisiert wird, gegebenenfalls in Kombination mit Angeboten für ältere Menschen.

Damit Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können, brauchen wir mehr barrierefreie Wohnungen. Wir werden hier weiterhin die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, aber auch private Investoren in die Pflicht nehmen und gute Beispiele barrierefreien Bauens und Sanierens verbreiten.

Was wir jetzt bauen, wird für Jahrzehnte unsere Stadt prägen. Jetzt am energetischen Standard zu sparen, wird auf Dauer ein Draufzahlgeschäft, insbesondere für die MieterInnen. Deshalb wollen wir weiterhin den bestmöglichen energetischen Standard im Wohnungsneubau. Einsparmöglichkeiten sehen wir beim Thema Stellplätze. Die obligatorischen Tiefgaragen werden von allen MieterInnen mitbezahlt, egal ob sie ein Auto brauchen oder nicht. Die Erwartung, damit das Auto von den Straßen und Plätzen unter die Erde zu verlegen, erfüllt sich oft nicht. Die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs, des Radverkehrs und das Car Sharing-Angebot machen ein eigenes Auto in Frankfurt auch immer mehr verzichtbar. Daher wollen wir über die Stellplatzsatzung die Pflicht zum Bau von Auto-Stellplätzen möglichst reduzieren, um so das Wohnen im Neubau zu verbilligen und mögliche Aufstockungen im Bestand zu ermöglichen. Fördern wollen wir hingegen vermehrt Stellplätze für Fahrräder, sicher und bequem zugänglich, damit die erste Hürde für die Nutzung des Fahrrads nicht mehr die Treppe zum Fahrradkeller ist.

Darüber hinaus wollen wir beispielhaft autofreie Quartiere entwickeln, wie es in vielen anderen Städten bereits gelingt. Viele FrankfurterInnen leben inzwischen ohne eigenes Auto und nutzen das Fahrrad, den ÖPNV oder gehen zu Fuß. Eine nachhaltige Stadt, die Klimaaspekte, Ökologie und Ressourceneffizienz zu Leitbildern ihrer Planung und Entwicklung macht, ist unser Ziel – damit wir nicht in 10 Jahren vor dem nächsten Stadtumbau stehen.

MieterInnen schützen - Den Bestand pflegen und weiter entwickeln

Wir wollen den vorhandenen Wohnungsbestand vor Verfall und Spekulation schützen. Mit dem bereits eingerichteten Liegenschaftsfonds werden wir Immobilien erwerben um sie vor Spekulation zu schützen und soziale Wohnprojekte fördern. Dazu soll er weiter aufgestockt und in seinen Aufgaben erweitert werden.

Nachdem es uns in den letzten Jahren gelungen ist, das jahrzehntelange Abschmelzen des Bestandes an geförderten Wohnungen erheblich abzubremsen, wollen wir in den nächsten Jahren diesen Bestand wieder aufbauen, durch Verlängerung der Bindungen und den

weiteren Ankauf von Belegungsrechten. Missbräuchliche Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen werden wir weiter konsequent ahnden. Dort wo Verdrängungseffekte drohen oder auftreten, werden wir Milieuschutzsatzungen erlassen und diese konsequent anwenden. Dazu gehört auch, vom städtischen Vorkaufsrecht und den sich daraus ergebenden Abwendungsvereinbarungen offensiv Gebrauch zu machen. Von der Anwendung der Mietpreisbremse erhoffen wir uns ebenfalls eine Dämpfung der Preisdynamik, bleiben dabei aber bei unserer Forderung, dass die Mietpreisbremse für das gesamte Stadtgebiet umgesetzt wird.

Wir werden uns beim Gesetzgeber in Bund und Land weiter dafür einsetzen, dass wir wirksame Instrumente in die Hand bekommen, um Verdrängungsprozessen etwas entgegen setzen zu können. Die wichtigsten Instrumente hierfür sind die Einführung eines Umwandlungsvorbehalts von Miet- in Eigentumswohnungen für die Stadt, die Verlängerung der Kündigungssperrfrist bei Eigenbedarf nach Umwandlung von Miet- in Wohneigentum und Veräußerung dieser Wohnung von zurzeit fünf auf zehn Jahre und ein Wohnraumzweckentfremdungsverbot. Eine Dämpfung der Mietentwicklung erwarten wir uns auch von einer Erweiterung der Ermittlungsgrundlagen des Mietspiegels durch Berücksichtigung auch älterer Mietverträge. Auch eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel für die Wohnungsbauförderung wäre dringend geboten.

Bei der Vermietung von Wohnungen kommt es immer wieder auch zu Diskriminierungen. Dort wo wir Einfluss auf die Auswahl der MieterInnen haben, werden wir auf eine diskriminierungsfreie Vergabe bestehen.

Baukultur und Denkmalschutz

In Frankfurt gibt es zum Glück eine rege kritische Öffentlichkeit, die leidenschaftlich um Fragen der Stadtästhetik und Stadtgestaltung streitet. Auch wenn in der Praxis das Mitspracherecht von beratenden und politischen Gremien an die Grenzen des Eigentumsrechts stößt und nicht jeder private Bauherr bereit ist einen Wettbewerb auszuloben (oder nicht jeder in der Bevölkerung die Juryentscheidungen am Ende teilt), so bleiben für uns Architekturwettbewerbe eine unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Stadtgestaltung. Es ist doch diese streitlustige Debatte auf hohem Niveau, die viele gestalterische Fehlentscheidungen abgewendet, in der Stadt ein Gespür für die Bedeutung solcher den öffentlichen Raum prägender Gestaltung verankert und die

Bereitschaft in städtebauliche Qualität zu investieren, erhöht hat. Die Stadt und ihre Tochterunternehmen sollen hier weiterhin mit positivem Beispiel vorangehen und regelmäßig Architekturwettbewerbe durchführen und auch bei privaten Bauherrn dafür werben - bzw. soweit möglich in städtebaulichen Verträgen darauf drängen, auch wenn diese oft schon ihre Hausarchitekten vorgesehen haben. Auch bei wichtigen Haltestellen des ÖPNV sollen nach Möglichkeit Gutachterverfahren für alternative Gestaltungen beauftragt werden. Da die Umgebung von Wohnungen und Gewerbebauten immer wichtiger wird, nicht zuletzt wegen des Klimawandels, sollen grundsätzlich bei Projektentwicklungen und Wettbewerben Landschaftsarchitekten hinzugezogen werden, wie dies etwa in der Schweiz seit Jahren Standards ist.

Nicht zuletzt sollen in Neubaugebieten, in denen größere Bauträger tätig werden, durch geeignete Mittel (Abschnittsbildung und städtebauliche Verträge) darauf hingewirkt werden, dass statt uniformer Blocks differenzierte vielgestaltige Quartiere entstehen können. Für größere Neubauquartiere und Nachverdichtungen (Kulturcampus, Überbauung A661, Eschbachtal u.a.) sollen beratende Gestaltungsbeiräte eingerichtet werden. Wir wollen auch der Kunst am Bau in und vor öffentlichen Gebäuden wieder mehr Aufmerksamkeit schenken.

Gerade eine Stadt wie Frankfurt braucht Anker im Stadtbild und muss darum kämpfen die noch sichtbaren, wertvollen Zeugen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte zu erhalten und teilweise einer neuen Nutzung zuzuführen. Dies gilt für Spuren früherer Industrienutzungen wie die Kräne am Mainufer oder den Erhalt alter Gleise, die zu beispielbaren Flächen umgewandelt werden können. Außerdem gilt es, vor jedem Abriss bedeutsamer Gebäude öffentlicher wie privater Eigentümer ggf. Steine und andere Baumaterialien vor dem Abtransport zu sichern.

Zu diesen Zeugnissen gehören für uns auch die für ihre Epoche repräsentativen Gebäude aus den Jahren seit dem 1945. Um dies zu gewährleisten bedarf es eines personell fachlich und zahlenmäßig angemessen ausgestatteten Denkmalamts.

Bei weitem nicht alle Häuser und Siedlungen aus der Ära des „Neuen Frankfurt“ sind denkmalgeschützt. In den letzten Jahrzehnten haben sich der Charakter und das Erscheinungsbild vieler Siedlungen stark und nicht unbedingt positiv verändert. Das bauliche Erbe dieser Zeit bedarf einer größeren Wertschätzung. Wir wollen ein Förderprogramm

auflegen, um den Gebäuden wieder stärker ihr ursprüngliches Erscheinungsbild zu geben und sie denkmalgerecht zu sanieren. Außerdem soll ein Konzept zur Präsentation von "100 Jahre Neues Frankfurt" für das Jahr 2025 erarbeitet werden und geprüft werden, ob ein geeigneter Ort für eine dauerhafte Darstellung vorhanden ist.

Die Stadt gemeinsam und nachhaltig entwickeln

Wir haben bereits in den letzten Jahren die unter GRÜNER Verantwortung gestarteten Planungsprozesse transparent und mit den betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern gestaltet. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Dabei leitet uns bei allen Vorhaben der Wunsch nach einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung und einem städtebaulichen Gesamtkonzept.

Wir legen insbesondere bei größeren Gebieten Wert auf eine leistungsfähige verkehrliche Anbindung, vor allem an den öffentlichen Nahverkehr und den Radverkehr. Beim Straßennetz stehen für uns Ertüchtigung und Sanierung, aber nicht der Neubau im Vordergrund.

Darüber hinaus sind uns eine soziale Nutzungsmischung sowie die rechtzeitige Bereitstellung der sozialen Infrastruktur wichtig. Dies betrifft Einrichtungen in allen Lebenslagen: Von der Krabbelstube bis zur Schule, vom studentischen Wohnen über die geförderten Wohnungen bis zum gemeinschaftlichen Wohnen und zu altersgerechten Wohnungen oder auch Pflegeeinrichtungen. Auch die Nutzung von Flächen und Gebäuden für gemeinschaftliche Zwecke wie etwa für Gewerbe und Handel muss von Anfang an bedacht werden.

Besonderen Wert legen wir darauf, dass Flächen und Treffpunkte für Jugendliche und junge Erwachsene in neuen Quartieren eingeplant bzw. in Bestandsquartieren ermöglicht werden, da das Planungsrecht für diese sozialen Gruppen keine zwingenden Vorgaben macht und sie in früheren Wohnquartieren oft vergessen wurden. In neu entwickelten oder stark umgeplanten Wohnvierteln gehen wir so von Anfang an einen Weg, der für Jahrzehnte trägt.

Zum urbanen Leben gehört auch, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt in ihrem Viertel eine lebendige, vielfältige und nachhaltige Laden-, Gewerbe- und Gastroszene vorfinden. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass in allen Frankfurter Stadtteilen ein vielfältiges, nachhaltiges und kreatives Angebot an Einzelhändlern und gastronomischen Betrieben entsteht und erhalten bleibt.

Perspektiven für die Stadtentwicklung: Nachhaltig, innovativ und vielfältig

Stadtplanung und Stadtentwicklung sind für die Beteiligten und Betroffene ein fortgesetzter Lernprozess, meist über Jahrzehnte. Neue Ideen sollen erprobt, etablierte Sichtweisen und Verfahren evaluiert werden, und frühere Fehler sollen daraufhin ausgewertet werden, was besser zu machen wäre. Das Ausmaß an Verdichtung – ohne Respekt für Privatsphäre der Nachbarn und ohne Freiflächen für Jugendliche in der Umgebung – wie beispielsweise im Galluspark (frühere Adlerwerke) wollen die damaligen Investoren nicht mehr wiederholen. Erdgeschosszonen an zentralen Plätzen und Straßen sollen öffentliche Nutzungen vorsehen bzw. später ermöglichen, auch wenn sich dies wie in den Wohnquartieren am Riedberg zunächst nicht zu rechnen scheint; darauf wollen wir in städtebaulichen Verträgen vermehrt drängen. Private und halbprivate Flächen sollen deutlicher als beispielsweise an der Europaallee markiert werden, damit sich dort über Innenhöfe lebendige Nachbarschaften ausbilden können. Steinerne Plätze ohne Bäume wollen wir künftig vermeiden, ferner überprüfen wo an zentralen Plätzen Wasserbecken oder kleine Brunnen technisch und finanziell möglich wären – zeigt sich doch nicht nur am Riedberg, wie dort über die Kinder attraktive Orte für Kommunikation entstehen. Wo immer Eigentümer offensichtlich für eine längere Zeit mit einem Investment zögern, soll die Stadt in Verhandlungen eintreten, ob dort nicht soziale oder kulturelle Zwischennutzungen zugelassen werden könnten.

Unter Federführung der GRÜNEN DezernentInnen haben wir mit der Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts begonnen. Es soll uns Wege und Möglichkeiten aufzeigen, wie wir in einer immens wachsenden Stadt unter anderem Lebensqualität, soziale Vielfalt, Wirtschaftsstärke und ökologische Belange auf einen Nenner bringen und konkurrierende Flächenansprüche bzw. Wünsche von Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Sozialeinrichtungen, Frei- und Grünflächen und anderen Nutzungen austarieren können. Diesen Prozess werden wir mit den Bürgerinnen und Bürger voran- und zu einem Ergebnis bringen.

Wir nehmen das Gutachten des Deutschen Wetterdienstes mit der prognostizierten drohenden Erhitzung innenstadtnaher Quartiere aus dem Jahr 2012 ernst. Auch der heiße Sommer des Jahres 2015 wird kein Einzelfall bleiben. Die Innenstadt muss eine gute Durchlüftung durch Kaltluftschneisen behalten sowie vor allzu starker Erwärmung geschützt werden.

Mit der geplanten Einhausung der A661 und der damit verbundenen Schaffung neuen Wohn- und Grünraums, stehen wir vor einem Jahrhundertprojekt und einer immensen Herausforderung. Wir halten dies aber für eine einmalige Chance für eine Verbindung von bisher durch eine Autobahnschneise getrennten Stadtgebieten, für die Schaffung von neuem Wohnraum und auch von Grünverbindungen für Menschen und Tiere – und nicht zuletzt für einen dringend notwendigen wirksamen Lärmschutz an dieser Autobahn mitten durch Frankfurt.

Dieses Projekt steht für den Umgang mit Problemen, denen sich nicht nur Frankfurt stellen muss: Enorme Wachstumsprognosen auf begrenzter Fläche, die Herausforderungen der Sanierung des Bestands für das Zeitalter nach Kohle und Öl, der Umgang mit den Flächennutzungskonflikten zwischen Industrie, Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft und Erholung, neue Lösungen für die Bedürfnisse nach preiswertem und schönem Wohnraum in den sich verdichtenden Ballungsräumen – all diese Fragen beschäftigen die Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet in besonderer Zuspitzung. Die GRÜNEN in Frankfurt waren immer Motor für neue Ideen, die zukünftige Entwicklungen bereits in der Gegenwart vorweg nehmen. Wir wollen im Rahmen der Einhausung der A 661 ein klimaverträglich geplantes, innovatives Quartier errichten, die das Wohnen der Zukunft ökologisch, sozial und mit zukunftsweisender Mobilität bereits heute sichtbar macht. Dabei sollen die bereits bestehenden Modellprojekte (z.B. Elektro-Mobilität, autoarmes Wohnen, Energie-Plus-Gebäude, Energiegewinnung aus „Grauer Energie“) in der Breite zur Anwendung kommen.

Mit Blick auf die vielbefahrene Friedberger Landstraße und die Hitzeinsel Innenstadt soll besonderes Augenmerk der guten Durchlüftung wie privaten und öffentlichen Grünverbindungen gelten. Wie auch in anderen Entwicklungsgebieten der Stadt haben für uns bislang unversiegelte Grünflächen wie Klein- und Freizeitgärten einen hohen Stellenwert, sind aber kein Tabu. Hinsichtlich der Verlagerung von Gärten bzw. ihres teilweisen Fortbestands soll auch hier im Gespräch ein für möglichst viele Betroffene tragbarer Kompromiss gesucht werden.

Fast noch wichtiger als die Gebäude ist für das Funktionieren und die Qualität einer Stadt das, was sich zwischen dem gebauten Raum abspielt. Wir wollen ansprechende Plätze in Frankfurt schaffen, die einen Nutzen für die Menschen in der Nachbarschaft haben und,

wenn keine funktionalen Gründe, wie die Ausrichtung eines Wochenmarktes, dem entgegenstehen, viel Grün in das jeweilige Quartier bringen.

Das Programm "Schöneres Frankfurt" wollen wir mit besonderem Schwerpunkt auf die Stadtteilentwicklung fortführen. Wir wollen die Stadtteile nach und nach auf ihre Stärken und Schwächen untersuchen und ressortübergreifend Quartiere fördern und weiterentwickeln. Lebensqualität und Attraktivität soll so auch jenseits der City gezielt gesteigert werden, denn gerade die nicht innerstädtischen Stadtteile haben große Potentiale, aber auch Defizite in unterschiedlichsten Bereichen. Das Förderprogramm „Räume für Kreative“ soll in diesem Zusammenhang ausgeweitet werden, da sich die Ansiedlung von Künstler und Kreativen in den letzten Jahren als äußerst erfolgreiches Mittel einer positiven Stadtteilentwicklung erwiesen hat. Auch dem Erhalt von alter und denkmalgeschützter Bausubstanz könnte mit einer gezielten Stadtteilentwicklung besser Rechnung getragen werden. Das Förderprogramm in Höchst hat sich in dieser Hinsicht als äußerst erfolgreich erwiesen.

In Alt-Sachsenhausen wollen wir versuchen, die positive Entwicklung in der Wall- und Brückenstraße durch die Kreativszene fortzusetzen. Der Paradieshof soll hier eine Ankerfunktion bekommen, um die Attraktivität des Viertels tagsüber zu steigern. Gemeinsam mit den privaten Eigentümern und Akteuren vor Ort wollen wir einen Weg finden, den Charakter als traditionsreiches Kneipenviertel zu bewahren, aber mit mehr Qualität als bisher.

Die Frankfurter Innenstadt wollen wir im Sinne des im Sommer 2015 verabschiedeten Konzepts weiterentwickeln. Als ein zentrales Projekt sehen wir dabei Reduzierung des Verkehrs auf der Berliner Straße, um deren Barrierewirkung zu mindern und die Fußläufigen Verbindungen von Nord nach Süd zu stärken. Den Mainkai wollen wir am Wochenende probeweise für den Autoverkehr sperren.

Nachdem wir in der vergangenen Wahlperiode die Grundlage für die Neugestaltung der Zeilnebenstraßen gelegt haben, wollen wir in einen nächsten Schritt die parallel verlaufenden Straßen der Zeil angehen, mit dem Ziel den dortigen kleinteiligen, inhabergeführten Einzelhandel zu stärken. So könnte zum Beispiel im Holzgraben ein kleiner Kontrapunkt zur Einkaufsmeile mit ihren Filialisten entstehen. Kleine, inhabergeführte Geschäfte und Kreative könnten mit Unterstützung der Stadt und der privaten Eigentümer

gezielt angesiedelt und der Holzgraben als Fußgängerzone mit alternativen Angeboten entwickelt werden. Im Bereich von Weißadlergasse und Großem Hirschgraben wäre eine weitere Reduzierung des Autoverkehrs wünschenswert.

Das ehemalige Universitätsgelände in Bockenheim werden wir zu einem energieeffizienten, autoarmen Quartier entwickeln, mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeiten und Kultur. Dabei werden 30 Prozent der geplanten 1.200 Wohnungen öffentlich gefördert werden und 15% der Wohnungen Wohngruppen zur Verfügung stehen. Nach dem phänomenalen Verhandlungserfolg unseres Bürgermeisters beim Land Hessen wird künftig die Hochschule für Musik und darstellende Kunst aus dem Westend hierher ziehen und zentral mit dem Senckenberg Museum und anderen Einrichtungen und Initiativen zu den Leitideen der Kultur auf dem Campus beitragen: Forschung, Ausbildung, Begegnung.

Ökologie und Ökonomie schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: nachhaltiges Wirtschaften kommt sowohl der Umwelt zu Gute, als auch den Unternehmen und damit den Menschen. Mit der Umsetzung eines nachhaltigen Gewerbegebiets wollen wir Frankfurt als innovativen Wirtschaftsstandort stärken und dort unter anderem die Themen Flächen- und Energieeffizienz, Wassermanagement sowie Recycling besonders berücksichtigen.

All diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die dafür zuständigen Ämter auch über ausreichend qualifiziertes Personal verfügen. Daher werden wir uns angesichts einer stark wachsenden Stadt für eine Aufstockung des Personals einsetzen.

Vom Kind her denken: Betreuung und Schule

Unsere Kinder werden andere Probleme zu lösen haben als wir. Das Beste, was wir ihnen auf den Weg mitgeben können, ist eine gute Bildung – Betreuungseinrichtungen und Schulen, in die sie gerne gehen, in denen sie ihre Potentiale erleben und entfalten können, von den LehrerInnen und ErzieherInnen lernen, aber auch lernen, wie man untereinander mit Vielfalt zurechtkommt und voneinander profitiert. Einrichtungen also, in denen sie gut auf das Lösen der Probleme von morgen vorbereitet werden.

Bildung ist für uns nicht vor allem eine Ressource. Bildung im umfassenden Sinne ist ein Element von Selbstverwirklichung, von Freiheit. Wir denken Bildung dabei auch nicht in erster Linie als formale Bildung oder gar als „Abschluss“. Abschlüsse und formale Bildung sind Ergebnis eines Prozesses der viel tiefer reicht. Sie sind Ergebnis von Lernen, formalisiert oder einfach der natürlichen Neugierde folgend. Vor allem Kinder sind die geborenen „Lerngenies“. Wir wollen eine Gesellschaft, die diese Begabungen fördert.

Diesen Gedanken verfolgen wir in Frankfurt seit vielen Jahren. Die GRÜNEN sind seit über 25 Jahren für Bildungspolitik in unserer Stadt zuständig. Wir haben in dieser Zeit dazu beigetragen, dass Frankfurt den Schulkampf hinter sich gelassen hat, dass unsere Stadt sich früh dem Gedanken geöffnet hat, dass es nicht in erster Linie auf das Türschild an einer Schule ankommt, sondern darauf was hinter den Türen geschieht. Wir haben den Weg zur Inklusion beschritten. Wir haben früh auf den intensiven Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten gesetzt und dabei immer auch auf die Qualität geachtet.

In der letzten Wahlperiode ist unter GRÜNER Führung mit dem neuen Schulentwicklungsplan etwas entstanden, um das uns viele beneiden, und das in der Landespolitik trotz intensiver Bemühungen gescheitert ist: Wir haben gemeinsam nicht nur mit allen relevanten Parteien in Frankfurt sondern insbesondere auch mit bildungspolitischen Interessierten und Engagierten, SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, ErzieherInnen und vielen weiteren ExpertInnen das Ziel von Bildungspolitik in Frankfurt diskutiert und Einigkeit erzielt. Die Partizipation der Beteiligten an der Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft wollen wir fortführen. Das große Versprechen, das sich alle Beteiligten gegeben haben, gibt den GRÜNEN Ansatz wieder: Wir denken in Frankfurt Bildung und Betreuung vom Kind her. Das ist keine Selbstverständlichkeit in einer Republik,

in der sich Bildungs- und Betreuungsdebatten im Allgemeinen von den unterschiedlichen „Institutionen“ oder von den unterschiedlichen „Verwertungsinteressen“ her buchstabieren.

Diese Errungenschaft ist aber nun auch Auftrag. Es gilt, die Verabredungen umzusetzen – Schulen und Betreuungsmöglichkeiten für die wachsende Stadt bereit zu stellen, die großen und kleinen Räder gemeinsam zu bewegen, damit in den Einrichtungen auch vom Kind her gearbeitet werden kann, und bei allen Debatten optimale Lösungen zu finden. Wir wollen den Auftrag annehmen. Wir werden in den nächsten Jahren viele Schulen bauen. Wir werden weitere Betreuungsplätze schaffen. Wir werden den inklusiven Unterricht im Sinne der Kinder ausbauen. Und wir werden ganztägig arbeitende Strukturen schaffen, die den Kindern die Möglichkeit geben, ihre Talente zu entfalten und ihre Neugierde „fliegen zu lassen“. Ziel ist für uns nach wie vor, dass kein junger Mensch die Schule ohne Schulabschluss und ausreichende Qualifikation für einen Ausbildungsberuf verlässt. Denn am Ende gilt auch: Chancengerechtigkeit einerseits oder mangelnde Teilhabe andererseits beginnt in der Bildung.

Betreuungsplätze ausbauen, ohne Abstriche an der Qualität

In den letzten Jahren ist die Stadt Frankfurt rasant gewachsen. So wurde die noch im Jahr 2010 für das Jahr 2020 prognostizierte Bevölkerungszahl unserer Stadt bereits im Jahr 2013 übertroffen. Jedes Jahr gibt es allein 300 Kinder im Kindergartenalter mehr als im Vorjahr.

Wir GRÜNEN streiten seit Jahrzehnten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist aber nicht nur deswegen wichtig, sondern auch weil Kindertagesstätten immer auch Bildungseinrichtungen und damit ein Beitrag zur Chancengerechtigkeit sind. Gerade Kinder, die von zu Hause keine optimalen Ausgangsbedingungen mitbringen, bekommen dadurch echte Chancen. In den letzten sechs Jahren ist es uns gelungen, die Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren auf 53% zu erhöhen, wir sind hier Spitzenreiter in Hessen. Im Kindergartenalter liegt die Quote knapp unter 100%. Und auch für Grundschul Kinder liegt die Betreuungsquote über 50%. Dies reicht dennoch bei weitem nicht aus, der Ausbau muss hier in größeren Schritten vorankommen.

Wir wissen auch, wie belastend für eine Familie die Suche nach einem Betreuungsplatz sein kann. Das bisherige Verfahren der persönlichen Anmeldung bei mehreren Einrichtungen erzeugt auf allen Seiten unnötigen Stress und Frustration. Aus diesem Grunde begrüßen wir,

dass das Verfahren durch eine Online-Plattform ersetzt werden soll, die das Anmeldeverfahren erheblich vereinfachen wird.

Die Kinderbetreuungsentgelte für Kinder über drei Jahren sind nach dem Einkommen gestaffelt, damit sich alle Eltern in unserer Stadt gute Betreuung und frühkindliche Bildung leisten können. Unser Ziel bleibt, die Kita-Gebühren für Schwächerverdienende weiter zu senken und die Staffelung der Kita-Entgelte auch bei den Unter-Drei-Jährigen einzuführen.

Gerade weil es sich bei den Kinderbetreuungseinrichtungen aber auch um Orte zum Lernen handelt, achten wir neben der Quantität vor allem auf die Qualität. Trotz aller Sparzwänge und aller Notwendigkeit, schnell auszubauen, machen wir keine Abstriche den pädagogischen Standards und den Raumgrößen der Kindertagesstätten. Wir wollen künftig verstärkt auf eine naturnahe Gestaltung der Außenbereiche achten und dafür gemeinsam mit den ErzieherInnen ein Konzept entwickeln. Die pädagogischen Konzepte wollen wir jedoch nicht politisch vorschreiben, sondern das vielfältige Know-How und Engagement der zahlreichen Träger Frankfurter Kindereinrichtungen einbeziehen.

Wir brauchen weiterhin gut ausgebildete und hochmotivierte Erzieherinnen und Erzieher. Gemeinsam mit dem Eigenbetrieb KITA Frankfurt und den freien Trägern wollen wir bestehende Programme zu Personalgewinnung und Personalhaltung ausbauen und neue Ideen entwickeln. Die Stadt Frankfurt bietet ihren ErzieherInnen im Rahmen des Tarifvertrages bestmögliche Arbeitsbedingungen. Dies ist richtig und nötig, aus diesem Grunde wollen wir diese Möglichkeiten auch zukünftig so weit wie mögliche ausschöpfen. Kinder brauchen Frauen und Männer als Vorbilder. Wir sind stolz darauf, dass Frankfurt zu den Städten mit den höchsten Männerquoten in den Kitas gehört.

Das Bildungsnetzwerk, das ErzieherInnen die Möglichkeit gibt, die Kinder außerhalb der Kitas an Kultur, Umwelt und Naturwissenschaften heranzuführen, und so Kindern ein ganzheitliches Lernen ermöglicht, wollen wir weiter ausbauen.

Zudem wollen wir die gute Arbeit des Kinderbüros und der Kinderbeauftragten als AnwältInnen für Frankfurter Kinder und Familien stärken. Auch Kinder haben Rechte. Und bereits Kinder können ihr Umfeld mitbestimmen. Wir wollen bereits in den Kitas mehr Mitbestimmung etablieren, damit Kinder gehört werden und sich wohlfühlen und damit sie schon früh merken, dass ihre Stimme etwas zu sagen hat.

Wir legen Wert auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung für unsere Kinder und wollen den Anteil von biologisch und regional erzeugten Lebensmitteln auch beim Kita- und Schulessen schrittweise weiter erhöhen.

Netzwerke knüpfen für Chancengerechtigkeit

Um Kinder zu betreuen und zu bilden, müssen Fachkräfte verschiedener Berufsdisziplinen miteinander auf Augenhöhe zusammenarbeiten. In Fechenheim ist es uns gelungen, ein Netzwerk „Gelingender Start ins Leben“ einzurichten, bei dem sich Jugendhilfe, Schule, Nachbarschaftsinitiativen und ÄrztInnen zusammengeschlossen haben, um wissenschaftlich begleitet ein Hilfsprogramm für Kinder, Jugendliche und Familien zu entwickeln. Diesen Ansatz werden wir weiter begleiten und die Ergebnisse auch auf andere Stadtteile übertragen.

Bereits seit 2008 werden in Frankfurt Kindertagesstätten zu sogenannten Kinder- und Familienzentren (KiFaZen) weiterentwickelt. Hier arbeiten Kindertagesstätten und Familienbildungsstätten mit Erziehungsberatung, Sportvereinen, Stadtteilgruppen, Elterngruppen usw. zusammen. Bisher arbeiten bereits 12 Kitas nach diesem „early excellence“- Ansatz. Wir GRÜNE wollen, dass sich schrittweise immer mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln. Dabei unterstützen wir aber auch andere Modelle der Vernetzung und Zwischenlösungen.

Nachmittagsbetreuung für Grundschul Kinder ausbauen – Chancen durch den Pakt für den Nachmittag nutzen

Frankfurt baut unter den GRÜNEN Bildungsdezernentinnen die Betreuung für Grundschul Kinder seit Jahren mit kommunalen Programmen aus. In den letzten Jahren mit der „Erweiterten Schulischen Betreuung“, einem hortähnlichen Angebot am Standort Schule, sowie der „Offenen Frankfurter Ganztagschule“, dem Frankfurter Ganztagschulprogramm. Schon jetzt sind über die Hälfte aller Frankfurter Grundschul Kinder ganztägig betreut. Dennoch suchen nach wie vor viele Eltern verzweifelt einen Betreuungsplatz für ihre Schul Kinder. Unser Ziel ist es, allen Eltern, die einen Betreuungsplatz für ihr Kind brauchen oder wollen, auch einen anbieten zu können. Wir sind daher froh, dass die Landesregierung der Stadt mit dem Pakt für den Nachmittag auch LehrerInnenstunden zur Verfügung stellt und so endlich mit in die Verantwortung für die Schul Kinderbetreuung geht. Der Pakt eröffnet auch neue Perspektiven für eine bessere Verzahnung des Unterrichts mit den

Nachmittagsangeboten - ein wichtiger Schritt für eine bessere Förderung der Kinder und zur Erhöhung der Bildungschancen. Wir GRÜNE stehen für ein Konzept, dass unter dem Dach der Ganztagsbetreuung in der Schule die Jugendhilfe, die Schule, die Vereine und ehrenamtlich Tätigen miteinander vernetzt und Kinder und Familien damit unterstützt, und wollen das auch in der nächsten Wahlperiode intensiv fördern.

Es gilt jedoch der Bestandschutz: Kinder, die derzeit in Schülerläden oder Horten betreut werden, sollen dieses Angebot weiterhin wahrnehmen können, wir planen angesichts der aktuell wachsenden Nachfrage nach Betreuung keinen Abbau von Hortplätzen.

Allen Kindern in der Stadt die gleichen Bildungschancen!

Jedes Kind hat Talente, egal wo es herkommt oder wohnt. Wir wollen alle diese Talente fördern und jedem Kind den bestmöglichen Schulabschluss ermöglichen.

An Frankfurter Schulen stellt der sogenannte Migrationshintergrund keine Ausnahme mehr dar, sondern das Leben mit vielen Kulturen und Sprachen ist selbstverständlich und eine Bereicherung. Wir wollen in Frankfurts Kitas und Schulen eine konsistente Sprachförderung etablieren und das Zweit- und Drittsprachenangebot an unseren Frankfurter Schulen in Absprache mit den Schulen und dem Land auf Herkunftssprachen der SchülerInnen erweitern. Denn diese Sprachen sind Schätze, die gehoben werden sollten.

Für uns bleibt beim Übergang in die weiterführenden Schulen der Elternwille das entscheidende Kriterium. Wir wollen jedem Kind einen Platz an der Schulform ermöglichen, die die Eltern sich wünschen. Dafür braucht es neue Schulen, nicht nur, aber vor allem Gymnasien.

Wir erleben jedoch, dass viele Kinder auf den Gymnasien starten, dort aber nicht das Abitur machen, sondern im Laufe der Schullaufbahn in andere Schulformen querversetzt werden. Dies wird von vielen Kindern als Demütigung empfunden, eine Demütigung, die wir in Zukunft verhindern wollen. Gleichzeitig sehen wir, dass in den Gesamtschulen sehr viel mehr Jugendliche in die Oberstufe versetzt werden, als beim Start in Klasse 5 die Gymnasialempfehlung hatten. Die Vielfalt des Schulsystems und die verschiedenen Wege zum Abitur sind leider nicht ausreichend bekannt, dies wollen wir ändern. Wir möchten die Beratung der Eltern und das Wissen der LehrerInnen über die verschiedenen Schulformen und Angebote stärken.

Zudem sehen wir, dass es bei allen Schulformen Schulen gibt, die stark nachgefragt werden – und auch solche, bei denen das nicht der Fall ist. Unser Ziel ist, die Stärken der attraktiven Schulen zu stärken und die weniger gut angewählten Schulen auf dem Weg zu unterstützen, attraktiver zu werden. Hierbei wollen wir mit den Schulen selbst, aber auch mit dem Land, über die nötigen gemeinsamen Schritte beraten und diese gemeinsam initiieren.

Wir werden das Angebot insbesondere für Gesamt- und RealschülerInnen auf dem Weg zum Abitur durch den Bau der gymnasialen Oberstufen im Gallus und in Preungesheim ausbauen. Ziel muss es sein, dass jedes Kind, das den Weg zum Abitur beschreiten will und kann, diesen Weg auch zur Verfügung hat.

Wir werden uns außerdem aber gesellschaftlich und auch als Arbeitgeberin Stadt dafür einsetzen, dass auch Haupt- und Realschulabschlüsse ernst genommen und wert geschätzt werden.

In Vielfalt zusammen und voneinander lernen

Frankfurt ist Vorreiter im gemeinsamen Unterricht (GU) und bei der Inklusion von Kindern mit Förderbedarf. Mit dem Schuljahr 2015/16 startet die „Modellregion inklusive Beschulung“ in Frankfurt. Hier werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kinder mit und ohne Förderbedarf in den Regelschulen gut zusammen und voneinander lernen können. Dort, wo Inklusion bereits selbstverständlich ist, zeigen die Erfahrungen, dass alle Kinder von inklusiver Beschulung profitieren. Denn nach dem Motto „jedes Kind ist anders“ ändert sich an inklusiven Schulen der Unterricht für alle Kinder: unterschiedliche Lerntempi und Stärken und Schwächen der einzelnen Kinder werden berücksichtigt und diese Veränderung ist für alle Kinder positiv.

Für viele LehrerInnen bedeutet dies eine Veränderung, bei der wir sie nicht alleine lassen wollen. Im Rahmen kommunalen und auch der finanziellen Möglichkeiten wollen wir die Schulen bei der Arbeit in multi-professionellen Teams unterstützen und die Jugendhilfe auch in den Grundschulen ausbauen. Hierfür wollen wir die zur Verfügung stehenden kommunalen Mittel zur Beschulung von Kindern mit Förderbedarf zusammenführen und zur Unterstützung in den Regelschulen einsetzen. Für Eltern von Kindern mit Förderbedarf wollen wir zudem eine Ombudsstelle einführen, die Eltern bei dem Wunsch nach Regelbeschulung berät und sich für das Klären offener Fragen mit Ämtern und Behörden verantwortlich zeigt. Den Vernetzungsgedanken der Kinder- und Familienzentren wollen wir

auf die Grundschulen übertragen und diese bei der Verzahnung mit außerschulischen Angeboten sowie Angeboten der freien Jugendhilfe unterstützen.

Jugendhilfe und SchulpsychologInnen

Mit dem Programm „Jugendhilfe in der Schule“ haben wir die Schulsozialarbeit an vielen weiterführenden Schulen aus kommunalen Mitteln etabliert. Diesen Ausbau wollen wir fortsetzen. Wir sehen, dass psychosoziale Probleme und Krisen bei SchülerInnen zunehmen. Auch LehrerInnen brauchen Rat, beispielsweise beim Umgang mit traumatisierten Kindern. Aus diesem Grund ist die Bedeutung von SchulpsychologInnen für die Unterstützung von SchülerInnen in persönlichen oder familiären Krisen und die Verhinderung von Abbrüchen der Schullaufbahn ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Diese Investition zahlt sich aus. Zurzeit stehen den 90.000 Schülerinnen und Schülern an den 160 Frankfurter Schulen jedoch nur neun SchulpsychologInnen zur Seite. Daher machen wir uns beim Land für eine personelle Stärkung der schulpsychologischen Abteilung im Staatlichen Schulamt stark. Dieses Angebot wird dabei mit dem Angebot der Jugendhilfe in der Schule vernetzt werden.

Bildung braucht gute Räume: Schulsanierung und Schulbau

Es ist kein Geheimnis, dass die Bereitstellung von Infrastruktur in einer schnell wachsenden Stadt wie Frankfurt eine besondere Herausforderung darstellt. Bildung und Betreuung braucht Orte. Damit konkurrieren sie mit anderen Bedarfen, benötigen Finanzmittel und es braucht Zeit, diese Orte so zu errichten, dass sie den berechtigten Ansprüchen an Qualität gerecht werden.

Frankfurt hat seit 2006 deutlich über 1 Milliarde € in den Neubau und die Sanierung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Wir haben über die schon geplanten Mittel hinaus in der letzten Wahlperiode gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ein umfangreiches zusätzliches Schulsanierungsprogramm ins Leben gerufen. Es gibt im schwierigen Umfeld von Bau- und Sanierungsmaßnahmen keine 100% Planungssicherheit – das ist allen Menschen bekannt, die schon ein Bau- oder Sanierungsprojekt „am eigenen Leib“ erfahren haben. Wir haben uns aber gerade aus diesem Grund auf ein Verfahren verständigt, das Transparenz über die geplanten und umgesetzten Maßnahmen und auch die Probleme, die dabei zu lösen sind, schafft. Wir wollen diesen Weg weiter gehen.

Unsere wachsende Stadt braucht aber auch kontinuierlich neue Schulen und Betreuungseinrichtungen. Wir haben bereits im Schulentwicklungsplan 10 neue Schulen

beschlossen. Wir werden 5 neue Grundschulen, 3 neue Gesamtschulen, ein neues Gymnasium sowie eine neue gymnasiale Oberstufe schaffen und damit auf das Wachstum reagieren. Auch Betreuungseinrichtungen werden wir weiterhin intensiv ausbauen. Hier liegen enorme Anstrengungen vor uns, und wir werden auch kreative Wege gehen – immer unter Berücksichtigung unserer Qualitätsansprüche. Der Neubau der Europäischen Schule, der in einer Holzelementbauweise ausgeführt ist und mit dem hessischen Holzbaupreis 2015 ausgezeichnet wurde, sowie die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen nach einem einheitlichen Architekturkonzept in Elementbauweise sind uns dabei Ansporn und Ermutigung.

Vernetztes Denken und Lernen: Kooperationen fördern

Wir wollen die grüne Stadt Frankfurt weiterhin zum Raum für Bildung von Kindern und Jugendlichen über die Umweltherausforderungen der Zukunft machen. Das Angebot von „Umweltlernen e.V.“ sowie andere Angebote zur Umweltbildung wollen wir ausbauen. Wir unterstützen außerdem die Einrichtung einer nichtkommerziellen Kinder- und Jugendfarm.

Das Schuljahr der Nachhaltigkeit, das hier in Frankfurt vor drei Jahren erstmals eingeführt wurde und mittlerweile als Vorbild für ganz Hessen gilt – sollte möglichst in allen Schulen angeboten werden.

Wir unterstützen gemeinsam mit dem Land die Organisation und Zusammenarbeit außerschulischer und schulischer Kultureinrichtungen vor Ort, zum Beispiel die Kooperationen von Musikschulen und Schulen. Insbesondere Kindern und Jugendlichen wollen wir so die Freude an Kunst und Kultur vermitteln – denn je früher das gelingt, desto leichter lassen sich Kunst und Kultur den Menschen nahebringen.

Die Angebote der Bildungsstätte Anne Frank zur Demokratiebildung und zur Toleranz sind wichtig und erfolgreich, und wir wollen auch diese Angebote weiter ausbauen.

Eine Jugendbibliothek für Frankfurt

Die Stadtbücherei leistet eine wertvolle Arbeit bei der außerschulischen Bildung und Integration für Kinder und Erwachsene. Ihre Arbeit wollen wir weiter stärken, genauso die wichtige Arbeit der Schulbibliotheken, die wir durch die Schulbibliothekarische Arbeitsstelle unterstützen. Kinder sind in Frankfurt mit der Kinderbibliothek gut eingebunden, bei Jugendlichen flacht die Leselust bedauerlicherweise oft ab. Um das zu ändern, wollen wir

eine eigene Jugendbibliothek entwickeln – gemeinsam mit Jugendlichen selbst. Die Jugendbibliothek soll ihre Arbeit mit anderen Einrichtungen, die von Jugendlichen genutzt werden – Schulen, Jugendhilfe, Vereine usw. – vernetzen und insbesondere für Mädchen und junge Frauen einen Freiraum und zugleich Schutzraum bieten.

Medienkompetenz ausbauen

Medienkompetenz ist in der heutigen „digitalen“ Gesellschaft eine Schlüsselqualifikation, die frühzeitig erworben werden sollte, die wir vor allem in der Schul- und Erwachsenenbildung fördern wollen und die es lebenslang fortzuentwickeln gilt. Medien sind oftmals aber auch Berührungspunkte mit jugendgefährdenden, problematischen Inhalten. Daher ist Medienkompetenz auch Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Im Zeitalter von Social Media wachsen bisher getrennte Medien immer mehr zusammen, die Menschen werden selbst zu AkteurInnen in einem wachsenden Mediennetzwerk. Die hieraus entstehenden neuen Anforderungen der Mediennutzung sollten im Zentrum der zu fördernden „media literacy“ stehen. Neben den rein technischen Fähigkeiten ist es dabei wichtig, dass auch Chancen und Risiken von internetbasierten Medien vermittelt werden. Zugleich bieten Medienberufe im digitalen Zeitalter bedeutende Karriereperspektiven.

Wir wollen die bisherigen Projekte zur Medienkompetenz und zum Jugendmedienschutz, wie die Arbeit des Medienzentrums und der „Digitalen Helden“, fortführen, miteinander vernetzen und weiterentwickeln und ergänzt durch den Transfer von der Medienbranche in die Frankfurter Schulen ausbauen.

Lebenslanges Lernen - Grundpfeiler für echte Chancengerechtigkeit.

In Frankfurt gibt es ein vielfältiges und breites Angebot von Maßnahmen von der Unterstützung der Alphabetisierung bis hin zu künstlerischen Weiterbildungen. Neben freien Trägern bietet gerade auch die Volkshochschule in Frankfurt ein hervorragendes Angebot.

Die VHS Frankfurt gestaltet ihr Kursangebot sehr spezifisch den Bedürfnissen der Stadtgesellschaft und gestaltet diese so aktiv mit. So gibt es mittlerweile gezielte Kurse zur Vorbereitung der Qualifikation der dringend benötigten ErzieherInnen, viele unterschiedliche Kurse für Geflüchtete, und sie öffnet sich gezielt in den Stadtteil Ostend. Ebenso geht die VHS gezielt Kooperationen mit unterschiedlichen Trägern der Weiterbildung sowie anderen AkteurInnen ein und spielt gerade für die Willkommenskultur gegenüber

Geflüchteten und anderen Neu-FrankfurterInnen eine elementare Rolle. Wir wollen diese Rolle ausbauen und das Qualitätsniveau der VHS halten und weiterentwickeln. Dazu gehört auch, weiter nach geeigneten zusätzlichen Kursräumen zu suchen, sowie die Vernetzung der unterschiedlichen Träger von Erwachsenenbildung zu unterstützen und voranzubringen.

Für die Zukunft unserer Kinder – Umwelt- und Klimaschutz ist Pflichtaufgabe

Die Zeit drängt. Es ist die jetzige Generation, die um die Folgen der Klimaerwärmung weiß, die noch die Chance hat, den Klimawandel abzubremsen und die Mittel und Möglichkeiten dazu hat. Wenn unsere Generation nicht konsequent das Ruder herumreißt und zu einer klimaverträglichen Lebens- und Wirtschaftsweise findet, werden unsere Kinder mit den Folgen leben müssen. Wir können das schaffen, und die Stadt Frankfurt kann einen erheblichen Beitrag dazu leisten. In den letzten Jahren ist es uns gelungen, den Ausstoß schädlicher Treibhausgase trotz wachsender Bevölkerung und wachsender Wohn- und Gewerbeflächen pro Kopf zu senken. Aber nur mit den GRÜNEN wird es auch in Zukunft eine konsequente Klimaschutzpolitik in Frankfurt geben.

Klimaschutz: Wir wissen, was zu tun ist

Der „Masterplan 100% Klimaschutz für Frankfurt“ ist erstellt und wird in einem kontinuierlichen Prozess umgesetzt und fortgeschrieben. Er zeigt uns den Weg auf, die Stadt spätestens 2050 zu 100 Prozent aus lokalen und regionalen regenerativen Energiequellen zu versorgen und uns unabhängig zu machen von den knapper werdenden fossilen Energieträgern. Wir wollen die Treibhausemissionen Frankfurts um mindestens 95 Prozent senken.

Hierfür ist Voraussetzung, dass unser Energiebedarf um mindestens 50 Prozent sinkt. Damit uns das gelingt, brauchen wir die Mithilfe der ganzen Stadt: Der FrankfurterInnen, der BauherrInnen, der MieterInnen, von Wirtschaft und Gewerbe, Vereinen und Organisationen. Der Masterplan muss noch besser vermittelt und kommuniziert werden. Er zeigt Strategie, Wege und mögliche Maßnahmen zur Zielerreichung der Versorgung mit 100% Erneuerbaren Energien auf. Jetzt geht es an die konsequente Umsetzung konkreter Maßnahmen: z.B.

- Den Ausbau der Fernwärmeangebote und die verstärkte Nutzung von Abwärme von Industrie, Rechenzentren oder von Verkehrsinfrastrukturen,
- Die Weiterführung und den Ausbau der Kampagne „Frankfurt spart Strom“ für Haushalte und Büros,

- Informationsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen für die Einführung von Energiemanagementsystemen, finanziert durch Einsparungen,
- Förderung innovativer und ökologischer Pilotprojekte für Energieumwandlung, Speicherung, Dämmung und Energieeffizienz, um solchen Ideen in den Markt zu helfen,
- Beratung der Bürgerinnen und Bürger, sei es bezüglich der eigenen oder der gemieteten Immobilie, bezüglich des Mobilitätsverhaltens, oder bezüglich der Energienutzung in ihren beruflichen Zusammenhängen.

Außerdem wollen wir den Klimaschutz als strategisches Ziel auch im Masterplan Industrie berücksichtigen und damit zur nachhaltigen Entwicklung der Frankfurter Unternehmenslandschaft beitragen.

Weil sich viele Probleme besser gemeinsam lösen lassen, wollen wir ein regionales Energiekonzept in Kooperation mit dem Regionalverband Frankfurt RheinMain entwickeln.

Im Neubau ist in Frankfurt in der vergangenen Wahlperiode ein grundlegender Wandel gelungen: Während energieeffizientes Bauen im Passivhausstandard über viele Jahre weitgehend auf öffentliche Gebäude und einzelne Leuchtturmprojekte beschränkt war, ist ein hoher energetischer Standard im Neubau zur Massenbewegung geworden. In den kommenden Jahren wird es darum gehen, diese Erkenntnisse und Innovationen zügig auf den Bestand zu übertragen. Insbesondere die quartiersweise energetische Sanierung und Modernisierung von Miet- und Eigentumswohnbestand muss in den nächsten Jahren in Gang kommen. Auf diese Weise wollen wir die Kosten für den Einzelnen senken, durch Begleitung die Qualität der Maßnahmen sichern, gemeinsame effiziente Lösungen für die Energieerzeugung wie Nahwärmenetze ermöglichen und die energetische Modernisierung möglichst auch mit einer Verbesserung der Qualität im öffentlichen Raum verbinden. Wir wollen weiterhin gemeinsam mit Mieterschutz- und Grundeigentümerorganisationen eine Clearingstelle einrichten, die energetische Sanierungen im Mietwohnungsbau fördert und Konflikte um die Umlegung der Kosten auf die MieterInnen vermeiden hilft.

Anreizstrukturen für nicht-öffentliches Handeln im privaten oder geschäftlichen Bereich wie zum Beispiel Ökoprotit wollen wir ausbauen und bekannter machen – denn wer Gutes tut, über den soll ruhig auch Gutes gesprochen werden.

Vorbildfunktion für städtische Gebäude

Die Stadt sollte auch bei der Energieeffizienz ein Vorbild sein. Mit dem „Heizungsaustauschprogramm“ und mit der permanenten Überwachung des Energieverbrauchs durch das Energiemanagement haben wir seit dem Jahr 1990 einen Gewinn von 175 Mio. € erwirtschaftet. Der Heizenergieverbrauch sank in dieser Zeit um 36 %, der Wasserverbrauch sogar um 62 % und die CO₂-Emissionen um 37 %. Auf Grund der begrenzten Personalsituation konnten bisher noch nicht alle städtischen Gebäude von Energieberatung und –Überwachung profitieren. Wir wollen das Energiemanagement ausbauen, so dass alle städtischen Gebäude energetisch beraten und gemanagt werden können. Die Aufwendungen hierfür werden durch die Einsparungen mehr als überkompensiert!

Wir wollen außerdem alle städtischen Gebäude, die mehr als 30 Jahre alt sind auf einen energetisch sinnvollen Stand bringen. Hierzu werden wir ein Sanierungsprogramm auf den Weg bringen, dass in ökologischer und finanzieller Hinsicht wegweisend ist.

Raus aus der Kohle - Divestment und ökologische Anlagenpolitik

Die Stadt kann und soll weiter beeinflussen, welche Projekte mit den von ihr angelegten Geldern, letztlich den Steuergeldern, unterstützt werden und welche nicht. Mit der neuen Anlagerichtlinie für die Stadt Frankfurt wurde festgelegt, dass bei Anlagen in Produkte mit Investitionen in die Energieerzeugung nur noch solche mit erneuerbaren Charakter zum Zug kommen werden. Generell sollen ethische, ökologische und soziale Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden. Wir wollen jetzt noch einen Schritt weitergehen und entsprechend der Divestment-Bewegung für die städtische Anlagepolitik festlegen: Es wird nicht neu in Finanzanlagen investiert, die Investitionen in fossile Energieerzeugung (Kohle, Gas und Öl) einschließen. Entsprechende Produkte im Bestand werden baldmöglichst abgestoßen und die Mittel klimafreundlich reinvestiert. Dadurch können wir weltweit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und reduzieren gleichzeitig die finanziellen Risiken für die Stadt erheblich.

Abfall gibt es nicht – hin zu einer Kreislaufwirtschaft

Frankfurts Abfallentsorgung ist gut. Dennoch werden auch bei uns Rohstoffe verschwendet und unnötiger Müll produziert. Als ersten Schritt weg von der Plastiktüte wollen wir auf den von der Stadt veranstalteten Wochenmärkten Rabatte für Standbetreiber einführen, die auf

Plastiktüten und Einwegverpackungen verzichten. Bei der Verpachtung städtischer Liegenschaften an Gastronomen kann ebenfalls ein Anreiz in der Pacht vereinbart werden, auf Einwegverpackungen zu verzichten. Bei gastronomischen Betrieben, die in der Nähe von Grünflächen liegen, wollen wir mit einer Kampagne dafür werben, dass sie Alternativen zum Wegwerfgeschirr für Kaffee und Pizza anbieten oder sich zumindest an der Entsorgung beteiligen. Initiativen, die reparieren anstatt wegzuwerfen, wie Repair-Cafés, wollen wir unterstützen, etwa durch Vermittlung von Flächen. Bei der Beschaffung der Stadt Frankfurt wollen wir ökologische und soziale Ausschreibungskriterien (Lebenszykluskosten, Energieverbrauch, Ersatzteilverfügbarkeit etc.) noch stärker als bisher verankern.

Umwelt- und Artenschutz in unserer Stadt

Wir alle träumen davon, dass aus Frankfurt AM Main im Sommer Frankfurt IM Main (und in der Nidda) werden kann. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, den wir GRÜNE aber zäh weiter verfolgen werden. Vielfach sind wir darauf angewiesen, dass auf Landes- und Bundesebene die richtigen Entscheidungen getroffen werden, vor allem um die Belastung der Frankfurter Flüsse mit Rückständen aus der Landwirtschaft deutlich zu reduzieren. Die EU hat hierfür eine Frist bis 2027 gesetzt. Insbesondere werden wir auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass die Belastung unserer Gewässer durch Quecksilber nicht durch den Umstieg auf dreckige Brennstoffe wie Braunkohle noch weiter zunimmt. Wir werden bei diesem Thema nicht locker lassen. Aber auch innerhalb der Stadtgrenzen können wir viel tun: Im Fechenheimer Mainbogen soll durch die Renaturierung eine vielfältige Auenlandschaft wieder entstehen, die den Tieren des Flusses Rückzugsmöglichkeiten und Brutstätten bietet. Wir wollen auch für den Bereich westlich der Innenstadt Bedingungen schaffen, die einen den natürlichen Verhältnissen nahekommenden Bestand von Wasserpflanzen, Gewässerkleintieren und Fischen ermöglichen. Die schon jetzt sehr erfolgreiche Renaturierung der Nidda wollen wir zügig fortführen. Ebenso wollen wir an den kleineren Bächen in Frankfurt Verbesserungsmaßnahmen planen und umsetzen. Die regionale Zusammenarbeit für eine bessere Wasserqualität und ökologischen Hochwasserschutz an den Taunusbächen wollen wir noch verstärken. Den Abschuss von Kormoranen lehnen wir weiterhin ab.

Die Artenvielfalt hat sich in der Stadt immens entwickelt. Über die Projekte „Wildnis Wagen“ am Monte Scherbelino und entlang des Niddaufers, bietet die Stadt vielen Tier- und Pflanzenarten Lebensmöglichkeiten, die ihnen in der Agrarsteppe nicht mehr geboten wird.

Diese Entwicklung wollen wir weiterhin fördern, dafür Flächen anbieten und bestehende Grünflächen – vor allem innerhalb des Stadtgebietes – erhalten.

Landwirtschaft und Ernährung

Einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Naturschutz leistet auch die Landwirtschaft – oder eben nicht. Dabei ist auch entscheidend, wie sich Verbraucherinnen und Verbraucher verhalten, denn die Landwirtschaft bedient eben auch die Nachfrage, wenn sie da ist.

Wir wollen Landwirtschaft im Stadtgebiet erhalten und den Wechsel zu ökologischer Landwirtschaft unterstützen. Bei der Neuvergabe von Pachtverträgen wollen wir biologisch oder ökologisch besonders nachhaltig wirtschaftende Betriebe bevorzugt berücksichtigen. Gentechnikfreiheit soll eine Vorbedingung sein, um kommunale Flächen zu pachten.

Der Lebensmittelkonsum ist ein erheblicher Faktor. Nach wie vor werden in erheblichem Maße Lebensmittel vernichtet. Wir wollen eine Initiative gegen das Wegwerfen von Lebensmittel gemeinsam mit Einzelhandel und Gastronomie entwickeln. Viele Menschen verzichten inzwischen aus unterschiedlichen Gründen auf den Verzehr von Fleisch. Daher soll es in den städtischen Kantinen jeden Tag mindestens ein fleischloses oder veganes Gericht geben.

Die Gentechnik bei der Nahrungsproduktion stellt nicht nur eine Bedrohung der ökologischen Vielfalt und der Gesundheit dar, sie wird auch von der großen Mehrheit der Menschen abgelehnt. Deshalb soll die Stadt Frankfurt dem Europäischen Netzwerk Gentechnikfreier Regionen beitreten. Wir werden bei kommunalen Ausschreibungen für Kantinen, die Ausschreibungen so modifizieren, dass Gentechnikfreiheit beim Lebensmittel als auch bei den zugrundeliegenden Futtermitteln Bedingung ist.

Den Zoo zum Schaufenster für Artenschutz ausbauen

Der Zoo Frankfurt wurde vor fast 160 Jahren von BürgerInnen, organisiert in der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt, gegründet. Es gibt kaum einen anderen Zoo auf der Welt, dessen Geschichte so früh so eng mit der Idee des Schutzes gefährdeter Arten vor Ort, in ihrem natürlichen Lebensraum, verknüpft ist. Mit der Neugründung der Zoologischen

Gesellschaft nach dem zweiten Weltkrieg durch den damaligen Zoodirektor Bernhard Grzimek entstand eine der größten und angesehensten Naturschutzorganisationen weltweit, die längst nicht mehr nur in der Serengeti tätig ist, sondern z. B. Regenwaldflächen aufkauft, um den Orang Utans das Überleben zu sichern oder sich unter schwierigsten Bedingungen für die Rettung der Berggorillas im Ost-Kongo einsetzt. Trotz ihres weltweiten Engagements blieb die Zoologische Gesellschaft immer dem Zoo und der Stadt Frankfurt verbunden.

„Frankfurt“ steht heute in vielen Ländern weniger für den Sitz der Europäischen Zentralbank oder für den Flughafen, sondern für Natur- und Artenschutz. Viele der im Zoo Frankfurt gehaltenen Tiere stehen stellvertretend für ihre gefährdeten Artgenossen in freier Wildbahn, die die Zoologische Gesellschaft in ihre Schutzprogramme aufgenommen hat. Und der Zoo nimmt den Auftrag an, nicht nur ein Ort der Freizeitgestaltung, sondern der Bildung und Information über die bedrohten Lebensräume der Tiere zu sein.

Der Zoo Frankfurt ist sich angesichts dieses Hintergrundes der ethischen Fragen einer Haltung von in Gefangenschaft geborenen Wildtieren im Zoo sehr bewusst. Wir begrüßen den bewussten Verzicht auf die Haltung bestimmter Arten, auch wenn sie publikumsträchtig wären. Wir müssen als Stadt weiter in den Zoo investieren, um die Tierhaltung auf einen modernen Stand zu bringen. Gleichzeitig wollen wir den Charakter des Zoos als Schaufenster in die bedrohten Lebensräume weltweit weiter stärken und den Bildungsauftrag festigen. Wir wollen über den Frankfurter Zoo noch mehr Menschen für die Idee des Schutzes unseres gemeinsamen Welterbes, der großen Wildgebiete, gewinnen.

Gesundheit als umfassender Auftrag

Was braucht man, um gesund zu bleiben? Regelmäßige Bewegung an der frischen Luft, ausreichend Ruhe, Anregungen und am besten auch noch Liebe. Und eine Stadt, in der genau das möglich ist, wollen wir aus Frankfurt machen. Eine gesündere Stadt, die einlädt, sich zu bewegen, in der man zur Ruhe kommen kann, in der man sich begegnen kann. Vieles, was an anderen Stellen in diesem Programm zu lesen ist, ist nicht nur Verkehrs-, Planungs-, Grünflächen oder Sportpolitik, sondern auch Gesundheitspolitik, von der wir uns mehr versprechen, als von manchen Medikamenten. Gesundheitsvorsorge steht im Mittelpunkt unserer Politik.

Flughafen: es muss spürbar leiser werden

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der Nordwestlandebahn und dem Terminal 3 war, ist und bleibt ein schwerwiegender Fehler, den CDU, SPD und FDP gemeinsam begangen haben. Wir haben immer vor den dramatischen Folgen des Ausbaus gewarnt, bei Wahlen aber niemals eine Mehrheit gegen den Ausbau mobilisieren können. Die Grenzen der Belastung Frankfurts und des Rhein-Main-Gebiets mit Lärm und Schadstoffen auf Kosten von Gesundheit, Umwelt und Lebensqualität sind durch den Bau der Nordwestlandebahn endgültig überschritten worden. Es muss spürbar leiser werden – diese Maxime hat unser politisches Handeln der vergangenen Jahre geprägt und wir GRÜNE werden weiter für mehr Lebensqualität und weniger Fluglärm kämpfen.

Dabei verkennen wir nicht, dass der Flughafen ein wichtiger Bestandteil unserer Verkehrsinfrastruktur ist. Er sorgt dafür, dass Frankfurt an internationale Märkte angebunden ist und hilft dadurch Frankfurts Funktion als globales Dienstleistungs- und Handelszentrum zu erhalten und auszubauen. Wir wollen, dass der Flughafenbetreiber Fraport sich noch stärker für den Lärmschutz engagiert. Deshalb möchten wir, dass der Lärmschutz ein weiteres Unternehmensziel der Fraport wird. Für ein modernes Unternehmen reicht es heutzutage nicht mehr aus, auf ein reines quantitatives Wachstum zu setzen. Qualität und Akzeptanz des Unternehmens in der Region spielt eine entscheidende Rolle für dessen Erfolg.

Mit Einführung der Lärmpausen Ende April 2015, lärmabhängigen Entgelten für die Fluggesellschaften, geänderten Abflugverfahren und die Unterstützung für besonders vom

Fluglärm betroffenen Schulen versucht die neue Landesregierung mit GRÜNER Beteiligung, die Lärmbelastung auch für die Frankfurter Bevölkerung zu mindern. Die vom GRÜNEN Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir vorgeschlagenen baulichen Alternativen zum Terminal 3 hat Fraport leider verworfen.

Wir unterstützen das Land bei der Einführung von definierten Lärmobergrenzen und halten weiterhin ein echtes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr für dringend geboten, um den Menschen unter den Ein- und Abflugschneisen mindesten acht Stunden Schlaf zu ermöglichen. Bis zum Erreichen dieses Ziel sprechen wir uns für eine Übernahme der Lärmpausen in den Regelbetrieb des Flughafens aus, sofern der Probetrieb erfolgreich verlief und die Menschen tatsächlich entlastet werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob am Wochenende auch tagsüber Lärmpausen durch die zeitweise Schließung jeweils einer Bahn eingeführt werden können. Wir fordern eine Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Festlegung von Flugrouten und Flugverfahren, welche bislang anders als beim Verkehr am Boden ohne öffentliche Beteiligung erfolgt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Entgelte am Flughafen noch stärker lärmabhängig gestaltet werden. Die weitere Modernisierung der in Frankfurt eingesetzten Flugzeugflotte ist dringend erforderlich. Eine technische Reduktion der Lärmbelastung am Fluggerät hat für uns oberste Priorität, weil sie die wirksamste Entlastung für den Nahbereich darstellt. Gleichzeitig werden auch weiter entfernte Stadtteile entlastet. Angesichts der erheblichen Belastung der Bevölkerung durch den Fluglärm erwarten wir von den Luftverkehrsgesellschaften, dass die Bestandsflotten entsprechend nachgerüstet und die Stilllegung besonders lauter Flugzeugtypen engagiert vorangetrieben wird. Lärmabhängige Entgelte erhöhen hier den notwendigen Druck und machen die Lärmreduktion auch betriebswirtschaftlich notwendig.

Ein hoher Anteil der Flugbewegungen betrifft innerdeutsche Flüge. Der Flughafen ist hervorragend an das Intercitynetz angebunden, aber das Potential zur Verlagerung von Flügen auf die Schiene ist noch längst nicht ausgeschöpft. Wir wollen erreichen, dass Fraport, die Luftverkehrsgesellschaften und die Bahn besser kooperieren, um mehr Flüge überflüssig zu machen.

Alle Arbeit an pragmatischen Verbesserungsvorschlägen hält uns jedoch nicht davon ab, das ungezügelte Wachstum des Luftverkehrs weiter generell in Frage zu stellen und zu

kritisieren. Die entscheidenden Weichen, diesen sowohl wirtschaftlich wie auch ökologisch schädlichen Weg fortzusetzen, werden in der Bundes- und Europapolitik gestellt. Die Frankfurter GRÜNEN werden die Forderung nach einer Abkehr von diesem Irrweg nach Berlin und Brüssel tragen, gemeinsam mit den vielen Kommunen, Umwelt- und Verkehrsverbänden, die unsere Sicht teilen.

Luft- und Lärmschutz: Unverzichtbarer Teil einer vorsorgenden Gesundheitspolitik

Frankfurt ist als zentrales Verkehrsdrehkreuz stark durch Luftverschmutzung und Lärm belastet. Die 2006 eingeführte Umweltzone konnte die Feinstaubbelastung mittlerweile dauerhaft unter den gesetzlichen Grenzwert senken. Aber um die nach wie vor hohe Belastung durch Stickoxide zu senken reicht diese Maßnahme nicht aus. Wir kämpfen weiter für die Ausdehnung der Umweltzone auf die Stadtteile und perspektivisch auf den Ballungsraum Rhein-Main. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den weiteren Ausbau von Elektro-Mobilität in allen Bereichen, um eine Lärm- und Schadstoffreduzierung zu erreichen.

Lärm ist über den Flughafen hinaus der Stressfaktor unserer Großstädte. Verkehrslärm oder Baulärm etc. hat zum Teil erhebliche Auswirkungen auf unsere Gesundheit. Wir wollen den Lärm an allen Quellen vermindern. Bei den Kehrmaschinen und Laubbläsern ist ein Anfang gemacht. Wo Tempo 30 in der Nacht hilft, dass die AnwohnerInnen besser schlafen können, wollen wir diese Maßnahme dauerhaft umsetzen. Einen vergleichsweise hohen Effekt erwarten wir von einem Tempolimit auf den innerstädtischen Autobahnen auf 80 km/h. Dies würde die Lärmbelastung für die AnwohnerInnen verringern.

Die Menschen in unserer Stadt brauchen Rückzugsorte, die ihnen die Möglichkeit geben, dem Lärm zu entfliehen. Solche Orte der Ruhe im Alltag wollen wir erfassen, sichtbar machen und wenn möglich in ihrer Aufenthaltsqualität weiter entwickeln.

Aber nicht nur der Lärm beeinflusst die Lebensqualität in unserer Stadt, auch die Schadstoffe sind ein belastender Faktor. Der Ausbau der Fernwärme kann einen erheblichen Beitrag zur Verringerung der Luftbelastung leisten. Zudem steht aufgrund des Alters der Anlagen eine Debatte um die Zukunft des Kohleheizkraftwerkes der Mainova im Gutleut an. Wenn wir hier die Kohleverbrennung durch einen schadstoffärmeren Brennstoff ersetzen können, wird dies die Emissionen spürbar reduzieren.

In einem hochbelasteten Ballungsraum wie dem unseren ist der Ersatz von effizienten und vergleichsweise schadstoffarmen Brennstoffen wie Gas durch Braunkohle ein Rückschritt. Auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes werden wir auf Bundesebene dafür kämpfen, dass die erheblichen Schäden, die die Braunkohle verursacht, sich wenigstens auch in ihrem Preis abbilden. Auch kleine Anlagen wie die in Fechenheim betriebene und die in Griesheim geplante dürfen sich nicht dem Emissionshandel entziehen können.

Die Kommune als Akteur der Gesundheitsvorsorge: Unterstützen, zusammenbringen, helfen

Die Kommune hat eine wichtige Funktion auch in der Verhütung von Krankheiten und in der Versorgung kranker Menschen. Die Stadt ist die Ebene, auf der Netzwerke zwischen verschiedenen Akteuren innerhalb und außerhalb des Gesundheitssystems geknüpft werden können. Der Stadt fällt es leichter, Lücken und Bedarfe in der Versorgung wahrzunehmen, als etwa den Krankenkassen. Und die kommunalen Einrichtungen sind der ideale Ort, um aufsuchende Hilfen für die Menschen zu leisten, die diese benötigen.

Wir fordern daher, dass die Kommunen mehr Mitspracherecht bei der Verwendung der Präventionsetats der Krankenversicherungen erhalten. Wir fordern, dass kommunale Programme aus diesen Etats finanziert werden, denn die Kommunen entlasten mit ihrer Präventionsarbeit die Sozialkassen. Die Stadt Frankfurt übernimmt auch die medizinische Versorgung von Menschen, die keinen oder einen besonders schweren Zugang zum regulären Gesundheitssystem haben. Auch hier kämpfen wir weiter dafür, dass die eigentlich zuständigen Kostenträger ihre Verantwortung auch für schwer erreichbare PatientInnen nicht auf Dauer auf die Stadt abwälzen.

Selbsthilfe und Selbstorganisation ist die wertvollste Form von Hilfe. Als Stadt wollen wir auch weiterhin Betroffene, die im Rahmen von Selbsthilfe aktiv sind, unterstützen. Die Stadt kann hier Anlaufstelle für weitere Betroffene und Lotse zu existierenden Angeboten ebenso sein, wie sie Räume und Fachwissen zur Organisation und Selbstorganisation zur Verfügung stellen kann.

Gesundheit fängt bei den Kindern an

Das erfolgreich etablierte Programm der „Frühen Hilfen“ wollen wir speziell für Kinder von psychisch erkrankten Eltern weiter entwickeln. Für sie wird eine kontinuierliche Begleitung der Eltern und Kinder aufgebaut. Sie beginnt mit der Schwangerschaft und geht je nach

Bedarf bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes. Ziel ist es, die Familien so zu begleiten und zu fördern, dass die gesunde Entwicklung der Kinder im Familienzusammenhang erfolgen kann.

Vielen Eltern fällt es schwer, sich in dem kaum zu überblickenden Angebot an Beratungsstellen die für sie und ihre Kinder richtige Hilfe zu holen. Die Kinder- und Familienzentren haben sich erfreulicherweise zu Orten entwickelt, an denen viele Familien mit Unterstützungsangeboten erreicht werden können. Wir wollen dort in Kooperation mit den freien medizinischen Berufen wie ÄrztInnen, Hebammen und GeburtspflegerInnen die Angebote zur Gesundheitsprävention weiter ausbauen.

Chronisch kranke Kinder sollen ungestört in jeder Kita oder Schule leben und lernen dürfen. Daher braucht es auf der erwachsenen Seite Sicherheit im Umgang mit der Erkrankung. Das Gesundheitsamt muss die LehrerInnen und ErzieherInnen befähigen und dauerhaft als Ansprechpartner begleiten.

Schon bei Kindern machen sich oft Essstörungen bemerkbar – gerade bei Mädchen ist dieser Trend international und leider nach wie vor oft durch die Medien unterstützt. Wir wollen die existierenden Hilfen sowohl im Bereich Prävention wie auch im Bereich der Behandlung von Essstörungen weiter fördern.

Für den Schutz von Kindern vor Misshandlungen existiert eine gute Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten im Gesundheitswesen, in Kinderschutz- und Hilfseinrichtungen und den Jugendämtern, die wir weiter fördern wollen. Ein interdisziplinärer Blick und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Akteuren ist die beste Voraussetzung für erfolgreiche Prävention in diesem sensiblen Bereich.

Ganzheitliche Strukturen: Integrierte Hilfen

Um Selbständigkeit und Mündigkeit der Betroffenen in einer gemeindenahen sozialpsychiatrischen Versorgung mit den notwendigen Behandlungs- und Unterstützungsangeboten gewährleisten zu können, schafft die Stadt Frankfurt die Möglichkeit einer „Integrierten Hilfeplanung“ in Zusammenarbeit mit allen hier Aufgaben tragenden Strukturen und Kostenträgern auf kommunaler wie Landesebene. Ziel ist es, mit dieser Form der Hilfeplanung die Barrieren zwischen den unterschiedlichen Hilfesystemen

und Kostenträgern (Krankenkassen, Rentenversicherer, Landeswohlfahrtsverband usw.) abzubauen.

Wir wollen ein Konzept zur Suizidprävention erarbeiten, das alle Altersgruppen berücksichtigt. Viele konflikthafte oder gefährliche Situationen im öffentlichen Raum haben einen – oft unentdeckten – psychiatrischen Hintergrund. Wir wollen den sozialpsychiatrischen Dienst im Gesundheitsamt in die Lage versetzen, in solchen Situationen Kriseninterventionen vor Ort zu leisten, aber auch Ordnungsbehörden und Polizei für diese Situationen besser zu schulen.

Klinikum Höchst als kommunales Krankenhaus erhalten

Wir wollen das Klinikum Höchst in kommunaler Trägerschaft erhalten und dessen Zukunftsfähigkeit stärken. Mit dem Neubau und dem geplanten Zusammenschluss mit den Main-Taunus-Kliniken werden hierfür die Voraussetzungen geschaffen und es wird den PatientInnen im Frankfurter Westen eine qualitativ hochwertige sowie gut erreichbare Krankenversorgung angeboten. Als kommunales Krankenhaus soll das Klinikum Höchst trotz der schwierigen ökonomischen Bedingungen im Krankenhauswesen auch weiterhin wichtige sozialmedizinische Aufgaben übernehmen.

Die Finanzierung von Krankenhausleistungen bleibt prekär, denn sie arbeitet mit den falschen Strukturen. Alle Krankenhäuser sind gezwungen, im bundesgesetzlich vorgegebenen Finanzierungsrahmen zu wirtschaften. Über zehn Jahre nach Einführung der Fallpauschalen-Finanzierung sind die Fehlsteuerungen dieses Systems nicht mehr zu übersehen. Die Privatisierung kommunaler Häuser hat sich insbesondere bei großen Maximalversorgern nicht als „Wundermittel“ erwiesen, mit dem sich die unzureichende Finanzierung solcher Krankenhäuser durch Land und Bund auf Dauer lösen lässt. Wir brauchen einen grundlegend neuen Ansatz bei der Finanzierung von Krankenhäusern und ambulanten Gesundheitsleistungen. Wir wollen gemeinsam mit den anderen freigemeinnützigen und kommunalen Krankenhausträgern, aber auch den vielen kritischen Stimmen in der Frankfurter Ärzteschaft, eine Initiative für einen solchen neuen Ansatz auf Bundesebene anstoßen.

In der Stadt mobil im Umweltverbund: Rad, Bus und Bahn

Wir GRÜNE stehen für Mobilität für Menschen – zu Fuß, mit dem Rad, mit dem öffentlichen Nahverkehr, und wenn mit dem Auto, dann zu vertraglichen Konditionen. Wir verteufeln dabei kein Verkehrsmittel. Wir müssen uns aber immer wieder bewusst machen, wie sehr unsere Stadt nach wie vor von der Ideologie der autogerechten Stadt geprägt ist. Wir ändern das Stück für Stück, um den Flächenverbrauch und die Wertschätzung für die einzelnen Verkehrsarten so anzupassen, dass sie zum Anteil der Nutzungen passen. Und wir weisen immer wieder darauf hin, dass die Verkehrsmittel unterschiedliche soziale und ökologische Folgen haben. Nach diesen Kriterien richten wir unsere Verkehrspolitik aus.

Radfahren weiter stärken: Das städtische Verkehrsmittel Nummer 1

Immer mehr FrankfurterInnen haben für sich entdeckt, wie gut und schnell sie mit dem Rad vorankommen. Wir GRÜNEN wollen in den nächsten 10 Jahren den Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehr (Modalsplit) auf 25 % steigern – ein Wert, der zum Beispiel in Karlsruhe oder Heidelberg heute bereits erreicht wird. Dafür werden wir mehr Radverkehr auf die Straße bringen, um die Gehwege für die FußgängerInnen vorzuhalten, das Radwegenetz weiter ausbauen und verbessert ausschildern, mehr Radschutzstreifen auf Grundnetzstraßen einrichten und bestehende „Netzlücken“ schließen. Wir wollen alle Stadtteile mit direkten und sicheren Radverbindungen verbinden. Und wir wollen zusätzlich neue Radschnellwege bauen, die in Planung befindliche Strecke Frankfurt-Neu Isenburg-Darmstadt umsetzen und auch weitere Strecken in Nord-, Ost- und Westrichtung oder zum Frankfurter Flughafen planen.

Wir werden Fahrradwege weiter ausbauen und möglichst an jeder Straße, an der dies rechtlich möglich ist, entweder einen vom Fußweg getrennten Fahrradweg, einen Schutzstreifen, der deutlich für alle Autofahrenden markiert ist, oder wenigstens eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30km/h einführen, damit es FahrradfahrerInnen möglich ist, jede Straße sicher zu befahren. Um das Radfahren stärker zu fördern, wollen wir an komplexen Kreuzungsbereichen Radspuren farblich kennzeichnen und an besonders wichtigen Radverbindungen digitale Radzählstationen aufstellen, die den täglichen Radverkehr sichtbar darstellen. Durch die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht soll, wo immer gefahrlos möglich, Wahlfreiheit für Radfahrende geschaffen werden, wenn eine

anforderungsgerechte Führung des Radverkehrs nur auf der Fahrbahn kurzfristig nicht zu realisieren ist. Wir wollen den Einsatz von mehr Lastenfahrrädern fördern, die Unterstützung des städtischen Jugendverkehrsgartens fortsetzen und das Radfahren für TouristInnen fördern. Zudem wollen wir mehr Radabstellplätze einrichten und Parkflächen für Fahrräder mit abschließbaren Rad-Parksystemen an wichtigen Knotenpunkten realisieren. Wir wünschen uns Fahrradleiheangebote in Frankfurt, die die erste halbe Stunde Fahrradleihe kostenlos anbieten und die dies mit Bus+Bahn-Angeboten kombinieren.

Auch außerhalb des öffentlichen Raums werden Stellplätze für Räder gebraucht. Wir wollen die Möglichkeiten der Stellplatzsatzung zur Förderung von möglichst leicht zu erreichenden Abstellplätzen für Fahrräder in den Wohnhäusern nutzen und weiter ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir auf Landesebene eine Änderung der Landesbauordnung erreichen, so dass pro Neubauwohnung zwei wettergeschützte, gegen Diebstahl zu sichernde und ebenerdige Fahrradstellplätze gebaut werden. Wer mehr Fahrradstellplätze schafft als vorgeschrieben, kann im Gegenzug auf einen Teil der KFZ-Parkplätze verzichten. Vier Radplätze kompensieren einen Autostellplatz.

So wie der Autoverkehr aus Stadtverträglichkeitsgründen entschleunigt werden muss, so muss der Radverkehr, da wo es mit anderen Verkehren verträglich ist, beschleunigt werden.

Wir GRÜNE legen auf Sicherheit im Straßenverkehr großen Wert. Gleichzeitig sind wir immer bestrebt, die Geltung von Regelungen im Straßenverkehr kritisch zu überprüfen, wenn dies faktisch zu mehr Sicherheit und einer Verbesserung des Verkehrs führt. Wir wünschen uns daher eine stärkere Berücksichtigung stark nachgefragter Radverkehrsverbindungen. In unserer Stadt der kurzen Wege mit ihrer dichten Folge von Knotenpunkten muss hinterfragt werden, ob wirklich jede Ampel für die Zukunft Sinn macht oder ob es nicht für alle Verkehrsarten besser wäre, Kreuzungen durch Aufpflastern oder als Kreisverkehr sicher zu gestalten. Besonders wichtig ist uns, dass insbesondere an Ampelkreuzungen der Radverkehr noch besser und deutlicher berücksichtigt wird. Viele Ampelschaltungen in unserer Stadt können für Radfahrende besser gestaltet werden – zum Beispiel als Grüne Welle auf wichtigen Verbindungen. Um den Radverkehr flüssiger zu machen, wollen wir mehr baulich abgesetzte Bypässe oder Rechtsabbieger. Wo dies planerisch nicht realisiert werden kann, wünschen wir uns für den Radverkehr eine Regelung ähnlich des „Grünpeils“ für den Autoverkehr, wie dies seit Jahren in den Niederlanden und auch in Frankreich

selbstverständlich ist. Die Sicherheit der FußgängerInnen darf dabei natürlich nicht gefährdet werden. Mit einem Modellversuch soll zunächst die Praktikabilität einer solchen Regelung überprüft werden, die im Erfolgsfall auch zu einer sinnvollen Änderung der Straßenverkehrsordnung auf Bundesebene führen könnte. Die Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für den Radverkehr in Frankfurt hat gezeigt, dass allein auf den Autoverkehr gemünzte Regelungen für den Radverkehr verzichtbar sein können, ohne die Verkehrssicherheit zu mindern. Daher werden wir die Einbahnstraßenregelung auch auf möglichst alle verbleibenden Straßen in Tempo 30 Zonen anwenden. Auch dabei steht für uns die Sicherheit aller VerkehrsteilnehmerInnen immer an erster Stelle.

Öffentlicher Verkehr: Das Rückgrat der Mobilität in einer wachsenden Region

Nur mit einem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), der mit der zunehmenden Nachfrage nach Mobilität Schritt hält, können wir das Wachstum der Rhein-Main-Region so bewältigen, dass die Region lebenswert bleibt. Ein guter Anschluss an den ÖPNV ist insbesondere für Kinder und Jugendliche und alte Menschen ein Gewinn an Selbstbestimmung und Freiheit. Er kann Anshub sein für eine positive Entwicklung von bislang randständigen Stadtteilen. Er macht unser aller Leben leichter.

Die GRÜNEN haben in den vergangenen Jahren viele Ausbauvorhaben für den ÖPNV auf den Weg gebracht und teilweise schon abgeschlossen. Aber der Bedarf nach weiteren Investitionen in die Schieneninfrastruktur ist erheblich. Ohne eine Ko-Finanzierung des Bundes werden diese dringenden Vorhaben nicht realisiert werden. Wir werden uns gemeinsam mit der Region dafür einsetzen, dass der Bund eine Anschlussfinanzierung für Investitionen in den ÖPNV zur Verfügung stellt. Auch das Land Hessen muss seine Mittel für innovative und umweltfreundliche Mobilität erhöhen.

Die höchste Priorität haben für uns:

- die Regionaltangente West.
- der Bau der nordmainischen S-Bahn nach Hanau und
- der Ausbau der S6 nach Bad Vilbel und Friedberg,

Außerdem wollen wir angehen:

- die Verlängerung der U5 zum Frankfurter Berg,

- die weitere Planung der Straßenbahnringlinie sowie
- die weitere Planung des Lückenschlusses der Stadtbahn zwischen Ginnheim und der Bockenheimer Warte für beide aktuell diskutierten Varianten.

Neue regionale Schieneninfrastruktur muss mit Abstellmöglichkeiten für die Autos und Fahrräder der PendlerInnen (Park&Ride, Bike&Ride) ausgestattet werden, um die Kombination der Verkehrsmittel zu verbessern und die Möglichkeit zu bieten, das Auto früher stehen zu lassen.

Es soll geprüft werden, die Straßenbahnlinie in der Kleyerstraße wieder in Betrieb zu nehmen, da durch die Wohnbauentwicklung in diesem Bereich die Nachfrage neu zu bewerten ist. Ebenso wollen wir prüfen, ob eine Straßenbahnverbindung ins wachsende Gutleutviertel sinnvoll ist.

Insbesondere dort, wo neue Haltepunkte des ÖPNV außerhalb der Stadtteilzentren entstehen, wollen wir im Zuge des Baus auch deren Anbindung zu Fuß und mit anderen Verkehrsmitteln an die Zentren verbessern und dafür stadtplanerische/landschaftsplanerische Wettbewerbe durchführen. Mit baulichen und gestalterischen Mitteln wollen wir die Aufenthaltsqualität, die Zugänglichkeit und das Umfeld von bestehenden Stationen wie der S-Bahn-Station Niederrad verbessern und Angsträume abbauen. Bestehende Haltestellen sollen barrierefrei umgebaut und mit Leitsystemen und Einstiegsfeldern versehen werden. Bei Planungen neuer Schieneninfrastruktur und bei Unterhaltungsarbeiten bestehender Schieneninfrastruktur muss die Bevölkerung so gut wie möglich vor Lärm geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass auch auf bereits planfestgestellten Strecken wie dem Ausbau der S6 und Bestandsstrecken mit hoher Lärmbelastung Betriebsbeschränkungen zum Schutz der Bevölkerung auferlegt werden können, etwa Beschränkung der Nutzung auf Güterwagen mit Flüsterbremsen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Auf stark nachgefragten Strecken wollen wir „Metrobusse“ einführen, die insbesondere in den Hauptverkehrszeiten in dichtem Takt verkehren und auf (möglichst) direkten Linienwegen unterwegs sind. Wir setzen uns für eine Fortsetzung des

Beschleunigungsprogramms für den ÖPNV ein und für mehr eigene Busspuren auf Tangenten wie dem Anlagenring, die auch vom Rad mitbenutzt werden können.

Gerade in Stadtteilen, die vor allem in einer Hauptrichtung per ÖPNV an die Innenstadt angeschlossen sind, können Quartiers- und Ringbuslinien den ÖPNV innerhalb des Stadtteils verbessern und zusätzliche Fahrgäste an die Hauptlinien heranführen.

Unsere Idee vom Nahverkehr: Attraktiv, leicht zugänglich und bezahlbar

Der öffentliche Nahverkehr ist eine tragende Säule der Verkehrswende. In den letzten Jahren hat er durch konsequenten Ausbau der Quantität und auch der Qualität des Angebots in der Nutzung deutlich zugelegt. Wir wollen diese Verkehrswende konsequent fortsetzen, und arbeiten weiter daran, die Alternativen zum Auto attraktiver zu machen. Für den öffentlichen Nahverkehr bedeutet das: Wir müssen weiter in den Ausbau investieren, wir müssen die existierenden Angebote leichter auffindbar und zugänglicher gestalten und wir müssen erreichen, dass das Angebot für die Menschen auch bezahlbar ist.

Unsere Prioritäten für den weiteren Ausbau der Angebote haben wir im vorangegangenen Abschnitt erläutert. Damit diese Angebote auch bei den Menschen ankommen, muss die Fahrplanauskunft des RMV im Sinne eines fahrgastfreundlichen Navigations- und Bezahlsystems für den gesamten Umweltverbund von ÖPNV, Radverkehr, Fußverkehr und Car- und Bikesharingsystemen weiterentwickelt werden.

Zudem wollen wir das E-Ticket mit seinen neuen Tarifmöglichkeiten und die Smartphone-Bezahlung mit besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes vorantreiben. In diesem Zuge streben wir als ein Element einer attraktiveren Preisgestaltung auch Rabattlösungen für Mehrfachfahrten an. Wir setzen uns generell für eine Tarifreform innerhalb des RMV ein, um gerade Fahrten in die Nachbarkommunen zu einem vernünftigen Preis anzubieten. Wir müssen allerdings bei einer Umstellung darauf achten, dass lange Fahrten, die sich bisher innerhalb eines Tarifgebiets abspielen, nicht deutlich teurer werden.

In den vergangenen Jahren ist trotz stetig wachsender Fahrgastzahlen und trotz auch preislich attraktiver Angebote gerade bei den Zeitkarten insgesamt ein Druck auf die Fahrkartenpreise entstanden, der unserer Verkehrspolitik immer stärker entgegenwirkt. Ursache ist die völlig unzureichende Höhe und die ungerechte Verteilung der sogenannten „Regionalisierungsmittel“ des Bundes, die rund die Hälfte der Einnahmen des RMV

ausmacht, während gleichzeitig die bundeseigene Bahn über eine drastische Erhöhung der Trassenpreise massiven Druck auf die Fahrpreise ausübt. Außerdem kommt die Quersubventionierung des öffentlichen Verkehrs unter dem Dach der Stadtwerke auch aufgrund der verfehlten Energiepolitik der Bundesregierung an seine Grenzen. Wir wollen in dieser Situation endlich eine deutlich verbesserte Finanzierung des Nahverkehrs im Rahmen der Bund-Länder-Finanzreform einfordern und zusätzlich über neue Formen der Nutzer- und Nutznießerfinanzierung eine weitere Säule der Nahverkehrsfinanzierung erarbeiten.

Alternativen zur Fahrpreiserhöhung müssen Vorrang haben. Sofern eine Erhöhung der Fahrpreise dennoch nicht verhindert werden kann, sollte sie maximal auf das Maß begrenzt werden, das sich aus der anteiligen Mitfinanzierung der Kostensteigerungen z.B. bei Löhnen, Energie oder Trassenpreisen der Bahn ergibt.

Um die Auswirkungen der Fahrpreiserhöhungen abzufedern, wollen wir Subventionen einerseits auf die Gruppe von Menschen konzentrieren, die sich die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln aus eigener Kraft nicht leisten können. In diesem Zusammenhang wollen wir die Subventionierung für InhaberInnen des „Frankfurt Pass“ für Zeitkarten von derzeit rund 30% auf 50% erhöhen und zukünftig auch Einzelfahrscheine in diese Vergünstigung einbeziehen.

Andererseits wollen wir die Ausbildungswege mit Bussen und Bahnen für SchülerInnen, Azubis und Studierende gleichmaßen bezahlbar erhalten und dazu die CleverCard Frankfurt noch stärker bezuschussen und für die in Frankfurt lebenden Studierenden einen städtischen Zuschuss zum Semesterticket einführen.

Die Geschwindigkeit den Menschen anpassen

Der Verkehr muss sich insgesamt seiner Umwelt anpassen. Das gilt auch beim Tempo. Niedrigere Geschwindigkeiten führen zu einer höheren Lebensqualität in der Stadt, senken den Lärm und die Unfallgefahr. Nach dem Vorbild der im Stadtteil Schwanheim auf den Weg gebrachten Entschilderung durch Arrondierung der Tempo-30-Zone wollen wir auch in weiteren Stadtteilen die Tempo-30-Zonen ausweiten. Unser Fernziel ist dabei Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit. Das würde den Schilderwald erheblich reduzieren, indem es Straßen mit Tempo 50 zur Ausnahme macht. Dies liegt aber nicht in kommunaler Hand. Wir setzen uns daher für die europäische Initiative, die innerstädtische Regelgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren, ein. Bis dahin wollen wir in Frankfurt Maßnahmen wie Tempo 30 in der

Nacht auf Hauptverkehrsstraßen nach Auswertung des derzeit laufendem Tests bei positivem Ergebnis auf weitere Straßen ausweiten, an denen viele Menschen nachts stark belastet sind, und kleinere Lücken zwischen Tempo-30-Zonen schließen. Auf den auf städtischem Gebiet und damit durch Wohngebiete verlaufenden Autobahnen sind wir aus Gründen des Lärmschutz und der Verkehrssicherheit weiterhin für eine Temporeduzierung auf 80 km/h ohne Ausnahmen.

Verkehrssicherheit weiter erhöhen - Verkehrsüberwachung besser ausstatten

Die Verkehrsüberwachung soll weiter personell verstärkt werden und kritische und sicherheitsrelevante Punkte sowohl im ruhenden als auch im fließenden Verkehr noch gezielter kontrollieren.

Die erfreuliche Zunahme des Radverkehrs, die wir wollen, stößt gelegentlich auch auf Ängste, insbesondere bei FußgängerInnen, und es existieren auch echte Konflikt- und Gefährdungssituationen. Ohne gegenseitige Rücksicht geht es nicht, und wir werden alle VerkehrsteilnehmerInnen immer wieder dazu und zur Einhaltung der Spielregeln anhalten. Das geht am besten, wenn die Stadtpolizei sich mit so unterschiedlichen Verkehrsmitteln bewegt wie alle anderen auch. Um Rücksichtnahme und Spielregeln noch stärker in das Alltags-Bewusstsein zu bringen, wollen wir, dass die Verkehrsüberwachung noch öfter mit dem Rad in der Stadt unterwegs ist und dabei insbesondere zugeparkte Fußgängerwege und Radwege kontrolliert.

Kultur zum Leben

Frankfurt braucht Kunst und Kultur wie die Luft zum Atmen. Nur Kunst und Kultur vermögen es, wichtige Fragen aufzuwerfen und notwendige Veränderungen sichtbar zu machen. Kunst und Kultur in allen ihren Formen sind für uns immer frei und dienen nicht sozial- oder bildungspolitischen Zwecken oder dem Standortvorteil. Kunst ist immer auch Experiment mit offenem Ausgang, genau das wollen wir stärker fördern.

Kunst und Kultur sind aber auch an wirtschaftliche Bedingungen geknüpft und auf Unterstützung angewiesen. Die Funktion von kommunaler Kulturpolitik lässt sich mit anderen Politikfeldern nicht vergleichen, ist aber auch nie nur eine freiwillige Leistung. Sie muss Kunst- und Kultur mit den begrenzten öffentlichen Mitteln ermöglichen und Zugänge zu Kunst und Kultur bahnen. Für uns GRÜNE ist dabei entscheidend, dass Kultur und Kulturpolitik offen bleibt für Veränderungen, für neue AkteurInnen und neue Kunstformen.

Demokratische Kulturpolitik: Struktur- statt Verteilungsdebatte

Wir wollen das Aushandeln von Kriterien für die Kulturförderung öffnen und in die Stadt tragen. Wir wollen daher, dass Frankfurt einen Kulturentwicklungsplan aufstellt. Eine solche mittelfristige Kulturentwicklungsplanung für die Stadt Frankfurt am Main wird als ein Prozess in mehreren Phasen angelegt, unter Federführung des Kulturdezernates. Die Stadtgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt, die Kulturszenen, Verwaltung und Politik sollen in diesen Prozess partnerschaftlich eingebunden werden.

Die regionale kulturelle Zusammenarbeit (Kulturfonds Rhein-Main, Kulturregion) stärkt die kulturellen Einrichtungen in der Region gegenseitig und ermöglicht kulturelle Veranstaltungen mit Strahlkraft über die Region hinaus. Wir wollen auch diese interkommunalen Kulturförderungen in eine öffentliche Debatte über die weitere Ausrichtung einbeziehen.

Die Zentrumsfunktion Frankfurts auch im kulturellen Bereich muss durch das Land Hessen künftig in erheblichem Umfang – gerade auch finanziell – gestärkt werden.

Wir erkennen auch die außerordentliche Bedeutung und das große Engagement der Soziokultur an. Gemeinsam mit Verbänden und dem Land, das die finanzielle Ausstattung in

diesem Bereich verdoppeln will, wollen wir langfristig weitere Perspektiven für die Soziokultur in unserer Kommune entwickeln.

Hürden für den Zugang zu Kunst und Kultur abbauen – kulturelle Bildung stärken

Wir wollen nicht nur kulturelle Teilnahme, sondern kulturelle Teilhabe für alle. Nicht nur Geld ist eine Schwelle für die Teilhabe am kulturellen Leben unserer Stadt, auch die unausgesprochenen Codes und Maßstäbe des Kulturbetriebs sind manchen Menschen fremd. Zugangsschwellen werden sichtbar, wenn wir uns fragen „Wer bietet was für wen?“, aber auch „Wer wird wo sichtbar gemacht?“ und „Wer wird wo unsichtbar gehalten?“. Diese Fragen wollen wir an den Frankfurter Kulturbetrieb anlegen, mit der gesamten Stadtgesellschaft – kulturfern oder kulturnah – diskutieren und die Antworten nutzen, um „Kultur für alle“ neu zu vermessen und Wirklichkeit werden zu lassen.

Es existieren aber trotz aller Unterstützungsangebote nach wie vor auch finanzielle Hürden. Die Frankfurterinnen und Frankfurter sind sich der unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung sehr bewusst. Wir wollen Besucherinnen und Besuchern von städtischen Kultureinrichtungen die Möglichkeit geben, freiwillig einen höheren Beitrag zu zahlen, damit Menschen mit weniger Geld vergünstigt am kulturellen Leben teilhaben können. Darüber hinaus möchten wir die Kulturangebote insbesondere für Familien attraktiver machen. Um das zu erreichen, streben wir in den städtischen Kultureinrichtungen einmal wöchentlich freien Eintritt für Kinder in Begleitung einer/eines Erwachsenen an.

Um den aktiven Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche zu stärken, wollen wir in Frankfurt eine Jugendkunstschule für gestaltende, bildende und kreative Kunst analog der Jugendmusikschule aufbauen und dafür SponsorInnen oder StifterInnen gewinnen. Von Dichten bis Schmieden, vom Malen bis zum Schneidern wollen wir Kindern und Jugendlichen hier einen Raum für eigenes kreatives Schaffen eröffnen.

Räume für Kunst und Kultur

Kunst entsteht nicht aus dem Nichts, sondern muss erarbeitet werden und sich ausprobieren können. Dazu braucht es den nötigen Raum, und gerade der ist in Frankfurt notorisch knapp und teuer.

Zusätzlich zur bereits etablierten Leerstandsagentur möchten wir die KünstlerInnen auch bei der Suche nach Produktions- und Darstellungsorten unterstützen, an denen nicht nur eine künstlerische, sondern auch andere öffentliche Nutzungen stattfinden. Denn Kunst und Kultur leben auch davon, wahrgenommen zu werden und ihre Produktionen öffentlich präsentieren zu können.

Wir wollen, dass Menschen sich öffentliche Räume möglichst unreguliert aneignen und diese durch ihre soziale Kreativität prägen können, wobei sich die unterschiedlichen künstlerischen, kulturellen aber auch kommerziellen Nutzungen nicht ausschließen, sondern begegnen und überlagern dürfen. Dazu gehören sogenannten kreative sub- und jugendkulturelle Phänomene wie Streetart und Parkour, Straßenkunst, politische Aktionen wie Flashmobs, Kulturfestivals wie die Sommerwerft oder auch partizipative Projekte wie das Urban Gardening. Die selbstorganisierte Kultur in den Stadtteilen hat in den letzten Jahren eine Blüte erlebt und ist ein großer Gewinn für ganz Frankfurt. Wir wollen bei der künftigen Gestaltung öffentlicher Räume in Frankfurt stärker berücksichtigen, wie dadurch Potenziale für die Nutzung und Aneignung als kultureller Raum gerade für diese Formen von Kultur eröffnet werden können. Wir möchten den öffentlichen Raum als Produktions- und Spielort für das Theater und seine Motive öffnen, den KünstlerInnen so die Chance auf eine breitere Wahrnehmung und Akzeptanz geben, das Publikum einbinden und an der künstlerisch gestalteten Realität teilhaben lassen.

Kulturcampus Bockenheim

Nachdem das Land Hessen auf dem Kulturcampus in Bockenheim mit einer Investitionssumme von 100 Millionen Euro einen Neubau der Hochschule für Musik und darstellende Kunst realisieren wird, ist auch der Weg für städtische Investitionen frei. Mit diesen soll auf dem Kulturcampus auch die räumliche Konzentration der Kultureinrichtungen des „Forum Kulturcampus“ gefördert werden (wie bspw. das Ensemble Moderne), um Synergien freizusetzen und neue Impulse zu initiieren. Dabei ist uns wichtig, auf dem Areal ein Zentrum für Kultur zu etablieren, das national und international sichtbar ist.

Das Studierendenhaus wollen wir für eine Nutzung einer, auch sich gründenden freien Kultureinrichtung öffnen, das offen ist für die ortsungebundene, vielfältige freie Kunstszene und sich gleichzeitig für interkulturelle Aktivitäten und Zusammenreffen eignet. Die Impulse der Initiative „Offenes Haus der Kulturen“ wollen wir aufgreifen. Die Zusammenarbeit mit

dort bestehenden Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen wie dem Bockenheimer Depot und dem Senckenbergmuseum wollen wir fördern.

Die Frankfurter Museen – neugierig machen

Die Frankfurter Museumslandschaft ist nach wie vor ein Wahrzeichen unserer Stadt. Das freut uns, und das haben wir in der Vergangenheit immer unterstützt. Vielfältige Inhalte, von A wie Archäologisches Museum bis W wie Weltkulturen Museum, vielfältig präsentiert, machen neugierig. Wir haben die Gründung eines Techno-Museums beschlossen und freuen uns auf die Einweihung. Wir wollen aber auch die bestehenden Museen weiter stützen. Und auch wenn die Pläne zur Errichtung eines Neubaus des Museums für Weltkulturen noch nicht verwirklicht werden konnten, setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, umgehend eine neue Leitung zu berufen und das Museum in seiner Eigenständigkeit und seiner Entwicklung zu stärken und zu erweitern, damit die umfangreiche Sammlung besser zur Geltung kommt und in einem Zusammenhang gezeigt werden kann, der Frankfurt gerecht wird – wie zum Beispiel als Dokumentation der Globalisierung der Welt. Die Suche nach einem geeigneten Standort wollen wir dabei neu aufnehmen.

Darüber hinaus begrüßen wir das Engagement von Vereinen und Initiativen, die die Geschichte ihrer Stadtteile sichtbar und erlebbar machen wollen. Daher unterstützen wir den langgehegten Wunsch eines archäologischen Gartens im Stadtteil Heddernheim, um die Überreste der Römerstadt Nida angemessen zu würdigen.

Wir wünschen uns in allen Bereichen eine intensive Zusammenarbeit der Museen und der freien bildenden Künstlerinnen und Künstler in Frankfurt. Die Unterschiede zwischen „On–“ und „Off–Kunst“ entstehen oft genug nur im Verlauf der Geschichte, und erfolgreiche (nicht nur im kommerziellen Sinne) Kunst lebt von Vielfalt und Intensität. Von einem verstärkten Austausch können alle profitieren. So, wie die etablierten Häuser inzwischen „Off-Locations“ nutzen (wie das MMK an seinem temporären Ort am alten Degussa-Areal), so kann auch „Off-Kunst“ etablierte Orte bereichern.

Darstellende Kunst: Theater, Performance, Tanz, ...

Wir haben mit der Neuregelung der Förderrichtlinien für die darstellenden Künste und der Einrichtung eines Theaterbeirats einen wichtigen Schritt gemacht, um die Förderstrukturen

zu modernisieren und die Dynamik der Szene abbilden zu können. Wir werden in den nächsten Jahren mit allen Beteiligten weiter daran arbeiten, diese Strukturen weiter zu stärken. Die zur Verfügung stehenden Mittel und ihre bestehende Verteilung spiegeln nicht die gesellschaftliche und kulturelle Relevanz wieder. Um die professionelle Ausstattung der freien Theater, Gruppen und Einzelkünstlerinnen und -künstler weiter zu fördern, streben wir GRÜNEN eine deutliche Erhöhung der Fördermittel an und wollen uns dabei an den Forderungen der Theaterallianz orientieren.

Wir setzen uns zur Stärkung der kulturellen Bindung von Kindern und Jugendlichen auch für ein eigenständiges Kinder- und Jugendtheater ein. Theaterkunst für ein junges Publikum erfordert ein eigenständiges Haus mit einem selbständigen Ensemble professioneller Schauspielerinnen und Schauspielern, einer Dramaturgie und einer Intendanz – ein Theater für Kinder, Jugendliche und Familien. Frankfurt als Stadt mit wachsender Kinderzahl braucht einen Ort, wo Kinder und Jugendliche ihren Themen in künstlerischer und auf sie zugeschnittener Art und Weise begegnen und Theater erleben können.

Filmstadt Frankfurt: Theorie und Praxis

Frankfurt hat eine lange Tradition als Ort der filmtheoretischen Auseinandersetzung. In den letzten Jahren ist Frankfurt aber auch eine wichtige Filmlocation für Produzentinnen und Produzenten aus Hessen und der ganzen Republik geworden.

Die Entwicklung Frankfurts als Ort der Filmkultur und -wirtschaft wollen wir weiter ausbauen. Die städtischen Ämter, die für die Erteilung von Drehgenehmigungen zuständig sind, wollen wir besser ausstatten und ihre Kooperation stärken, damit es für Produzentinnen und Produzenten „so einfach wie möglich“ wird, Bilder unserer Stadt in die Welt zu bringen.

Wir werden die Mittel erhöhen, damit das Filmhaus Frankfurt auch in Zukunft seine wichtige Funktion als erste Anlaufstelle zwischen allen, die sich mit dem bewegten Bild auseinandersetzen, leisten kann. Die begonnene stärkere Unterstützung der in Frankfurt beheimateten Filmfestivals – die sich teilweise schon heute einen internationalen Ruf erarbeitet haben – muss weiter ausgebaut werden, um den künstlerischen Film in Frankfurt sichtbar zu machen.

Frankfurt braucht ein Premieren- und Festivalkino, das den vielen Festivals die Möglichkeit eröffnet, ihre Programme unter professionellen Bedingungen zu zeigen. Wir unterstützen deshalb die Idee eines Film- und Festivalzentrums, in dem kommerzielle und künstlerische Bereiche der Film- und Medienwirtschaft unter einem Dach ein Cluster bilden. Der erste Schritt ist, hierfür eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, um der sich verschärfenden Situation durch den Wegfall des Metropol-Kontingentes rechtzeitig etwas entgegenzusetzen zu können.

Musikstadt Frankfurt: Viele bunte Töne

Frankfurt ist neben allen anderen kulturellen Attraktionen nicht zuletzt auch eine hoch innovative und lebendige Musikstadt. Nicht nur die jährliche Musikmesse – internationale Leitmesse der Musikindustrie – sondern vor allem auch viele Musikerinnen und Musiker der unterschiedlichen Stilrichtungen und mit ganz unterschiedlichen persönlichen Hintergründen leben und spielen hier. In Frankfurt existiert das älteste kontinuierlich stattfindende Jazzfestival der Welt. Aus Frankfurt stammen national und international bekannte Namen insbesondere der Jazz-Szene, in Frankfurt kam der Techno zur Welt.

Wir werden die Musikszene insgesamt weiterhin unterstützen – wir wissen um die Nöte zum Beispiel bei der Suche nach Probemöglichkeiten. Wir unterstützen lokale Festivals wie das Stoffel, und wir wollen auf dem Frankfurter Museumsuferfest auch in Zukunft wieder eine Jazzbühne ermöglichen.

Frankfurts kulturelles Leben wird durch zahlreiche und vielfältige gemeinnützige Feiern und nichtkommerzielle Straßenfeste bereichert. Damit diese durch die teilweise unverhältnismäßig hohen GEMA-Gebühren nicht belastet und in ihrer Existenz gefährdet werden, sollte die Stadt darauf hinwirken, einen GEMA-Rahmenvertrag für nichtkommerzielle Veranstaltung abzuschließen.

Die Erinnerungskultur unterstützen

Nur wer weiß, wo er herkommt, weiß auch, wo er hingehen soll – in diesem Sinne unterstützen wir Schulen, Vereine und Initiativen vor Ort, die sich um unsere Erinnerungskultur kümmern. Das gilt besonders für Einrichtungen, die die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus bewahren. Den Bunker in der Friedberger Anlage, der von Zwangsarbeitern auf den Überresten der zerstörten Synagoge errichtet wurde, wollen wir zu einer zentralen Gedenkstätte an diese Zeit entwickeln.

Multikultur in der Kultur

Die Erfahrungen und Perspektiven aller in Frankfurt lebender Menschen kulturell zu verarbeiten und zu spiegeln, gehört zum Kern unseres Kulturverständnisses: Kultur bedeutet Auseinandersetzung mit der Welt und mit der Lebensrealität. Eine Kultur, die große Bevölkerungsgruppen übergeht, wäre nicht vollständig. Und langweilig obendrein.

Deswegen brauchen wir eine Kulturpolitik, die (post-)migrantische Strömungen aufgreift und diese durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen verstärkt. Gerade Migrantenselbstorganisationen sowie einzelne Kulturschaffende sollten stärker zusammengebracht werden. Auch die kulturellen Angebote „der Hinterhöfe“ brauchen Beachtung und damit auch Förderung. Wir wollen daher Kultur-/Freizeitangebote von und für MigrantInnen und Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund stärker fördern und bestehenden Migrantenselbstorganisationen wie zum Beispiel Theatern, Gruppen und einzelnen Kulturschaffenden den Zugang zu etablierten Programmhäusern durch Pilotprojekte öffnen. Dies soll in den Leitlinien für Förderkriterien verankert werden. Die etablierten Kulturinstitutionen in Frankfurt aller Genres wollen wir dabei unterstützen, sich für ein vielfältiges Publikum zu öffnen.

Im Sommer 2016 wird die 10. Parade der Kulturen in Frankfurt stattfinden. Mit Demonstrationzug, Markt der Kulturen sowie einem vielfältigen Programm auf mehreren Bühnen hat sie sich im Lauf der Jahre zu einer wichtigen und beliebten Frankfurter Veranstaltung entwickelt. Sie ist ein klares Bekenntnis zur Vielfalt in unserer Stadt und gegen Diskriminierung und Ausgrenzung. Sie ist ein Fixpunkt in der Frankfurter Stadtgesellschaft, und wir wollen sie angemessen finanzieren.

Kultur in einer vielfältigen Gesellschaft wie der unseren muss ein Schmelztiegel sein – und kein reines Mosaik aus „kultureller Folklore“. Dort wo sich verschiedene Strömungen mischen, wo neues entsteht das mehr ist als die Summe seiner Teile, dort schlägt das Herz der vielfältigen Stadt Frankfurt, und dort wollen wir mit Hilfe der Kulturförderung besonders ansetzen.

Wir sind noch lange nicht fertig – Frauenpolitik ist GRÜN

In Frankfurt leben etwa 350.000 Frauen mit Wurzeln aus 178 Ländern und Kulturen. Skandinavierinnen und Frauen aus den ehemaligen GUS-Staaten, für die eigenständige Existenzsicherung und Ganztagskinderbetreuung selbstverständlich sind, ebenso wie Frauen, die aus Kulturen stammen, in denen Gleichberechtigung von Frauen und deren Teilnahme am öffentlichen Leben unbekannt sind. Frankfurts Frauen leben in sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen, Lebensgemeinschaften und Familien zusammen. Ein erheblicher Teil lebt allein und sie stellen den größten Anteil der Alleinerziehenden.

Eine emanzipatorische und vorurteilsfreie Politik für Geschlechtergerechtigkeit in Frankfurt muss sich heute und in Zukunft an dieser sozialen Vielfalt orientieren. Der Bogen von Frauenpolitik in Frankfurt muss sich von Armutsprostitution bis zu Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen spannen, ohne dabei auch alltägliche Probleme und Diskriminierungen der großen Mehrheit der Mädchen und Frauen aus dem Blick zu verlieren.

Wir GRÜNE wollen die Rahmenbedingungen für Geschlechtergerechtigkeit, für die Lebenssituation der Frauen in Frankfurt, verbessern: bei der Arbeit, der Familienarbeit, in der Öffentlichkeit und in der Politik.

Wo der gesetzliche Rahmen noch fehlt, wollen wir weiter mit Modellprojekten vorangehen, wie es z.B. bei der Medizinischen Akutversorgung nach Vergewaltigung gelungen ist.

Für alle Mädchen und Frauen in Frankfurt soll diese Stadt der Platz sein, an dem sie Chancengerechtigkeit erleben und daraus das Beste machen können.

Mehr Frauen in die Politik - Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik verbessern

Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und politischem Mandat ist in Deutschland derzeit für Frauen vorwiegend nur im zeitlichen Nacheinander möglich. Frauen sind insgesamt unterrepräsentiert in den Kommunalparlamenten, auch im Römer und in den Ortsbeiräten. Strukturen und Kultur des Politikbetriebes führen dazu, dass Frauen - und nicht nur sie - nicht adäquat in den Parlamenten repräsentiert sind. Das tut der Demokratie und der Arbeit in den Kommunen nicht gut und wir wollen das ändern.

Wir wollen z.B. das Angebot von Kinderbetreuung während Sitzungen und Übernahme von Kinderbetreuungskosten auch am Abend verbessern. Wir wollen Geschäftsordnung, Terminplanungen, Redezeiten, Präsenzkultur auf den Prüfstand stellen und eine Professionalisierung überdenken.

Eigenständige Existenzsicherung ausbauen, Führungspotenziale nutzen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist mangelhaft. Die Führungspotenziale der Frauen und die Potenziale der Männer für Pflege und Kinderbetreuung werden nicht ausgeschöpft. Und in Frankfurt sieht es damit leider nicht wesentlich besser aus, obwohl es seit Jahren zahlreiche Initiativen und Projekte gibt, hier Änderungen zum Besseren zu erreichen.

Wir wollen die Arbeit am Aktionsplan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Rahmen der europäischen Gleichstellungscharta verstetigen und ausbauen und werden weiter die dazu erforderlichen Ressourcen im Haushalt sicherstellen. Mädchen und Frauen sollen unterstützt werden bei einer informierten Berufswahl, bei Problemen mit Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, aber auch beim Anspruch, Führungsrollen zu übernehmen.

Eine große Rolle bei der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit spielt die private Wirtschaft. Wir wünschen uns in unserer Stadt Unternehmen, die die Potentiale der gesamten Stadtgesellschaft erkennen und nutzen. Dazu gehört, dass Frauen in Führungsrollen zur Normalität werden, dass Arbeitsstruktur und -kultur die Situation von Alleinerziehenden wahrnimmt und sich darauf einstellt. Hierfür wollen wir einen städtischen Gleichstellungspreis für Unternehmen ausloben.

Wir wollen adäquate Angebote für hochqualifizierte Frauen anregen, die aus dem Ausland mit anderen Abschlüssen kommen oder in der Babypause einen neuen Zugang zum Arbeitsmarkt benötigen. Wir GRÜNE wollen im Rahmen der Wirtschaftsförderung Firmen zum Beispiel bei Ausschreibungen besonders unterstützen, die in den genannten Bereichen Vorbilder sein wollen. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden inzwischen durch das Land geschaffen.

Wir wollen Frauennetzwerke unterstützen und die erfolgreichen Formate wie „FrauenMachtKarriere!“ und den Womans Business Day fortsetzen.

Stadtverwaltung und stadteigene Unternehmen

Stadtverwaltung und stadteigene Unternehmen haben eine Vorbildfunktion. In der Frankfurter Stadtverwaltung sind Frauen bereits auf führenden Posten vertreten, in Gesellschaften mit städtischer Beteiligung jedoch noch nicht adäquat. Wir wollen durch professionelle Personalsuche und professionelle Auswahlverfahren bei extern zu besetzenden Positionen für eine vorbildliche Frauenquote sorgen und mit den anderen Fraktionen bei Besetzungen von städtischen Aufsichtsräten entsprechend der Stärkeverhältnisse im Römer zu einer Absprache zu Gunsten von mehr Frauen in den Aufsichtsräten kommen. Die im Bundesgesetz für Führungspositionen in der Privatwirtschaft festgelegte Richtschnur von 30% ist hierbei das Minimum, am Ende der Wahlperiode wollen wir die Hälfte der Macht für die Männer, also einen Frauenanteil von 50%, erreichen.

Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen ächten

Frankfurt soll eine Stadt werden, in der alltäglicher Sexismus und Gewalt gegen Frauen und Mädchen in jeder Form geächtet wird. Zur Prävention, Beratung und Intervention für Frauen aus allen Milieus und Lebenssituationen werden Unterstützungsangebote verlässlich zur Verfügung gestellt. Das Projekt zur Akutversorgung nach Vergewaltigung wird verstetigt und bedarfsgerecht ausgebaut. Der zunehmenden Bedrohung durch und der Erfahrung von digitaler Gewalt und der besonderen Gefährdung behinderter Frauen und Sexarbeiterinnen werden wirksame Präventionsmaßnahmen und Unterstützungsangebote entgegengesetzt.

In den Verträgen über die Nutzung von öffentlichen Flächen der Stadt, der VGF und Traffiq wollen wir sexistische und rassistische Werbung ausschließen.

Weibliche Geflüchtete und Vergewaltigungsoffer nach Frankfurt holen

Frankfurt soll sich um die Aufnahme von traumatisierten Frauen und Kinder bemühen, die im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzung sexuell missbraucht wurden, z.B. auch durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Frankfurt hat die richtigen Kliniken und Beratungskompetenzen, die Opfern dieser besonders grausamen Art der Folter und Persönlichkeitszerstörung medizinisch und psychologisch helfen können. Die Erfahrungen von Baden-Württemberg wollen wir heranziehen.

Lernen aus der Frauenbewegung und dem Kampf um Gleichberechtigung

Frankfurter Frauen haben von der Paulskirche über die Frauenbewegung der 70er bis zu #Aufschrei Anteil an der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Frauen und an

Gesetzesänderungen, die nachfolgenden Generationen teilweise gar nicht mehr bewusst sind.

In Zusammenarbeit z.B. mit dem Cornelia Goethe Institut und dem Historischen Museum sollen geeignete Formate entwickelt werden, die diese Geschichte auch Jugendlichen bewusst machen, Mädchen und Jungen in der Rollenfindung unterstützen und zu Engagement für Gleichberechtigung ermutigen.

Sexarbeit und Prostitutionswirtschaft in Frankfurt

In Frankfurt sind hunderte Menschen in Sexarbeit in unterschiedlichsten Bedingungen tätig, es gibt zahlreiche Bordellbetriebe und unstrittig gibt es Zwangsprostitution.

Die Grenzen zwischen freiwilliger, selbstbestimmter Sexarbeit und Zwangsprostitution können fließend sein, z.B. bei Armuts- oder Beschaffungsprostitution, Prostitution im Rahmen einer Beziehungsabhängigkeit, Prostitution von heterosexuellen männlichen Prostituierten, die homosexuelle Dienstleistungen erbringen.

Wir lehnen paternalistische Sicht- und Vorgehensweisen ab, die Prostituierte generell als Opfer stigmatisieren. Menschen, die sich prostituieren, müssen aber diskriminierungsfreie, rechtliche Rahmenbedingungen sowie Angebote zum Schutz und für alternative Existenzsicherungsmöglichkeiten erhalten, um überhaupt eine freie Entscheidung für oder gegen Prostitution treffen zu können. Wir sind gegen Marktradikalität ausgerechnet in dieser Branche. Hier müssen dieselben ethischen und sozialen Standards gelten wie für andere Wirtschaftszweige. Das Maß der Dinge muss das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung sein. Wir sehen Handlungsbedarf in Frankfurt. Wir wollen mit dem Arbeitskreis Prostitution, weiteren Fachleuten und Beteiligten Regeln entwickeln und Angebote etablieren, die der besonderen Frankfurter Situation gerecht werden. Es gilt die Balance zu finden zwischen einem diskriminierungsfreien und weltoffenen Umgang mit Sexarbeit, gleichzeitiger Sicherung humanitärer Standards und Verhinderung von Ausbeutung und Straftaten.

Um die Situation insbesondere in der Armutsprostitution zu verbessern und ein Mindestmaß an humanitären Standards zu gewährleisten, sind unter anderem aufsuchende muttersprachliche Beratung, Streetworking, kostenlose Gesundheitsangebote, Drogenberatung, Rechtsberatung, Fluchtorte, sanitäre Anlagen notwendig.

Die Beschaffungsprostitution in der Niddastraße sollte polizeilich nicht verfolgt werden. Der Kontrolldruck führt, wie dokumentiert ist, dazu, dass SexarbeiterInnen zu schnell in Autos gewalttätiger und sadistischer Freier einsteigen. Auch wollen wir überprüfen, ob Bedingungen der Heroingabe geändert werden müssen, damit dieser besonders belasteten Gruppe eine Ausstiegsoption aus dem Beschaffungsdruck eröffnet wird.

Auch wenn in Laufhäusern, Terminwohnungen etc. die wirtschaftliche Situation der SexarbeiterInnen mehr als prekär ist, werden doch in der Branche enorme Summen erwirtschaftet. Wir wollen, dass dieser Wirtschaftszweig zur Finanzierung der Kosten für die Sicherstellung der humanitären Standards und notwendigen Infrastrukturen nach einem transparenten Verfahren herangezogen wird. Dabei muss ausgeschlossen werden, dass SexarbeiterInnen weiter unter Druck gesetzt werden.

Soziales Frankfurt – Unterstützung gewähren, Teilhabe ermöglichen

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit. Ihm ein selbstbestimmtes Leben, die Entfaltung seiner Persönlichkeit und die Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen, ist Ziel unserer Sozialpolitik in Frankfurt am Main. Diesen Anspruch tatsächlich durchzusetzen, ist die alltägliche Herausforderung kommunaler Sozialpolitik. In einem aufgesplitterten System von Kostenträgern, in einer schwer durchschaubaren Vielfalt von Hilfsangeboten, auf dem manchmal schmalen Grat zwischen Unterstützung und Entmündigung, geraten die um die es eigentlich geht schnell aus dem Blickfeld. Viel hilft nicht immer viel, sondern kann Menschen auch erdrücken. Jedes soziale Angebot, jede soziale Intervention muss immer wieder aus der Sicht der und mit den Betroffenen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und gegebenenfalls verändert werden. Die Sozialbürokratie an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten, über dem Dialog mit den sozialen Trägern und Fachleuten nicht zu vergessen, die Betroffenen anzuhören, ist für uns daher genauso wichtig wie das Bereitstellen der notwendigen Ressourcen. Erwachsene bleiben für uns eigenverantwortliche Menschen, auch wenn sie hilfsbedürftig sind. Wir wollen Türen öffnen, Chancen bieten, aber die Entscheidungen über ihr Leben müssen die Menschen selbst treffen. Erfolgreiche Sozialpolitik bezieht die Menschen in die Gestaltung ein, wie es etwa bei der partizipativen Altersplanung oder im Programm „Aktive Nachbarschaften“ erfolgt.

Geld für Soziales

Frankfurt muss weiterhin sparsam haushalten. Im Bereich „Soziales“ sehen wir jedoch keinen Spielraum für Einsparungen. Pauschale Kürzungsvorgaben lehnen wir hier ab. Außergewöhnliche Bedarfe wie die Mittel für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten kann der Sozialetat nicht alleine kompensieren. Diese außergewöhnlichen Bedarfe müssen innerhalb des Gesamthaushalts getragen werden.

Weil wir näher dran sind – Kommunale Arbeitsmarktpolitik stärken

Die Stadt Frankfurt engagiert sich traditionell stark, um ihren BürgerInnen Wege in Ausbildung, Qualifizierung und Beruf zu ebnen. Sie hat daran festgehalten, auch als der Bund die Verantwortung für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf übernommen hat,

für die vor den großen Sozialreformen des Jahres 2005 die Stadt als Sozialhilfeträgerin zuständig war. Gerade für Menschen, die etwa gering qualifiziert sind, die eine gesundheitliche Einschränkung haben oder z. B. für eine Ausbildung einen Kinderbetreuungsplatz benötigen, und denen deshalb oft die Langzeitarbeitslosigkeit droht, kann ein kommunales Angebot oft mehr erreichen als eine zentral aus Berlin organisierte Behörde. Zwar ist die allgemeine Entwicklung am Arbeitsmarkt derzeit insgesamt positiv. Doch sehen wir GRÜNE die derzeitige Arbeitsmarktpolitik des Bundes sehr kritisch. Denn die VerliererInnen sind die Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit - ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist sogar steigend.

Die drastische Kürzung der Mittel für die Beschäftigung und Qualifizierung von Menschen mit besonderen Vermittlungshindernissen hat in Frankfurt einen Kahlschlag im Angebot verursacht, den die Stadt trotz erheblichen Einsatzes eigener Mittel abmildern, aber nicht aufhalten konnte. Die spezifischen Problemlagen insbesondere dieser Menschen können von den Jobcentern nur unzureichend aufgegriffen werden. Der Einfluss der Stadt innerhalb des Jobcenters ist zu gering, um hier die zentralen Entscheidungen des Bundes korrigieren zu können. Dass die Stadt Frankfurt z. B. mit dem Frankfurter Arbeitsmarktprogramm eine eigene Beratung neben die des Jobcenters stellt, ist richtig, verdeutlicht aber auch die Mängel in der Arbeitsmarktpolitik des eigentlich zuständigen Bundes.

Wir GRÜNE werden eine grundlegende Debatte über die Zukunft der Förderung von Langzeitarbeitslosen zwischen Kommunen und dem Bund anstoßen. Wir brauchen verlässliche, langfristige Programme für Menschen mit besonderen Zugangshindernissen, deren Umsetzung die Kommunen aufgrund ihrer Problemnähe stärker mitgestalten können müssen, als dies derzeit der Fall ist. Ein verlässlicher „sozialer Arbeitsmarkt“ ist solch eine Strategie. So können Arbeitslose mit besonders schweren Hemmnissen oder gesundheitlichen Einschränkungen wieder Zugang zum Arbeitsmarkt finden - schrittweise, individuell und möglichst nachhaltig.

Weg mit den Barrieren: Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Das Recht auf Teilhabe gilt für sämtliche Lebensbereiche. Alle Menschen sollen sich sowohl physisch wie virtuell problemlos „bewegen“ können. Im Bereich der „neuen“ Medien braucht die Stadt deshalb ein Internetangebot, das sich ständig auf dem neuesten Stand der Barrierefreiheit befindet.

Damit die Stadt ihre Barrieren verliert, brauchen wir barrierefreie Zugänge für alle öffentlich genutzten Gebäude. Diese sind zwar gesetzlich vorgeschrieben, aber mit der Einführung von vereinfachten Baugenehmigungsverfahren sind die Prüfungen für viele Vorhaben so reduziert worden, dass die Einhaltung dieser Vorgabe oft nicht mehr überprüft wird. Wir werden uns zusammen mit den Organisationen von Menschen mit Behinderungen dafür einsetzen, dass das Land die Einhaltung der Vorgaben für Barrierefreiheit wieder zum Pflichtprogramm der Bauaufsicht macht. Bei den öffentlichen Gebäuden im Bestand muss das Ziel sein, in den nächsten Jahren umfassende Barrierefreiheit zu erreichen.

Die GRÜNEN setzen sich seit langem dafür ein, dass Kinder mit Behinderungen in Regelschulen unterrichtet werden. Uns ist aber auch bewusst, dass besondere Problemlagen und Förderbedarfe auch besondere Anstrengungen nötig machen. Den Eltern und den Einrichtungen wollen wir die Garantie geben, dass zum Schuljahresbeginn die notwendigen Schulassistenten und Hilfsmittel bedarfsgerecht zur Verfügung stehen, hier ist allerdings auch das Land in der Pflicht.

Die Frankfurter Behinderten Arbeitsgemeinschaft, die die Stadtpolitik berät, wollen wir mit allen Beteiligten zeitgemäß neu ausrichten und sie durch Berufung oder Bestellung durch das Sozialdezernat in der Wahrnehmung ihrer Aufgabe als beratendes Gremium stärken. Dabei sollen die Verschiedenartigkeit der Behinderungen immer berücksichtigt werden. Einen Kommunikationsmittel-Etat (z.B. Gebärdendolmetscher für Sitzungen) muss die Stadt bereitstellen, denn ohne Kommunikationsmöglichkeiten kann keine Beteiligung organisiert werden.

Die GRÜNEN Frankfurt machen ihren Einfluss auf der Landesebene mit dem Ziel geltend, dass der Zuständigkeitswirrwarr in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen ein Ende hat und die Unterstützung aus einer Hand vor Ort geleistet wird. Damit die Eingliederungshilfe für die Betroffenen sinnvoll organisiert werden kann, wollen wir einen Teilhabestützpunkt in Frankfurt einrichten, in dem die Menschen unabhängig von der administrativen Zuständigkeit kompetente Ansprechpartner vorfinden können.

Armut verhindern – Armut bekämpfen

Das Risiko, arm zu werden, ist ungleich verteilt. Alleinerziehende sind besonders gefährdet. Die Altersarmut wird in den kommenden Jahren vor allem für Frauen mit gebrochenen Erwerbsbiographien und für Beschäftigte im Niedriglohnsektor zunehmen. Daher gehört zur

Armutsbekämpfung vor allem die Aufklärung über die Folgen bestimmter biographischer Entscheidung und die Möglichkeit und Ermutigung zur Qualifizierung gerade für Erwachsene.

Politik und Verwaltung muss wissen, wie die Lage ist. Wir wollen daher einen qualifizierten Armuts- und Reichtumsbericht erstellen, der als Grundlage für den Sozialhaushalt dienen und der veränderten Situation in Frankfurt Rechnung tragen soll. Aufgrund der Ergebnisse können neue Schwerpunkte für die kommunale Sozialpolitik entwickelt/gesetzt werden, so dass das soziale Netz im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten gesichert werden kann. Der Armuts- und Reichtumsbericht soll darüber hinaus gemeinsam mit dem Segregationsbericht die Basis für den Aufbau einer koordinierten Jugendhilfe- und Sozialplanung sein.

Die schärfste Form von Armut begegnet uns in unserer Stadt als Obdachlosigkeit. Wir wollen weiter Wege finden, den Betroffenen zu helfen. Insbesondere im Winter hat die Stadt in den letzten Jahren hier viel getan, um Menschen vor unmittelbaren Gefahren zu schützen. Diese Arbeit werden wir ebenso fortsetzen wie die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten für die Betroffenen. Viele Menschen, die auf der Straße leben, sind psychisch erkrankt. Daher wollen wir die aufsuchende gesundheitliche und psychosoziale Versorgung weiter ausbauen, um so die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Obdachlosigkeit zu verbessern.

Familien, Kinder und Jugendliche in prekären Lagen unterstützen

Kinder und ihre Familien brauchen familiengerechten, langfristig gesicherten bezahlbaren Wohnraum, eine gesunde, bewegungsfreundliche Wohnumgebung und funktionierende Unterstützungsangebote im Krisenfall. Einen entsprechend breiten Ansatz verfolgt das Programm „Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt“. Auf dieser Basis wollen wir die bestehenden kommunalen Infrastrukturen und Unterstützungsangebote der Freien Träger weiter entwickeln.

Wir GRÜNE wollen den Familien den Zugang zu einer Grundversorgung mit Teilhabemöglichkeiten garantieren, unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation, und ihnen damit ein Stück Sicherheit geben. Der „Frankfurt Pass“ ist dabei ein sehr erfolgreiches Modell, die Einkommensgrenzen wurden in den letzten Jahren weiter angehoben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, die Einkommensgrenzen wollen wir weiter erhöhen, und

insbesondere über weitere Vergünstigungen bei der Schülermonatskarte allen Kindern und Jugendlichen den bezahlbaren Zugang zum Öffentlichen Nahverkehr sichern.

In den meisten Familien wachsen Kinder gut auf, und Eltern und Kinder haben ein gutes Verhältnis zueinander. Aber leider passiert die meiste Gewalt – ob psychische oder körperliche – im unmittelbaren familiären Umfeld. Gewalt geschieht meist aus Hilflosigkeit, Überforderung und Unwissenheit. Die Ausgaben für die unterschiedlichen „Hilfen zur Erziehung“ steigen seit Jahren, dies gilt auch für Herausnahmen von Kindern und Jugendlichen aus ihren Herkunftsfamilien. Gerade deshalb wollen wir GRÜNE mehr Mittel für die soziale Prävention von Krisen und Gewalt zur Verfügung stellen. Wir sind davon überzeugt, dass Ausbau des Personals und der Strukturen für die Frühintervention die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen und die gemeinsame Perspektive der Familien deutlich verbessert und auf Dauer auch die Ausgaben für Krisenintervention senkt. Daher wollen wir frühzeitige Hilfen wie die „Frühen Hilfen für Familien mit jungen Kindern“ oder die Schulsozialarbeit weiter ausbauen.

Familien mit vielfältigen Problemen brauchen oft Unterstützung aus mehreren der unterschiedlichen, stark getrennten Hilfesysteme, was aber immer wieder an der Gesetzeslage scheitert. Menschen mit psychischen Erkrankungen fehlen häufig die Kraft und Möglichkeiten, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden, oder das mögliche Engagement unterliegt starken Schwankungen. Wir wollen einen Schwerpunkt legen auf die Etablierung einer systematischen, sozialpädagogischen und Kinder- und Jugendpsychiatrischen Unterstützung, um lebenslange Folgeschäden bei den betroffenen Kindern vermeiden zu helfen. Wir wollen die guten Erfahrungen aus dem „Integrierten Hilfesystem zur gemeindepsychiatrischen Planung“ mit einer trägerübergreifenden Vorabklärung der Bedarfe auf die Familienhilfe übertragen, damit wirksame Hilfe nicht mehr an Zuständigkeiten scheitert.

Mehr Männer in soziale Berufe unserer Stadt

Der Männermangel im Kollegium vieler sozialer Einrichtungen sowie Kindertagesstätten und Grundschulen sorgt dafür, dass Mädchen und Jungen ein vollkommen falsches Bild unserer Gesellschaft entwickeln. Sie haben keine Möglichkeit, sich mit ihrer eigenen Geschlechterrolle und den Rollenklischees konstruktiv auseinanderzusetzen. Damit fehlt ihnen ein wichtiger Teil ihrer Entwicklung. Auch in den Teams ist eine

gemischtgeschlechtliche Zusammensetzung für die pädagogische Arbeit extrem wichtig und bereichernd.

Gleichzeitig bieten soziale Berufe eine sichere Zukunftsperspektive. Seitdem der Zivildienst mit der Wehrpflicht abgeschafft wurde, fehlen offenkundig Gelegenheiten für Jungs und Männer, soziale Berufe kennen zu lernen. Wir wollen Wege suchen, abseits von speziellen Veranstaltungen auch im regulären Schul- und Freizeitalltag (z.B. über Sportvereine) für Jungen und junge Männer einen Zugang zu sozialen Berufen zu schaffen.

Gute Pflege geht uns alle an

In Frankfurt werden aufgrund der Alterung der Gesellschaft immer mehr Menschen pflegebedürftig. Die Sorge davor, mit der Pflegebedürftigkeit die Selbstbestimmung zu verlieren, überschattet das Leben alter Menschen oft schon viele Jahre vorher. Ihre Angehörigen werden durch die Pflegebedürftigkeit oft an ihre Grenzen gebracht. Wir halten daher eine sozialräumliche Ausweitung der Beratungsangebote zu Alter und Pflege aufgrund der eingeschränkten Mobilität hochbetagter Menschen für erforderlich. Für Menschen, die sich für den Umzug in eine Pflegeeinrichtung entscheiden, muss es eine Palette unterschiedlicher Angebote geben, die auch den Bedürfnissen junger Pflegebedürftiger, älterer MigrantInnen oder schwuler, lesbischer oder Transmenschen Rechnung trägt. Wir kämpfen weiter dafür, die aufsuchende hausärztliche Versorgung in Pflege- und Altenwohneinrichtungen zu verbessern.

Wir wollen aber auch nach wie vor einem möglichst hohen Anteil von Menschen ermöglichen, sich so lange wie möglich für ein selbstbestimmtes, aber unterstütztes Leben außerhalb von stationären Einrichtungen zu entscheiden. Für die ambulante Pflege brauchen wir unterschiedliche Ansätze in der Versorgung, von Tagespflegeeinrichtungen über Wohngemeinschaften bis zu betreutem Wohnen oder integrierten Pflegeangeboten in Wohnanlagen. Wir arbeiten weiter an einer Verbesserung der psychosozialen Betreuung und der Suchtbehandlung für alte Menschen, sei es im ambulanten Rahmen oder in Einrichtungen.

Sport als Vorbild: Engagement, Fairness und Respekt

Der Sport ist die große Integrationsmaschine in Frankfurt. Neuankömmlinge finden im Verein schnell Anschluss, der Besuch großer Sportereignisse verbindet die Menschen, und frei zugängliche Sportanlagen haben sich zum Treffpunkt für unorganisierte Sportbegeisterte

entwickelt. Wir wollen den Sport daher weiter unterstützen. Die moderne Ausstattung der Sportanlagen wollen wir ebenso wie die energetische Sanierung von Vereinsheimen und Sportstätten weiter fördern. Der Erfolg der Erwachsenenfitnessanlagen in den Stadtteilen und hochwertiger Angebote, ohne Vereinsbindung Sport zu treiben, wie im Hafepark, ermutigt uns, weitere solcher offenen Sportanlagen zu planen und zu bauen. Als nächstes werden wir den BürgerInnenpark in Niederrad gemeinsam mit den Frankfurterinnen und Frankfurtern planen und umsetzen. Wir wollen dort Freizeit, Sport und Geselligkeit in naturnaher Umgebung für alle ermöglichen und das Gelände der Allgemeinheit zugänglich machen.

Das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen ist unersetzlich und muss von der Stadt unterstützt werden. Wir wollen weiter gemeinsam mit den Vereinen Strategien gegen Gewalt, Homophobie, Antisemitismus und Rassismus im Sport entwickeln – in Frankfurt ist die Kampagne „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ entstanden, und die „Frankfurter Erklärung“ gegen Diskriminierung und Gewalt trägt nicht umsonst den Namen unserer Stadt.

Wir schätzen die Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine. Gemeinsam mit dem Sportkreis Frankfurt wollen wir prüfen, ob das Angebot für Kinder und Jugendliche verbessert werden kann, die „einfach nur dabei sein wollen“, aber mit Wettkämpfen und dem Ligabetrieb nicht viel anfangen können. Wir möchten auch diese Kinder in den Vereinen halten und ihnen von klein auf die Freude an der Bewegung im Verein erhalten.

Drogenpolitik — Den Frankfurter Weg weitergehen und weiter entwickeln.

Wenn wir uns heute noch an die Frankfurter Realität der 80er Jahre erinnern, denken wir an eine offene Drogenszene mit dramatischen gesundheitlichen Auswirkungen, hunderten Drogentoten, Eltern aus der Provinz, die Angst hatten, ihre Kinder abends nach Frankfurt zu lassen.

Und wir denken an die Weigerung der Politik, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen und zu handeln. Drogenkranke wurden allein gelassen oder allein als Problem der Polizei gesehen. Es wurde nicht unterschieden zwischen kranken Abhängigen und kriminellen Großhändlern. Und es gab vielfältige Ängste, sich dem Thema überhaupt zu nähern, weil man sich vor angeblichen Vorurteilen in der Bevölkerung fürchtete.

Die Entwicklung zeigte, dass das eigentliche Hemmnis die Vorurteile der Politik selbst waren. Natürlich mussten Ängste überwunden werden, Überzeugungsarbeit in den Stadtteilen und Ortsbeiräten geleistet werden. Und auch heute noch sind bestehende Drogeneinrichtungen nicht immer konfliktfrei mit der Nachbarschaft und müssen für neue Einrichtungen Widerstände überwunden werden.

Es waren und sind bis heute die GRÜNEN, die für einen gesellschaftlichen Konsens geworben und gekämpft haben. Drogenpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn neben der polizeilichen Bekämpfung des Drogenhandels die soziale Verantwortung gegenüber den Abhängigen und Kranken steht.

Dass der Frankfurter Weg so erfolgreich und längst ein „Exportschlager“ ist, ist der Verdienst derjenigen, die diesen mutigen und damals heftig umstrittenen Kurs politisch durchgesetzt haben, aber es ist der noch viel größere Verdienst derjenigen, die mit langem Atem in den Einrichtungen gearbeitet haben, auch bisweilen mit Frustrationen und Selbstzweifel leben mussten. Sie waren und sind bis heute letztlich diejenigen, die diese Erfolgsgeschichte geschrieben haben.

Auf die neuen Herausforderungen einstellen, im Dialog bleiben

Dieser Weg ist noch nicht zu Ende, Politik muss sich auch künftig noch den bekannten Problemen aber auch neuen Herausforderungen stellen.

Denn es gibt eine veränderte Drogenkultur, die auch kulturell und gesellschaftspolitisch neuer Antworten bedarf. Neue Drogen wie z.B. die Legal Highs, die über das Internet nahezu frei verfügbar sind, führen zu anderen Strukturen von NutzerInnen und Abhängigen.

Der Gebrauch von legalen und illegalen Drogen ist Teil der gesellschaftlichen Realität und wird es auch künftig bleiben. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass die Mehrheit der Bevölkerung in irgendeiner Weise psychoaktive Substanzen konsumiert. Jeder Drogenkonsum hat Genussaspekte, und viele Menschen sind zu risikolosem Konsum fähig. Andere verwenden legale wie illegale Drogen in riskanter Weise, bei manchen führt das Konsumverhalten zur Entwicklung einer Abhängigkeitserkrankung. Beim Thema Sucht kommt es nicht auf die Legalität der Droge, sondern auf das Konsumverhalten an. Die Ursachen für die Entwicklung von Sucht sind vielfältig, gleichgültig ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt – gesellschaftliche, soziale, kulturelle und individuelle Einflussfaktoren spielen dabei eine Rolle. In der GRÜNEN Drogenpolitik gilt die Prämisse, dass der Konsum legaler und illegaler Drogen differenziert betrachtet werden muss: nach Ursachen und Wirkungen, Alters- und Zielgruppen, risikoarmen und riskanten Konsum und der Hilfebedürftigkeit des Einzelnen. Entsprechend setzen wir beim Frankfurter Weg in der Drogenpolitik auf ein abgestimmtes und differenziertes System aus Prävention, Beratung/Therapie und niedrigschwelligen Hilfen, zu denen die Repression in einer vernünftigen Balance stehen muss. Uns ist es gelungen, abgestufte Hilfen für den Einzelnen, präventive Maßnahmen sowie festen Verabredungen zum Verhalten im öffentlichen Raum zu etablieren.

Handel und Konsum von Drogen im öffentlichen Raum führen immer wieder zu Konflikten in der Stadtgesellschaft. Es bedarf des beständigen Dialogs zwischen allen Beteiligten, einer Bereitschaft der Politik, Angebote zu überdenken und – je nach Bedarfen – zu modifizieren. Eine pragmatische Drogenpolitik muss kontinuierlich alle Gruppen im Blick behalten. Entsprechend ist der Frankfurter Weg kein statisches Modell – wir gehen ihn weiter und entwickeln Prävention, Beratung/Therapie, Überlebenshilfe konsequent und pragmatisch fort.

Die Grenzen zwischen legalen und illegalen Drogen verschwimmen immer mehr und für Konsumierende spielt es oft keine Rolle, ob eine Substanz legal oder illegal ist. Deshalb geht auch die traditionelle suchtpolitische Gliederung nach Substanzen an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Entsprechend stehen wir für eine integrative Drogenpolitik, die alle psychoaktiven Substanzen berücksichtigt und auf dieser Grundlage in sich stimmige Strategien entwickelt.

Angebote für Süchtige erhalten und an veränderte Strukturen anpassen

Auch wenn die Drogeneinrichtungen fester Bestandteil der Frankfurter Stadtgesellschaft sind, führt das Nebeneinander auf engstem Raum – insbesondere in dem sich stetig wandelnden Bahnhofsviertel – im Alltag immer wieder zu Konflikten. Das Bahnhofsviertel wird schicker, hipper, der Raum knapper – trotz einer breiten Palette an Angeboten fehlt es mehr und mehr an Rückzugsmöglichkeiten für DrogengebraucherInnen. Hier besteht Handlungsbedarf.

Nach wie vor bleibt die Arbeits- und Perspektivlosigkeit von Drogenabhängigen und Substituierten ein großes Problem. Der Rückzug der Bundesagentur als Finanzier niedrigschwelliger und langfristiger Arbeitsfördermaßnahmen gerade auch für diese Zielgruppe ist und bleibt eine zentrale Herausforderung für die Kommune. Wir wollen eine passgenaue Betreuung wie Angebotsstruktur für DrogenkonsumentInnen und Substituierte erreichen. Diese Zielgruppe bedarf der besonderen Unterstützung in Form von passgenauen Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und tagesstrukturierenden Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit alternden Drogenabhängigen und der älter werdenden Gesellschaft stellen sich uns zudem neue Fragen und konkrete Herausforderungen – wie können adäquate Pflegeangebote für ältere DrogengebraucherInnen aussehen, und mit welchen Hilfsangeboten sind Menschen erreichbar, die im hohen Alter eine Abhängigkeit von Medikamenten oder Alkohol entwickeln? Auf diese Fragen müssen wir Antworten finden.

Und der Diskurs darf nicht an den Stadtgrenzen halt machen. Frankfurt ist kein Solitär in der Drogenpolitik. Deshalb setzen wir uns für eine kontinuierliche interkommunale Zusammenarbeit ein. Sie ermöglicht den Austausch von Erfahrungen und die Entwicklung von Initiativen auch in Richtung Gesetzgeber. Dadurch entsteht eine Gestaltungsmöglichkeit über Frankfurt hinaus.

Auch legale Sucht bleibt Sucht

Bleibende Herausforderungen stellen sich uns auch im Bereich der nicht stoffgebundenen Süchte wie Glücksspiel, Mediennutzung und Computerspiele. Mit Prävention und Frühintervention wollen wir vor allem jene erreichen, deren Konsumverhalten öffentlich unauffällig aber riskant stattfindet.

Um eine konsequente Weiterentwicklung der Drogenpolitik geht es schließlich auch im Bereich Alkohol. Der Konsum von Alkohol ist bei Jugendlichen in den letzten Jahren ist zwar kontinuierlich zurückgegangen. Aber das Thema Alkohol im öffentlichen Raum bestimmt verstärkt die öffentliche Wahrnehmung und erfordert konsequente und zielgerichtete Maßnahmen, um das Zusammenleben in der Stadt positiv zu gestalten. Auch hier sind gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten zu unternehmen, um erfolgreich die Balance zwischen dem Bedürfnis nach persönlichen Freiräumen und gemeinschaftsverträglichem Verhalten zu finden.

Den nächsten Schritt machen: Cannabis legalisieren, nicht idealisieren

Cannabis ist die meistkonsumierte illegale Droge. Die GRÜNEN wollen die Tradition des Frankfurter Wegs fortsetzen, mutig mit kommunalen Projekten vorangehen und rechtliche und gesundheitspolitische Räume im Hinblick auf die kontrollierte und regulierte Cannabis-Freigabe ausloten.

Cannabis spielt im Alltag der Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach wie vor eine große Rolle und begleitet sie auch im Erwachsenenleben. Trotz der Prohibition probiert jeder zweite junge Mensch Cannabis mindestens einmal aus. Es steht außer Frage: Der Konsum von Cannabis kann ebenso wie der Konsum von anderen psychoaktiven Substanzen wie z.B. Alkohol oder Nikotin abhängig machen und schwerwiegende Folgen haben. Es geht uns beim Umgang mit Cannabis nicht um eine Relativierung der möglichen Folgen und nicht um eine Idealisierung dieser Droge, sondern um einen rationalen Umgang. Die starre Restriktionspolitik bezüglich Cannabis ist gescheitert. Gerade für Jugendliche hat diese Droge oft auch den Reiz des Verbotenen, der zu Konsum aus reiner Neugierde führt. Unsere Gesellschaft braucht daher einen neuen reflektierten Umgang mit Cannabis, der eine medizinische Nutzung von Cannabis für kranke Menschen erlaubt und ermöglicht und die Abgabe von Cannabis als Genussmittel für Erwachsene reguliert. Hier wollen wir Pilotprojekte in Kooperation auf den Weg bringen – am liebsten gemeinsam mit anderen

Kommunen, falls nötig aber auch alleine. Nach Möglichkeit wollen wir in Frankfurt dafür als Pilotprojekt kontrollierte Cannabis-Abgabestellen einrichten.

Das Verbot von Cannabis ist das größte Hindernis in der Ansprache junger Konsumentinnen und Konsumenten und behindert eine tatsächlich funktionierende Prävention. Gerade für jugendliche Cannabiskonsumenten liegt in der aktuellen Repressionspolitik sogar die größte Gefährdung: Cannabis und harte illegale Drogen wie Heroin oder Crack werden von denselben Dealern verkauft – und diese haben ein Interesse daran, dass Konsumenten weicher Drogen auf harte Drogen umsteigen, weil daran mehr zu verdienen ist. Mit einer kontrollierten und regulierten Cannabis-Freigabe wird diese Gefährdung von Cannabis-KonsumentInnen beendet. Parallel zu einer Legalisierung wollen wir die Prävention und den Jugendschutz stärken und im Zusammenhang mit einer notwendigen Entkriminalisierung neu konzipieren.

Der durch die Prohibition bedingte Schwarzmarkt führt dazu, dass der Konsum von Cannabis mit wesentlich mehr Risiken verbunden ist. So ist zum Beispiel das Aufkommen von hochpotentem Cannabis, das mehr THC und weniger Cannabidiol enthält, eine Folge des Schwarzmarktes und dafür verantwortlich, dass in den letzten Jahren psychische Probleme von Intensivkonsumenten zugenommen haben. Auch schädliche Beimengungen wie Blei wären in einem streng regulierten Markt auszuschließen. Bei einer kontrollierten Abgabe und konsequenten Regulierung von Cannabis können für legale Cannabis-Produkte Qualitätsvorgaben gemacht und der CBD und der THC-Anteil des jeweiligen Produktes sowie seine Wirkungsweise ausgewiesen werden, wodurch das Risiko wie auch der Genuss, die mit dem Konsum verbunden sind, für die/den KonsumentInnen deutlich besser einzuschätzen sind. An Händler und Produzenten können Lizenzen vergeben, beim Verkauf Steuern erhoben und diese für die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen verwendet werden. Die GRÜNEN Frankfurt wollen, dass Cannabis für Erwachsene grundsätzlich legal zugänglich gemacht wird. Wir wollen prüfen, wie ein wirksamer Jugendschutz aussehen kann, der ein offenes Gespräch über das Konsumverhalten fördert und Menschen nicht in die Hände von Dealern treibt und einem illegalen Markt ausliefert.

Das bedeutet nicht, dass Cannabisprodukte künftig im Supermarkt neben dem Alkoholregal zu finden sein sollen. Cannabis soll ausschließlich in zugelassenen Fachgeschäften, die regelmäßig kontrolliert werden, verkauft werden. Auch der Anbau von Cannabis, die

Herstellung von Cannabis-Produkten, der Handel und der Transport von Cannabis sollen streng reguliert und kontrolliert werden.

Drug checking

Die Qualität der auf dem Schwarzmarkt angebotenen illegalen (und legalen) Substanzen ist hochproblematisch. Ihr Konsum ist aus unterschiedlichen Gründen mit hohen Risiken behaftet. Beimengungen und unterschiedliche Wirkstoffkonzentrationen beinhalten für die Drogenkonsumierenden unkalkulierbare Gesundheitsrisiken, die sich aufgrund des zunehmenden Mischkonsums potenzieren können.

Um die KonsumentInnen solcher Drogen besser zu schützen, wollen wir das vom Land Hessen derzeit entwickelte Projekt für ein „Drug Checking“ auch in Frankfurt umsetzen. DrogenkonsumentInnen können illegale Drogen mit einem Schnelltest auf ihre Zusammensetzung prüfen lassen, ihre Wirkung besser abschätzen und sich vor Risiken durch Überdosierung oder Verunreinigung besser schützen. Hinzu kommt, dass die strukturierte Qualitätskontrolle mit gezielten Informationen verbunden ist und ein Ansatz für Kontakt und Beratung und Förderung des Risikobewusstseins der Konsumierenden ist. Über das konkrete Projekt hinaus sollen die Möglichkeiten geprüft werden, wie ein Drug-Checking in Konsumräumen und ein Monitoring des Drogenmarktes etabliert werden kann.

Der Frankfurter Weg bleibt ein offener, integrativer Ansatz

Drogenpolitik muss offen sein und braucht differenzierte Ziele. Der genussvolle Konsum von psychoaktiven Substanzen gehört zum Alltag vieler Menschen, und zum Erwachsenwerden gehört es, den Umgang mit Drogen zu lernen. Trotz aller Prävention werden wir nicht verhindern können, dass Jugendliche in dieser Phase auch Drogen ausprobieren. Vor dieser Realität verschließen wir nicht die Augen. Ein wichtiges Ziel in der Prävention ist daher, Jugendlichen Risikokompetenz im Umgang mit psychoaktiven Substanzen zu vermitteln. Bei der Gruppe der Abhängigen halten wir es für notwendig, alles Erdenkliche für den Ausstieg zu tun und gleichzeitig die gesamte mögliche Bandbreite an Maßnahmen und Methoden zu fördern, die unterstützen, einen weniger schädlichen Konsum zu erreichen.

Eine integrative Drogenpolitik bedeutet, für suchtkranke Menschen passgenaue individuelle Hilfen vorzuhalten, ihnen Teilhabechancen zu eröffnen und mit geeigneten Maßnahmen ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung entgegenzuwirken. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag für ein besseres soziales Miteinander in der Stadtgesellschaft und den Erhalt des

sozialen Friedens. Dabei muss man aber auch die Gestaltungsgrenzen der Drogenpolitik ins Blickfeld nehmen. In unserer wachsenden Leistungsgesellschaft kann Drogenpolitik allein nicht die sozialen Auswirkungen anderer Politikfelder abfedern.

Als GRÜNE setzen wir uns für den Erhalt der differenzierten Infrastruktur der Hilfen (freiwilligen Hilfen) und deren sichere Finanzierung ein. Kurzfristige Einsparungen führen zu Angebotseinschnitten und haben nicht nur auf die jeweils Betroffenen sondern auf die ganze Stadtgesellschaft Auswirkungen.

Was die Stadt stark macht: Moderne Verwaltung und BürgerInnenbeteiligung

Die Stadt Frankfurt wächst rasant, und damit auch die Herausforderungen und Ansprüche an die Stadtverwaltung. Diese gut zu bewältigen, ist eben nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch des Personals. Auch wenn mit effizienten Prozessen auch wachsende Aufgaben bewältigt werden können - nach Jahren des Personalabbaus oder der Stagnation müssen wir in bestimmten Teilen der Verwaltung wieder Personal aufbauen, um das Wachstum bewältigen zu können. Dies gilt vor allem für die Ämter, die den Ausbau der kommunalen Infrastruktur meistern müssen, wie das Stadtschulamt, das Hochbauamt und das Stadtplanungsamt. Die Sozialverwaltung, die Aufgaben wie die Flüchtlingsversorgung und den Kinder- und Jugendschutz wahrnimmt, das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, aber auch die Bauaufsicht, das Amt für Wohnungswesen und das Grünflächenamt, das immer mehr Flächen zu betreuen hat, benötigen ebenfalls zusätzliches Personal.

Eine moderne Verwaltung, die für Bürgerbeteiligung in einer weltoffenen Stadt steht, muss der Vielfalt in unserer wachsenden Stadt gerecht werden. Dies bedeutet auch, die bereits begonnene interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und damit die weitere Umsetzung des Integrations- und Diversitätskonzepts spürbar voranzubringen. Hierfür setzen wir uns auch in der folgenden Wahlperiode ein.

Die Stadt als Arbeitgeberin: Vielfalt und Innovationen fördern, solidarisch handeln

Frankfurt ist eine multikulturelle Stadt. Diese Vielfalt bildet sich aber noch nicht in unserer Stadtverwaltung ab. Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der städtischen Auszubildenden sowie der MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund oder anderen Lebenserfahrungen zu erhöhen. Das Programm des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, um gezielt MigrantInnen für die Stadtverwaltung zu gewinnen, ist ein wichtiger Schritt. Zusätzlich sind Weiterbildungsmaßnahmen für interkulturelle Kompetenz erarbeitet worden, und diese zählt künftig zu den Beförderungs- und Einstellungskriterien. Wir wollen die Erfahrungen, die andere Städte mit dem anonymisierten Bewerbungsverfahren gemacht haben, für uns nutzen und dieses Verfahren zunächst in einzelnen Bereichen evaluieren. Darüber hinaus

soll die Stadt als vorbildliche Arbeitgeberin besonders benachteiligten Gruppen eine Chance geben.

Die Herausforderungen für die Stadt Frankfurt ändern sich heute in immer kürzeren Abständen. Für neue Probleme ist aber erstmal niemand zuständig, ihre Lösung erfordert oft flexible und interdisziplinäre, Ämter übergreifende Zusammenarbeit. Die Stadt Frankfurt hat hier Nachholbedarf. Deshalb wollen wir in der Stadtverwaltung gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern systematisch Routinen in der projektbezogenen, aufgabenbezogenen und zuständigkeitsübergreifenden Zusammenarbeit entwickeln.

Wir setzen uns für ein mit dem Gesamtpersonalrat abgestimmtes Ideenmanagement ein. Wer gute Ideen für bessere Arbeitsabläufe und Arbeitsprozesse hat, soll belohnt werden.

Wir wollen, dass das Gesundheitsmanagement endlich umgesetzt wird und ein Konzept zur Prävention bezüglich gesundheitlicher Belastungen in der Arbeit weiterentwickelt wird. Wir GRÜNE setzen uns für den Ausbau der Dienstvereinbarkeit für Home-Office Arbeit und Teilzeitarbeit zu Hause ein. Vorteile und die Nachteile sollen gemeinsam mit den Beschäftigten ausgewertet und gemeinsam eine gute Lösung entwickelt werden. Wir wollen die Angebote für eine Kinderbetreuung auch und gerade für städtische MitarbeiterInnen weiter ausbauen. Nur so können wir im Wettbewerb um MitarbeiterInnen bestehen.

Die für das städtische Personal bereitstehenden Mittel hatten in den vergangenen Jahren nicht mit den Tariferhöhungen Schritt gehalten. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir die Personalaufwendungen an den tatsächlichen Bedarf angepasst, damit die Verwaltung unserer wachsenden Stadt auch weiterhin gut aufgestellt ist. Viele Träger, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich, stehen vor dem gleichen Problem: während die Löhne und Gehälter steigen, tun die Zuschüsse der Stadt es in der Regel nicht. In Gesprächen mit den betroffenen Trägern wollen wir zu tragfähigen Lösungen kommen, damit diese ihre für die Stadt wichtige Arbeit weiterhin qualitativ hochwertig erfüllen können und auch gute Löhne zahlen können.

Die Stadt als Akteurin: Diskriminierungsfreies Verwaltungshandeln

Ziel GRÜNER Politik ist eine diskriminierungsfreie Stadt und eine Stadtverwaltung, die die Vielfalt der städtischen Gesellschaft widerspiegelt und in der Lage ist, mit der vorhandenen gesellschaftlichen Vielfalt angemessen umzugehen. BürgerInnenservice in Frankfurt

bedeutet für uns, den Menschen in einer vielfältigen Stadt gerecht zu werden und diese unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Ausrichtung oder Religiosität respektvoll zu behandeln.

Wir haben angefangen, Verwaltung und Ämter interkulturell zu öffnen, und haben hierdurch einen Strukturveränderungsprozess angestoßen. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Voraussetzung dafür ist auch in Zukunft ein eigenständiges Integrationsdezernat.

Unsere Politik hat dazu beigetragen, dass das Bewusstsein für integrationspolitische Aspekte gestiegen ist. Aber wirkliche Veränderungen sind schwierig und wir wissen: Moderne Integrationspolitik, die der Vielfalt und der Lebenswirklichkeit der Menschen in Frankfurt gerecht wird, braucht eine Stärkung des Integrationsdezernats und des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten.

Wir wollen die Sensibilisierung der Frankfurter Behörden für die Vielfalt der Bevölkerung und für diskriminierungsfreies Handeln flächendeckend weiter voranbringen. Wir wollen ferner überprüfen lassen, inwieweit formale Schwierigkeiten und Anforderungen, Öffnungszeiten, finanzielle Hürden oder Fristenregelungen benachteiligend und ausgrenzend wirken können.

Die Grundsätze von Beteiligung, Diskriminierungsfreiheit und integrativem Vorgehen wollen wir auch gegenüber städtischen KooperationspartnerInnen, FördermittelempfängerInnen oder AuftragnehmerInnen in angemessener Weise zur Geltung bringen und prüfen, inwiefern eine Anpassung der Förderrichtlinien und Beschaffungsrichtlinien sozialen Mehrwert stiften können.

Europa nutzen, Europa mit gestalten: Kommunale Interessen einbringen

Die Politik der Städte wird seit langem vor allem auch von Entscheidungen aus Europa vorgeprägt. Europa setzt viele gute Impulse, etwa für mehr Lärmschutz und Luftreinhaltung in den Städten. Aber in Europa stehen auch Entscheidungen auf der Tagesordnung, die wir als Eingriffe in die kommunale Selbstverwaltung entschieden ablehnen. Das gilt etwa für das Handelsabkommen TTIP und ähnlich gelagerte Verhandlungen wie CETA. Wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge vor erzwungener Privatisierung schützen, öffentliche Ausschreibungen auch nach ökologischen und sozialen Kriterien vornehmen können und demokratische, ökologische und soziale Standards wahren. Solche Diskussionen zeigen aber

auch, dass wir uns als Stadt Frankfurt stärker in Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einmischen und uns in der Stadtverwaltung noch mehr Kompetenz in europäischen Fragen erarbeiten müssen: Von der Nutzung europäischer Forschungs- und Förderungsprogramme für Frankfurt über den systematischen Wissensaustausch mit anderen europäischen Städten bis hin zur stärkeren gemeinsamen Interessenvertretung der europäischen Städte in Brüssel sehen wir viel Potenzial, um die Stellung Frankfurts als Europastadt auch im politischen und Verwaltungsalltag noch besser umzusetzen. Wir wollen die Europäisierung der Stadtverwaltung zu einem Schwerpunkt der nächsten Wahlperiode machen.

Wir werden uns für die Einrichtung eines zentral geführten und auskömmlich ausgestatteten Ko-Finanzierungspools für Förderprogramme der Europäischen Union einsetzen, um solche Mittel effektiv für Programme der Stadt Frankfurt und für Einrichtungen, an denen die Stadt beteiligt ist (etwa das Existenzgründungszentrum KOMPASS), zu nutzen.

Aber nicht nur die europaweite Vernetzung gilt es auszubauen, auch die Kontakte zwischen Frankfurt und der Region können wir erweitern, auch diese Kontakte erweitern die gemeinsamen Spielräume. Neben der institutionalisierten regionalen Zusammenarbeit wollen wir auch den Wissensaustausch unter den Kommunen in der Region weiter pflegen und gegenseitige Kontakte, Einblicke und Verständnis durch Hospitanzen oder Austausch in den Ausbildungen mit unseren Nachbarkommunen in der Region fördern.

Kommunalpolitik: Transparent und für alle nachvollziehbar

Um Kommunalpolitik für BürgerInnen transparenter zu machen, möchten wir die Stadtverordnetensitzungen per Audiostream weiterhin online begleiten und über einen Podcast jederzeit abrufbar machen. Mit PARLIS existiert bereits ein umfangreiches Online-Archiv zur Stadtpolitik, das allerdings nicht sehr zugänglich ist. Daher möchten wir künftig alle Sitzungsprotokolle anwenderfreundlich verschlagworten lassen, damit BürgerInnen einfacher auf für sie interessante Informationen zugreifen können.

Wir wollen noch mehr Daten als bisher, die mit öffentlichen Mitteln gesammelt wurden und die keinen Personenbezug haben, öffentlich zugänglich machen. In Städten wie Wien und London wird Open Data bereits als Erfolgsmodell praktiziert und ist ein wertvoller Standortfaktor.

Auch der städtische Internetauftritt gehört zur Transparenz, verleitet allerdings aktuell nicht sehr zur Nutzung. Um auch im Netz zugänglich für alle zu sein, möchten wir die Anwenderfreundlichkeit der städtischen Website verbessern, eine leicht auffindbare Feedback-Möglichkeit einrichten und sie barrierefrei machen.

Respekt vor den Daten der BürgerInnen - IT-Sicherheit für unsere Kommune

Städtische Verwaltungen arbeiten mit sensiblen Daten, die geschützt werden müssen. Städtische Rechner sollen nur mit aktuellen und sicheren Betriebssystemen betrieben werden, mittelfristig auf Grundlage freier und quelloffener Software. Der Internetauftritt unserer Stadt soll aktuellen Sicherheits- und Datenschutzstandards entsprechen. Wir wollen den BürgerInnen ermöglichen, sicher per E-Mail mit ihrer Verwaltung zu kommunizieren. Die E-Mail-Verschlüsselung muss höchstmöglichen, transparenten und kontrollierbaren Standards entsprechen. Für die NutzerInnen städtischer Informationsangebote, z. B. öffentlicher Bibliotheken, fordern wir optimale Datenschutzbedingungen.

Wir leben in einer Zeit, in der Kriege und Kriminalität zunehmend im Internet stattfinden. Daher wollen wir ein IT-Sicherheitskonzept für unsere Kommune entwickeln. Mit einem transparent dokumentierten und durch BürgerInnen und MandatsträgerInnen kontrollier- und verbesserbaren IT-Sicherheitskonzept wollen wir unsere Kommune vor Gefahren schützen. Wir wollen das IT-Sicherheitskonzept auch zum Anlass nehmen, den Datenschutz der BürgerInnen und städtischen Beschäftigten regelmäßig den sich ändernden technischen Gegebenheiten anzupassen und damit insgesamt zu verbessern.

Leitlinien zur Beteiligung

Wir GRÜNE sind für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Stadt über öffentliche Angelegenheiten angetreten. In den vergangenen Jahren wurden viele Erfahrungen mit unterschiedlichen Formaten der Beteiligung gesammelt. Mit manchen Beteiligungsprozessen gibt es Unzufriedenheit. Auf der anderen Seite werden viele gesellschaftliche Gruppen mit den bisherigen Beteiligungsverfahren gar nicht erreicht. Demokratie bedeutet und verlangt die Teilhabe unterschiedlicher Gruppen und dadurch eine stärkere Identifikation aller mit unserer Stadt. Dies ist zugleich ein wesentliches Ziel GRÜNER Politik. Eine institutionell verankerte Antidiskriminierungsarbeit sowie interkulturelle Beratungsleistungen leisten Beiträge zu einer städtischen Willkommenskultur sowie zur weiteren Entwicklung einer bürgernahen Stadtverwaltung.

Wir wollen über alle Themenbereiche der Stadtentwicklung eine Partizipationskultur aufbauen und verankern, die möglichst viele FrankfurterInnen mitnimmt und von den AkteurInnen der Stadt und der Politik als qualitätsförderndes Element begrüßt wird. Jedes Thema verlangt hierbei eine andere Vorgehensweise. Trotzdem wollen wir für die Stadt Standards und Ziele festschreiben, die für alle Geltung haben. Wir wollen, dass zu Beginn klar gesagt wird, wie die Rahmenbedingungen auch bezüglich Zeit, verfügbarer Mittel und rechtlicher Vorgaben aussehen. Wir halten es für erforderlich, dass die Prozesse professionell begleitet und evaluiert werden. Wertschätzung und Problemoffenheit soll den Umgang aller Beteiligten miteinander prägen. Auch ein Scheitern muss zugelassen werden.

Einzelne Bürgerbeteiligungsprozesse müssen aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen eines Projekts auch auf Grundlage der Standards wieder belebt werden, wie zum Beispiel zum Bolongaropalast. Es sollen Zugänge für möglichst viele Teile der Stadtbevölkerung geschaffen werden, z.B. durch kultursensible Methoden, adressatengerechte Sprache und Visualisierung, aufsuchende Beteiligung, Einbindung von Kindern und Jugendlichen und gezielte Einladung relevanter NutzerInnen und AkteurInnen. Dabei wollen wir die Arbeit und Beratungstätigkeit des AmkA als Fachamt für die Ansprache der gesellschaftlichen Vielfalt stärken.

Insbesondere bei langwierigen Verfahren sollen Feedbackschleifen und eine Beteiligungsdokumentation Entscheidungswege transparent und nachvollziehbar machen. Solche Grundsätze wollen wir in Leitlinien für die Beteiligung aufnehmen, die transparent definieren, in welchen Fällen von Planungen und Umsetzungen von Maßnahmen welche Formen der Bürgerbeteiligung zum Tragen kommen.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Wir GRÜNE wollen, dass Kinder ihre Welt mitgestalten und umfangreichere Mitspracherechte haben. Schon jetzt gibt es zahlreiche Modelle der Partizipation in Frankfurt: Kinderanhörungen, Spielplatzgestaltungprogramm (SPATZ-Programm), Kinderrechtemobil usw. sind nur einige Projekte, die in den letzten Jahren entstanden sind und vom Kinderbüro vorangetrieben werden. Aber auch in Kindertagesstätten und Schulen muss Beteiligung von Kindern gelebt werden. Wir wollen dahin kommen, dass Kinderbeteiligung bei der Entwicklung unserer Stadt selbstverständlich wird. Wir GRÜNE

wollen die Arbeit des Kinderbüros in diesem Gebiet der Partizipation stärken und ein Fortbildungsprogramm für pädagogische Fachkräfte, Kinder und Eltern entwickeln.

Das Wissen der Kinderbeauftragten um die Bedingungen und die Bedürfnisse von Kindern vor Ort ist extrem wertvoll. Aus diesem Grund wollen wir die Arbeit der Kinderbeauftragten aufwerten und diese auch dann angemessen honorieren wenn sie nicht Mitglieder im Ortsbeirat sind.

Der Frankfurter Jugendring und der StadtschülerInnenrat sind starke Stimmen. Aber wir sind sicher, dass mehr Mitsprache von Jugendlichen für die Stadt ein Gewinn wäre. Wir halten ein Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren für überfällig: Es spricht nichts dagegen, Jugendliche diesen Alters über die Zusammensetzung des Römers oder bei Bürgerentscheiden mitentscheiden zu lassen. Wir wollen Kinder- und Jugendpartizipation unter Einbindung der Bildungseinrichtungen und der Einrichtungen der offenen Jugendarbeit in einem Jugendrat und in Jugendforen institutionalisieren. Kinder und Jugendliche sollen sich damit bei allen jugendrelevanten Themen in ihren Stadtteilen und Schulen einbringen können.

Ortsbeiratsbudget

Nachdem nunmehr die Nutzungsmöglichkeiten der Ortsbeiratsbudgets erweitert wurden, ist es an der Zeit, auch die jeweiligen Budgets der Ortsbeiräte wieder auf die ursprüngliche Höhe zurückzuführen.

Städtepartnerschaften beleben

Frankfurt ist stolz auf seine zahlreichen Städtepartnerschaften. Mit Städtefreundschaften und Partnerschaften wird Frankfurt auch seiner internationalen Rolle gerecht. Städtepartnerschaften stärken zudem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beteiligten Städten. Sinn und Zweck von Städtepartnerschaften ist aber nicht nur die Unterhaltung von Wirtschaftsbeziehungen oder die symbolische Unterstützung einer Kommune, sondern sie sollen in erster Linie Freundschaften zwischen den Bürgerinnen und Bürgern knüpfen und globale Zusammenhänge erlebbar machen. Wir wollen die bestehenden Partnerschaften mit Leben füllen und dafür gemeinsam mit den bestehenden Vereinen, die diese Städtepartnerschaften pflegen, Konzepte entwickeln. Wir streben an, mit möglichst allen Partnerstädten Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler einzurichten. Dies können sowohl Austauschprogramme zwischen einzelnen Schulen als auch Austauschprogramme sein, die - zentral von der Stadt organisiert - sich an alle an einem

solchen Austausch interessierte Schulen Frankfurts richten. Wir wollen auch regelmäßige Foren schaffen, in denen sich die Partnerstädte öffentlich präsentieren können.

Regionalpolitik

Nachhaltige Regionalpolitik, wie die GRÜNEN sie gestalten wollen, geht von den Gemeinden und Kreisen aus, die Wahlentscheidung in den einzelnen Kommunen bestimmt deshalb auch die Entwicklung in der gesamten Region. Regionalpolitik muss aber mehr als nur lokale Lösungen bieten, denn eine Vielzahl unserer alltäglichen Probleme lässt sich nur in größeren Zusammenhängen und koordiniert lösen, wozu auch Themen der interkommunalen Zusammenarbeit weiter entwickelt werden sollen. Ob wir uns in unserer Heimat wohlfühlen und welche Lebensqualität wir haben, wird in starkem Maß von den Entscheidungen der Regionalplanung bestimmt, deshalb betrifft sie die Menschen unmittelbar.

Die Ausweisung von Siedlungsflächen sind ebenso wie die Sicherung der Freiräume als Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen die wichtigsten Aufgaben der Regionalpolitik. Ergänzt wird dies durch die Aufgaben, die Mobilität der Menschen ebenso wie die Versorgung mit regional produzierten Nahrungsmitteln umweltverträglich zu gewährleisten. Zumal in Zeiten des Klimawandels obendrein eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativen Quellen das Gebot der Stunde ist.

Wir GRÜNEN stellen deshalb eine aktive Regionalpolitik zur Wahl, die folgende Ziele verfolgt:

- Neue Siedlungsflächen in der Regel nur im Einzugsbereich des ÖPNV,
- Verhinderung neuer separater Wohnsiedlungen in den Freiflächen,
- Begrenzung des Flächenverbrauchs und Vorrang der Erschließung von Konversionsflächen und innerörtlichen Brachen,
- Gewährleistung wohnungsnaher Versorgung durch ein regionales Einzelhandelskonzept,
- Aktive Freiraumsicherung mit Aufwertung der ökologischen Qualität und auch zu Erholungszwecken,
- Vernetzung der Freiflächen mittels Regionaler Grünzüge,
- Dauerhafte Freihaltung von Auen und Kaltluftschneisen,

- Schutz der natürlichen Ressourcen wie Böden und Grundwasser, sowie Minimierung der Rohstoffausbeutung,
- Stärkung einer menschen- und umweltgerechten Mobilität durch Integration unterschiedlicher Verkehrsmittel,
- Wirksame planerische Minderung des Straßen-, Bahn- und Fluglärms,
- Gebot der Minimierung der LKW-Verkehrswege bei Gewerbeansiedlungen,
- und Freihaltung von geeigneten Flächen für die Windenergie und Steuerung der Nutzung von Solarenergie, Geothermie, Biomasse und Wasserkraft.

Wir wollen unsere Region Südhessen gemeinsam, also die Großstädte und die Dörfer, den Ballungsraum Rhein-Main und den Taunus, ebenso wie den Rheingau, den Odenwald und die Wetterau zu einer nachhaltig orientierten europäischen Region entwickeln und deren Stärken, ihre Weltoffenheit sowie die Vielfalt ihrer Menschen und ihrer Natur nachhaltig sichern, damit unsere Region lebens- und liebenswert bleibt.

Die bestehenden Formen der Zusammenarbeit zwischen den Kommunen im Rhein-Main-Gebiet haben dazu geführt, dass die Region in den vergangenen Jahren weiter zusammengewachsen ist. Die bisherige politische Verfasstheit der Region trägt allerdings den Erfordernissen einer der dynamischsten Metropolregionen Europas nicht Rechnung. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass wir zu geeigneten Strukturen für die politische Selbstverwaltung der Region, beispielsweise in Form eines Regionalkreises, kommen.

Sicherheit und Freiheit

Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen, Männer wie Frauen, Starke wie Schwache überall zu jeder Zeit sicher und frei bewegen können. Die Verhütung von Straftaten steht für uns im Mittelpunkt. Wir setzen dabei auf echte Menschen: Unterstützung von Zivilcourage im Alltag, richtige PolizistInnen statt Video- und Datenüberwachung. Wir brauchen demokratische, dem Rechtsstaat verpflichtete, transparente Sicherheitsbehörden, denen die Menschen vertrauen. Denn nur wo Vertrauen ist, kann auch Sicherheit gemeinsam gestaltet werden. Wir wissen, wie schwierig und anspruchsvoll die Aufgaben von Landes- und Stadtpolizei sind. Um sie dabei zu unterstützen, braucht es von allen Seiten Dialogbereitschaft und die Bereitschaft, auch Fehler anzusprechen und daraus zu lernen. Wir sehen die Stadt als Ordnungs- und Versammlungsbehörde auch als Brückenbauer zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden.

Regeln für das Leben im Freien

Menschen suchen sich neue Freiräume in der Stadt. Nach einem anstrengenden Tag will man sich abends und nachts im Freien aufhalten, Freunde treffen, gemeinsam essen und trinken und zusammen feiern. Wir freuen uns, dass Frankfurt sich belebt und die öffentlichen Plätze angenommen werden. Wir wünschen uns, dass Veranstaltungen für BürgerInnen und AnwohnerInnen wie das Stoffel-Kulturfest für die wenigen Wochen im Jahr, an denen sie stattfinden, auf Toleranz in der Nachbarschaft stoßen.

Doch Städte sind keine Vergnügungsparks: Hier wohnen Menschen, die ein Recht auf Lebensqualität haben und vor den Begleiterscheinungen geschützt werden müssen, die ein ausuferndes Partyleben zwangsläufig mit sich bringt: Kneipenbeschallung, Partylärm, Wildpinkelei, Vermüllung von Plätzen und Grünflächen, Pöbeleien, Verkehrsverdichtung und Parkplatzmangel.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat leider gezeigt, dass es ohne Regeln und deren Durchsetzung nicht geht. Statt nur sporadisch und reaktiv zu handeln, müssen wir einen vorausschauenden, konzeptionellen Umgang mit dieser Herausforderung finden. In Wohngebieten brauchen wir eine Begrenzung der Mengen und der Öffnungszeiten von Außengastronomie auf ein verträgliches Maß. Für das Bedürfnis, die ganze Nacht unter freiem Himmel durchzufeiern, müssen wir über eine gezielte Steuerung an Orte nachdenken,

an denen keine AnwohnerInnen leiden. Auf die Müllflut in den Grünflächen mit immer größeren Müllbehältnissen und immer höheren Ausgaben für Reinigung und Entsorgung zu reagieren, hat die Situation nicht entspannt, sondern den sorglosen Umgang mit den eigenen Hinterlassenschaften eher noch gefördert. Wir müssen die Frankfurterinnen und Frankfurter in die Pflicht nehmen für ihre Hinterlassenschaft Verantwortung zu übernehmen. Gerade in den Sommermonaten, in denen die Grünflächen einem hohen Nutzungsdruck ausgesetzt sind muss jede und jeder sich selbst um ihren und seinen Müll kümmern.

Im öffentlichen Raum müssen Regeln beachtet werden, damit AnwohnerInnen zur Ruhe kommen können und die Stadt nicht vermüllt. Aber jeder Mensch hat das Recht, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten und sich so zu verhalten, dass er andere nicht beeinträchtigt. Wir wollen Armut, Obdachlosigkeit und Verelendung an der Wurzel bekämpfen, aber nicht die davon betroffenen Menschen aus dem Stadtbild verdrängen. Daher lehnen wir Aufenthaltsverbote für BettlerInnen oder Alkoholverbote im öffentlichen Raum oder ähnliche Ansätze zur Verschärfung der Gefahrenabwehrverordnung ab.

Schutz der Demonstrationsfreiheit

Das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, ist eine nicht zu relativierende Säule jeder freien Gesellschaft. In der Stadt der Paulskirche sind wir stolz darauf, wenn die Menschen ihre Sorgen, Forderungen, ihren Protest friedlich auf die Straße tragen. Wir werden unnachgiebig dafür streiten, dass dieses Grundrecht nicht eingeschränkt wird. Die Sicherheitskräfte dürfen nicht durch Überzeichnung von Gefahrenlagen und Einschüchterung das Recht auf friedliche Demonstrationen aushöhlen. Wir sagen aber auch ganz klar: Wer Gewalt, auch gegen PolizeibeamtInnen, relativiert, rechtfertigt oder dazu einlädt, an dessen Seite stehen wir nicht. Gewalt ist die Feindin der Versammlungsfreiheit, egal von wem sie ausgeht.

Digitale Selbstverteidigung für unsere BürgerInnen

Wir GRÜNE wollen die Selbstbestimmung aller BürgerInnen durch die Vermittlung von Medienkompetenz und vermehrte Sensibilität für den Schutz der eigenen Daten im Internet fördern. Um das Bewusstsein und die Selbstständigkeit der Frankfurterinnen und Frankfurter zu stärken, möchten wir eine Schulungsoffensive „IT-Sicherheit“ starten und dafür die Kompetenzen der mit digitalen Technologien vertrauten Frankfurterinnen und Frankfurter in

Form von „Selbstverteidigungsgruppen“ nutzen. Dieses Konzept hat sich in Form von „Krypto-Partys“ bereits sehr bewährt. Zusätzlich möchten wir mit breit gestreuten Info-Materialien und Leitlinien für verschiedene Zielgruppen (Verwaltung, kleine und mittlere Betriebe, Kulturbetriebe und -Initiativen, BürgerInnen etc.) das Bewusstsein für den richtigen Umgang mit Daten und den Datenschutz stärken.

Kampf gegen Extremismus

Frankfurt sieht sich selbst als weltoffene, liberale, friedliche Stadt, und in der ganz überwiegenden Mehrheit trifft das auf uns FrankfurterInnen zu. Aber wir dürfen vor den Gefahren des Extremismus nicht die Augen verschließen. Es gibt auch in dieser Stadt Rechtsradikale, Rassismus und Antisemitismus, es gibt eine starke salafistische Szene. Die demokratische Zivilgesellschaft dieser Stadt muss sich gegen jede dieser Tendenzen geschlossen und unmissverständlich abgrenzen. Wir müssen in Prävention investieren und Beschäftigte in kommunalen Einrichtungen wie Jugendhäusern fortbilden und im richtigen Umgang mit solchen Tendenzen unterstützen. Wir müssen erreichen, dass sich die Familienangehörigen und FreundInnen, die eine Radikalisierung beobachten oder befürchten, schnellen Zugang zu Hilfe erhalten und den Sicherheitsbehörden vertrauen. Wir brauchen Programme für AussteigerInnen. Wir GRÜNE wollen zusammen mit der ganzen Stadt den Kampf aufnehmen um jede und jede Frankfurter JugendlicheN: Die Nazis sollen euch nicht kriegen. Und der IS-Terrorismus auch nicht.

Inzwischen erfolgen viele Radikalisierungen im Internet. Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Antisemitismus finden im Web kaum zu kontrollierende Foren. Die stärkere Vermittlung von Medienkompetenz ist daher auch ein wichtiger Baustein im Kampf gegen extremistische Ideologien.

Freiwilliger Polizeidienst und Stadtpolizei

Wir wollen den Freiwilligen Polizeidienst auslaufen lassen. Die damit verbundenen Erwartungen einer Entlastung der professionellen Polizeikräfte haben sich nicht erfüllt. Stattdessen halten wir es für notwendig, die Stadtpolizei so auszustatten, dass sie auch nachts die Landespolizei wirksam entlang ihrer Kompetenzen entlasten kann. Wenn die Stadtpolizei sich auch nachts um beispielsweise Ruhestörungen oder Parkblockaden kümmert, kann die Landespolizei sich wieder verstärkt der Prävention widmen, insbesondere in konflikträchtigen Stadtteilen wie dem Bahnhofsviertel oder Alt-

Sachsenhausen. Prävention statt Repression funktioniert nur, wenn auch die Ressourcen dafür vorhanden sind. Die interkulturellen Fortbildungen für die MitarbeiterInnen der Stadtpolizei durch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten sollen fortgesetzt werden.

Feuerwehren und Rettungsdienste

Die Berufsfeuerwehr der Stadt Frankfurt ist eine der innovativsten und modernsten Deutschlands. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen in Frankfurt mit Flughafen, Autobahn- und Schienenknotenpunkt, U-Bahnsystem und Hochhäusern und dem Main sehr hoch. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das bisherige Schutzniveau der Frankfurter Bevölkerung auch unter den Bedingungen der veränderten Bundesgesetzgebung (Notfallsanitätäergesetz) erhalten bleibt.

Während die nötigen Neubauten der Berufsfeuerwehrwachen im Rahmen des Feuerwehrkonzeptes 2020 in der letzten Phase sind, sind die Gerätehäuser der Freiwilligen Feuerwehren nicht selten dringend sanierungsbedürftig. Deshalb wollen wir hier das Ehrenamt unterstützen und den Bau moderner, räumlich ausreichender Feuerwehrhäuser weiter vorantreiben. Um das hohe Niveau des Jugendfeuerwehrangebotes zu halten, ist es wichtig auch die Leitung der Jugendfeuerwehr künftig zu professionalisieren.

Die Frankfurter Hilfsorganisationen sind ein wichtiger Pfeiler des Katastrophenschutzes und der sozialen und humanitären Arbeit, die öffentliche Stellen so nicht leisten könnten. Wir wollen sicherstellen, dass die in Frankfurt tätigen Hilfsorganisationen auch zukünftig am Rettungsdienst der Stadt beteiligt werden.

Wirtschaft: Nachhaltig nachhaltig

Frankfurt ist ein national und im internationalen Wettbewerb starker Wirtschaftsstandort und eines der Finanzzentren Europas. Die zentrale Lage in Mitteleuropa, die verkehrliche Anbindung, eine gute Infrastruktur, die EZB sowie Cluster unterschiedlicher Branchen stärken den Standort. Auch gute Rahmenbedingungen in der Kinderbetreuung, ein gutes Bildungs- und Weiterqualifizierungsangebot, forschungsstarke Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und die Attraktivität der Stadt insgesamt zeichnen Frankfurt aus. Es hat sich als richtig erwiesen, dass die Frankfurter Politik auf Diversifizierung gesetzt hat. So waren die Auswirkungen der internationalen Finanzkrisen auf die Stadt und den städtischen Haushalt geringer als befürchtet.

Mut verdient Unterstützung: Existenzgründungen, Klein- und Mittelbetriebe

Wir wollen Existenzgründungen und Klein- und Mittelbetriebe, Innovationen und den Mut zum Risiko weiterhin fördern und unterstützen.

Für Kleinbetriebe, GründerInnen oder mittelständische Unternehmen sind die Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung gleichwohl nicht immer nachzuvollziehen und der Kontakt mit den Behörden ist zeitintensiv, gerade, wenn noch sprachliche Barrieren bestehen. Bei der Wirtschaftsförderung sollen deshalb verstärkt Beraterinnen und Berater als "Verwaltungslotsen" für die kleinen Unternehmen installiert werden.

Branchenvielfalt fördern: Für einen starken Standort Frankfurt mit Entwicklungspotenzialen und regionaler Kooperation

Wir werden uns weiter für Branchenvielfalt einsetzen. Frankfurt ist nicht nur Bankenstadt, sondern auch Industriestandort, Standort der Kreativwirtschaft, der Biotechnologie sowie Tourismus- und Kongressstadt.

Industrie und Gewerbe brauchen Verlässlichkeit und Entwicklungsperspektiven. Mit der Sicherung des Osthafens für Industrie und Gewerbe und dem Masterplan Industrie hat die Stadt Frankfurt einen Schwerpunkt in der Sicherung und Entwicklung der Industrie vor Ort gesetzt. Dieses intensive Bemühen um den Erhalt der industriellen Arbeitsplätze wird sowohl von den Unternehmen als auch von den Gewerkschaften wertgeschätzt.

Wir wollen eine regionale Flächenpolitik für Industrie und Gewerbe auf den Weg bringen. Aus Sicht Frankfurts und der Region ist es besser, wenn ein Unternehmen seinen Standort in Frankfurt um einen Standort in einer Kommune in der Region erweitert oder ein Unternehmen aus Asien oder Amerika sich in der Region Rhein/Main ansiedelt als wenn ein Unternehmen Frankfurt und die Region ganz verlässt oder sich für den Großraum München oder London entscheidet, weil es sich auf Frankfurter Gemarkung nicht ausreichend entwickeln kann. Ziel muss ein regionaler Masterplan Industrie und Gewerbe sein, der eine gemeinsame Flächenpolitik, interkommunale Gewerbegebiete, interkommunale Lösungen für die nötige Infrastruktur, aber beispielsweise auch die vielfältigen Anstrengungen zur Clusterbildung und zur Vernetzung mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Region auf eine gemeinsame Grundlage stellt.

Wir sind überzeugt davon, dass wir die interregionale Standortkonkurrenz zugunsten einer gemeinsamen Standortpolitik der Region hinter uns lassen müssen. Frankfurt und die Region Rhein-Main sollen – über die Grenzen Hessens hinaus – auch in der Frage der Standortpolitik weiter zusammenwachsen. Wir werden uns bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass Frankfurt und die Region Rhein-Main die notwendige finanzielle Unterstützung zur Stärkung des Standortes bekommen, so etwa durch auskömmliche Mittel für die regionale Standortmarketinggesellschaft FRM International Marketing of the Region.

Aber auch für Einzelselbständige, kleine StartUps und ExistenzgründerInnen ist der Zugang zu bezahlbaren Flächen oft ein entscheidender Erfolgsfaktor. Hier wollen wir geeignete, frei werdende Liegenschaften gegebenenfalls durch Nutzung des Liegenschaftsfonds und des gemeindlichen Vorkaufsrechts erwerben, um eine Grundstruktur an Räumen für Innovation anbieten zu können.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine eigene Wirtschaftssparte, welche große Chancen für Frankfurt bietet und an Bedeutung gewinnt. Ihr gehören etwa Unternehmen der Gamesbranche, der Postproduction, der Werbewirtschaft wie auch Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer wie KunsthändlerInnen, AgentInnen und GaleristInnen an. Für uns GRÜNE ist es daher wichtig, die Kultur- und Kreativwirtschaft als eigenständiges Wirtschaftsfeld und als Wachstumsbranche weiter zu etablieren und zu stärken. Wir möchten AkteurInnen der Kultur- und Kreativwirtschaft systematisch den Zugang zu Kompetenzen ermöglichen, die sie bei ihren wirtschaftlichen Aktivitäten

unterstützen. Dazu gehört es, KünstlerInnen – zum großen Teil AbsolventInnen der Hochschulen in Frankfurt und der Rhein-Main Region – zu beraten und einen verstärkten Dialog über deren Unterstützungsbedarfe zu führen und Kreative und Kulturschaffende beispielsweise durch Beratung bei der Existenzgründung zu unterstützen. Um diese Sparte in ihren Besonderheiten insgesamt besser zu unterstützen, wollen wir einen Think Tank der Kultur- und Kreativwirtschaft anstoßen.

Frankfurt erlebt einen Boom als Ziel für TouristInnen und Ort für Kongresse. Diese wichtige Säule des Standorts wollen wir weiter pflegen und Frankfurt als ökologisch nachhaltige, innovative und internationale Stadt bewerben. Während wir MieterInnen davor schützen wollen, dass durch die Umwandlung in Ferienwohnungen immer mehr Wohnungen dem freien Mietwohnungsmarkt entzogen werden, wollen wir die gelegentliche Vermietung von Übernachtungsmöglichkeiten in der selbstbewohnten Wohnung nicht grundsätzlich unterbinden. Ein solches Angebot ist gerade in einer teuren Stadt wie Frankfurt für Menschen mit kleinem Geldbeutel sinnvoll und ermöglicht persönliche Begegnungen und einen anderen Zugang zur Stadt. Wir wollen daher prüfen, ob wir eine Satzung erlassen können, die für solche gelegentlichen Mitnutzungen selbstbewohnter Wohnungen Rechtssicherheit schafft. Auch solche Vermietungsverhältnisse wären aber selbstverständlich in eine Kultur- und Tourismussteuer einzubeziehen.

Ein vielfältiger Einzelhandel macht die Qualität einer Stadt und von Stadtteilzentren aus. Damit in Neubaugebieten nicht nur große Restaurant-, Bar- und Modeketten Fuß fassen können, wollen wir die Ansiedlung kleiner inhabergeführter Läden fördern, indem wir sie im Rahmen der Existenzgründungsförderung nötigenfalls durch Bürgschaften und Kredite unterstützen.

Die Vielfalt nutzen: MigrantInnen als wichtiger Faktor

Wir alle profitieren davon, wenn MigrantInnen ihre Qualifikationen und ihre Talente ausschöpfen können. Die zügige Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Angebote zum raschen Spracherwerb und die Möglichkeit für einen Schul- oder Berufsabschluss auch für erwachsene MigrantInnen ist für ihre Emanzipierung entscheidend. Wir werden als Frankfurter GRÜNE dafür kämpfen, dass Bund und Land ihrer Verantwortung nachkommen, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen voran zu treiben, Sprachkurse und Bildungsangebote in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen und den

qualifizierten Zugang von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt aktiv zu fördern. Wir werden in Frankfurt dafür sorgen, dass einschlägige Angebote leicht zugänglich und gut organisiert sind und bestehende Lücken geschlossen werden.

Die etablierten Beratungsangebote zur beruflichen Förderung für MigrantInnen wollen wir weiter ausbauen und noch besser bekannt machen. Insbesondere Menschen mit geringen sprachlichen Ressourcen und Qualifikationen werden besonders leicht Opfer von Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt. Wir wollen diese Menschen mit einer Informationskampagne in Kooperation mit den Gewerkschaften auf ihre Rechte hinweisen und ermutigen, den Weg zu Beratungsstellen zu suchen, um Ausbeutung und Verdrängung zu stoppen.

MigrantInnen in Frankfurt haben ihr großes unternehmerisches Potenzial bereits bewiesen. Ob die Games-Branche oder die Gastronomie – viele Frankfurter Innovationen in den letzten Jahren gingen von MigrantInnen aus. Wo für MigrantInnen spezifische Schwellen in die Selbständigkeit bestehen, wollen wir – gemeinsam mit der IHK – Netzwerke zwischen erfolgreichen UnternehmerInnen und Gründungsinteressierten bilden, um letztere weiter zu qualifizieren und zu stärken.

Zukunftsfähig wirtschaften – Nachhaltigkeit fördern

Wir wollen die Frankfurter Unternehmen motivieren, unterstützen und begleiten bei dem notwendigen Wandel hin zu einer nachhaltigeren, energieeffizienteren und ressourcenarmen Wirtschaftsweise. Beratungsprogramme insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen wie Ökoprofit und „Frankfurt spart Strom“ möchten wir ausdehnen. Frankfurter Innovationen im Bereich Nachhaltigkeit wollen wir sichtbarer machen. Daher wollen wir einen Preis für neue Produkte und Dienstleistungen aus Frankfurt mit Umweltnutzen sowie für besonders hohe CO₂-Einsparungen in Unternehmen im Rahmen der städtischen Beratungsprogramme ausloben.

Zusätzlich sollte im Rahmen des bereits bestehenden Frankfurter Gründerpreises einen "Sonderpreis ökologische Nachhaltigkeit" für ExistenzgründerInnen vergeben werden.

Wir sind stolz auf den Titel „fair trade town“ und streben nach wie vor an, den Titel der Hauptstadt des fairen Handels zu erreichen. Es gibt bereits zahlreiche gute Initiativen und Beschlüsse zum Thema faire Beschaffung. Die Umsetzung auch gerade in der

Stadtverwaltung ist nicht immer einfach. Wir setzen uns dafür ein, dass ein „Masterplan fairer Handel“ in der Stadt Frankfurt entwickelt wird.

Bei der Entwicklung oder Sanierung von Gewerbegebieten wollen wir eine zukunftsfähige Planung in Richtung „Grünes Gewerbegebiet“ weiter verfolgen, etwa durch die Versorgung mit erneuerbaren oder besonders effizienten Energieträgern, Fassadenbegrünungen oder eine effiziente Flächennutzung, die mit möglichst wenig Versiegelung auskommt.

Wirtschaften und Leben im Netz

Frankfurt hat sich eine herausragende Stellung als Standort des weltweit größten Knotens für Internetverkehr und als Zentrum für Dienstleistungen in diesem Bereich erarbeitet und ist der Standort mit der zweithöchsten Rechenzentrumsdichte in Europa. Anknüpfend an die jahrhundertealte Tradition als Umschlagplatz für Waren, für Handel, als Verkehrsdrehscheibe zu Wasser, zu Land und in der Luft, als Hub für Güter, Ideen, Werte, Geld ist Frankfurt zu einem der wichtigsten europäischen Umschlagplätze für Daten geworden. Wir wollen die Unternehmen in diesem Bereich bei kreativen und wirksamen Maßnahmen zu noch mehr Energieeffizienz fördern und unterstützen – zumal die Intensität der Nutzung des Internet und damit der Nutzung dieser Leistungen noch deutlich steigen wird.

Die Datenmengen werden immer größer, gerade Unternehmen, aber auch BürgerInnen benötigen schnelle Internetverbindungen. Darum möchten wir eine gute Dateninfrastruktur für alle Stadtteile sicherstellen. Dazu sollen Mitverlegungsmöglichkeiten in den kommunalen Infrastrukturen veröffentlicht werden.

Das Netz ist aber nicht nur wichtiger Wirtschaftsfaktor in Frankfurt und Teil der Wirtschaftswelt, sondern für viele Menschen auch fester Bestandteil ihres täglichen Lebens. Der Zugang zu dieser Welt ist für uns GRÜNE auch ein Teil demokratischer Grundrechte. Wir möchten den BürgerInnen unserer Stadt vor allem im Bereich der Innenstadt und an belebten Plätzen freien Internetzugang ermöglichen und verfolgen das Ziel eines freien Netzes in der gesamten Stadt. Eine rechtssichere und kostengünstige Möglichkeit ist dabei die Zusammenarbeit mit Freifunk e.V., die wir ausdrücklich unterstützen um das Ziel eines stadtweiten, freien WLAN-Netzes zu erreichen. Wir möchten daher unter anderem städtischen Institutionen, wie Jugendzentren und Feuerwehren, die Nutzung von Freifunk-

Routern ermöglichen. Der Zugang zum Internet soll ohne Einschränkungen – wie Kosten, Registrierungen, Filter und sonstige technische Gängelung – gewährt werden.

Haushalt und Finanzen: Auf solider Grundlage solidarisch finanzieren

Auch wenn sich die Steuereinnahmen in den letzten Jahren wieder stabilisiert haben – Frankfurt ist immer noch wie kaum eine andere Kommune von der Gewerbesteuer abhängig und damit konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Gerade deswegen brauchen wir eine disziplinierte, antizyklische Finanzpolitik in Frankfurt. Wir dürfen nicht dann, wenn die Kassenlage gut ist, mit vollen Händen das Geld ausgeben. Sonst fehlen uns die Mittel zur Aufrechterhaltung unserer sozialen Infrastruktur. Wir sind der Auffassung, dass das Potenzial zur effektiven Ausgabensteuerung durch die Einführung der doppelten Haushaltsführung noch nicht ausgeschöpft ist. Wir müssen handhabbare, aussagekräftige Kennzahlen entwickeln, um Schwerpunkte in der Ausgabenpolitik zu setzen und weniger punktuell zu gestalten.

Die Rahmenbedingungen für den Frankfurter Haushalt haben sich nicht verbessert. Die BürgerInnen Hessens haben die Schuldenbremse mit Verfassungsrang ausgestattet, und diese gilt auch für Frankfurt. Der kommunale Finanzausgleich (KFA) in Hessen wurde zu Lasten Frankfurts umstrukturiert, so dass uns allein im Jahr 2016 137 Millionen Euro weniger aus dem KFA zur Verfügung stehen werden. Das Land hat dabei die enormen Aufgaben völlig verkannt, dass Frankfurt nach allen Prognosen in den nächsten Jahren ein bundesweit einmaliges Wachstum bewältigen muss und Angebote wie beispielsweise in der Kultur für das gesamte Land bereitstellt. Gleichzeitig muss Frankfurt immer wieder Landesaufgaben mit übernehmen, etwa im Bereich der Polizeiarbeit. Aufgrund der gravierenden Schlechterstellung Frankfurts, die den realen Herausforderung einer wachsenden Metropole mit vielen Funktionen über die Stadtgrenze hinaus nicht gerecht wird, unterstützen wir die Prüfung und Vorbereitung einer Klage gegen den neuen Kommunalen Finanzausgleich.

Erhöhung des Gewerbesteuersatzes, Einführung einer Kultur- und Tourismusabgabe

Wir müssen die Realität zur Kenntnis nehmen: Die finanziellen Herausforderungen, die aufgrund des enormen Wachstums und des damit einhergehenden Bedarfs an neuer kommunaler Infrastruktur wie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und der Infrastruktur für den Öffentlichen Personennahverkehr einhergehen, lassen sich allein mit mehr Effizienz

nicht mehr bewältigen. Es ist keine Option, dieses Problem über Verschuldung der nächsten Generation aufzubürden. Wir wissen um die Tatsache, dass die Höhe der Gewerbesteuer ein wichtiger Faktor bei der Standortentscheidung von Unternehmen ist. Wer hier die Schraube überdreht, sägt den Ast ab, auf dem er sitzt. Neben vielen anderen Standortfaktoren hat ein reduzierter Gewerbesteuerhebesatz in den vergangenen Jahren sicher dazu beigetragen, dass Unternehmen in Frankfurt blieben und Neuansiedlungen gewonnen werden konnten. Gleichzeitig sehen wir uns auch von Seiten der Unternehmen mit einer Vielzahl von Forderungen nach weiterem Ausbau der kommunalen Infrastruktur und Verbesserung der kommunalen Angebote konfrontiert: Es sind nicht zuletzt die Unternehmen, die von einem guten und bedarfsgerechten Kinderbetreuungsangebot profitieren, von Bildungseinrichtungen, von dem Engagement, Jugendliche in Ausbildung zu bringen, von bezahlbarem Wohnraum, von einem ausgebauten Nahverkehr oder von einem attraktiven Kultur- und Freizeitangebot. Dies sind die Voraussetzungen dafür, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht durch einen Fachkräftemangel abgewürgt wird. In Abwägung dieser Gesichtspunkte halten wir eine maßvolle Erhöhung des Gewerbesteuersatzes für geboten. Die aus dieser Erhöhung resultierenden zusätzlichen Mittel werden gezielt für die Finanzierung von Wachstumsanforderungen reserviert.

Auch eine Erhöhung der Gewerbesteuer wird uns allerdings nicht ersparen, auf vieles Wünschenswerte zu verzichten, um das Notwendige umsetzen zu können. Eine Erhöhung von weiteren Steuern wie der Grundsteuer hingegen würde den Preisdruck auf MieterInnen und EigentümerInnen weiter verschärfen. Daher kommt dies in der derzeitigen angespannten Lage des Wohnungsmarktes für uns nicht in Betracht.

Nachdem kommunale Kultur- und Tourismusabgaben zunächst vielfach vor den Gerichten scheiterten, sind nun die Bedingungen für die zulässige Erhebung einer solchen Taxe geklärt. So wurde die City-Tax der Stadt Freiburg jüngst für rechtmäßig erklärt. Wir werden eine solche Abgabe einführen, um daraus gezielt Kultur und Marketing für Frankfurt zu refinanzieren.

Vielfalt und Integration in unserer Stadtgesellschaft

Immer mehr Menschen, die in den letzten Jahrzehnten aus den unterschiedlichsten Gründen in unsere Stadt gekommen sind, konnten hier für sich und ihre Familien eine Heimat und eine Zukunftsperspektive aufbauen. Das ist eine Leistung der Stadtgesellschaft ebenso wie der MigrantInnen. Wir sind glücklich über das enorme bürgerschaftliche Engagement für die Integration, wie es von Einzelpersonen, Vereinen und Stiftungen geleistet wird.

Dass die unterschiedlichen Gruppen in Frankfurt weitgehend friedlich in enger Nachbarschaft miteinander leben, liegt auch daran, dass GRÜNE Politik Herausforderungen und Konfliktpotenzial nie gemieden hat, sondern offensiv angegangen ist. Erklärte Ziele waren stets, Zugänge für MigrantInnen in ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen, die Kommunikation zwischen einzelnen migrantischen Personen/Institutionen, der Politik und der Gesellschaft zu stärken und für Neu-FrankfurterInnen Teilhabeprozesse am politisch-gesellschaftlichen Leben anzustoßen und diese zu fördern. Nicht Einwanderung ist ein Problem, sondern falsche oder nicht existente Einwanderungspolitik.

Wir betrachten auch die aktuell zu uns flüchtenden Menschen, bei allen Herausforderungen vor denen wir gerade stehen, als Chance für die Zukunft unserer Stadt. Zuwanderung hat Frankfurt bereits in der Vergangenheit groß gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten ist uns zudem schlicht ein menschliches, sowie menschenrechtliches Gebot. Wir heißen die neuen Frankfurterinnen und Frankfurter herzlich willkommen. Es ist diese Grundhaltung, mit der wir auch die Aufgaben der Zukunft gemeinsam bewältigen wollen.

Mit den Menschen, die in unsere Stadt kommen, wächst die Vielfalt an unterschiedlichsten Erfahrungen, Lebenswegen, Überzeugungen, Religiosität, Fragen sexueller Orientierung und selbstverständlich auch die kulturelle Vielfalt. Bereits jetzt leben in Frankfurt Menschen aus 180 Nationen. Zwei Drittel der Frankfurter Kinder haben eine internationale Familiengeschichte. Zwei Drittel der Menschen, die in den letzten Monaten zu uns kamen, haben eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Die Lebenssituation, die Erfahrungen und Bedürfnisse von MigrantInnen in Frankfurt sind vielfältig. Die Komplikationen, die der bloßen Herkunft geschuldet sind, schwinden zunehmend im täglichen Zusammenleben. Prägender sind oft Unterschiede im sozialen

Status, in der beruflichen Qualifikation oder bei den Sprachkenntnissen. Entsprechend vielfältig muss auch die Antwort der Politik sein: Lange hier ansässige Menschen, sowie deren hier geborene und sozialisierte Kinder und sogar Kindeskindern, wünschen sich vor allem, nicht ständig als Ausnahmefall betrachtet zu werden, nur weil sie nicht Stefan oder Sabine heißen.

GRÜNE Politik: Seit 25 Jahren Vorreiterin in Sachen Integration

Vor 25 Jahren haben wir uns für die Gründung eines eigenständigen Dezernats und des dazugehörigen Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) eingesetzt. Im Jahr 2003 hat Frankfurt eine Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet und im Jahr 2010 das bundesweit fortschrittlichste Integrations- und Diversitätskonzept. Damit haben wir einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Konkret: wir haben zum Bewusstseinswechsel beigetragen, dass Integrationspolitik Diversitätspolitik sein muss, die der Lebenswirklichkeit einer vielfältigen Stadt gerecht wird. Wir haben Verwaltung und Ämter interkulturell geöffnet. Hierdurch haben wir einen Strukturveränderungsprozess angestoßen. Wir haben Integrationspolitik aus der Nische geholt und sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert. Denn der Umgang mit Vielfalt betrifft alle Lebensbereiche: Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Schule, Gesundheit und Alter, Kultur, Freizeit und Sport und auch die Verwaltung. Heute ist Integration eine Querschnittsaufgabe.

Es reicht nicht zu sagen, alle sollten gleich behandelt werden. Chancengerechtigkeit bedeutet eben nicht, alle gleich zu behandeln, sondern jeden nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten zu fördern. Es geht darum, Menschen zu befähigen, eine bessere Position zu erlangen und Strukturen zu ändern. Interkulturelle Öffnung ist ein wesentlicher Teilaspekt dieser Strukturveränderung. Die Gleichbehandlung von ungleichen Menschen ist ungerecht. GRÜNE Integrationspolitik bedeutet: Individuen der Gesellschaft als solche anzuerkennen und sie gleichberechtigt zu fördern und behandeln. Integrationspolitik ist eine Daueraufgabe, die mit steter Kommunikation und Informationsaustausch zwischen Politik, Verwaltung und Bevölkerung eine originäre Aufgabe der gesamten Stadt ist.

Unsere Politik hat dazu beigetragen, dass das Bewusstsein für integrationspolitische Aspekte gestiegen ist. Aber wirkliche Veränderungen sind schwierig und wir wissen: Moderne Integrationspolitik, die der Vielfalt und der Lebenswirklichkeit der Menschen in Frankfurt gerecht wird, braucht Verbindlichkeiten und sie braucht eine Stärkung des auch weiterhin

eigenständigen Integrationsdezernats und des Amts für multikulturelle Angelegenheiten. Nur so können wir die bereits angestoßene interkulturelle Öffnung weiter vorantreiben. Die Fachämter und Betriebe sollen vermehrt interdisziplinär und ämterübergreifend arbeiten, die Kompetenzen des Amts für multikulturelle Angelegenheiten bei allen Berichten, Angelegenheiten und Modellversuchen, die den Umgang mit Integration und Diversität betreffen, nutzen und seine Beteiligung als Querschnittsfachamt sicherstellen.

Mehr Miteinander. Mehr Teilhabe.

Wir GRÜNE wissen: Integration gelingt nur gemeinsam. Integration entscheidet sich nicht einfach sich am Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten, sondern hängt von den Beziehungen aller Gruppierungen zueinander ab. Gemeinsamkeit drückt sich nicht nur in einer gemeinsamen Weltsicht und gemeinsamen Werten aus, sondern auch in einer gleichwertigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, im Beruf sowie als Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsamkeit entsteht in den Stadtteilen, bei Straßenfesten, Veranstaltungen, Feiern, im täglichen Miteinander und im Entstehen von BürgerInneninitiativen. Daher wollen wir durch die interkulturelle Beratungstätigkeit des AmkA noch mehr Menschen erreichen.

In den vergangenen Jahren wurde die Zuwanderung als solche zunehmend zum universalen Problem erklärt, wobei der Gruppe der Zugewanderten vermeintliche Defizite zugeordnet und sie somit zusehends stigmatisiert wurden. Diese Entwicklungen haben bei den MigrantInnen ihre Spuren hinterlassen: Zwar übernehmen MigrantInnen immer mehr Ehrenämter, längst nicht mehr nur in ihren eigenen Communities, trotzdem sind sie in vielen stadtgesellschaftlichen Diskursen unterrepräsentiert. Wir wollen MigrantInnen einladen, ihre Stadt selbstbewusst mitzugestalten. MigrantInnen sind für uns kein „Gegenstand“ der Kommunalpolitik, sondern gestalten sie als AkteurInnen mit.

Wir GRÜNE wertschätzen die Arbeit der Kommunalen Ausländerinnen- und Ausländervertretung. Auch sie ist in Frankfurt ein Ergebnis GRÜNER Politik und wurde bereits vorbereitet, noch bevor die Hessische Gemeindeordnung Ausländerbeiräte einrichtete. Wir glauben aber, dass heute andere Standards greifen müssen. Wir wollen das aktive und passive Kommunalwahlrecht für alle, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben – unter denselben Voraussetzungen wie deutsche StaatsbürgerInnen und BürgerInnen von EU-Staaten.

Bei allen integrativen Maßnahmen und Förderprojekten bleibt festzustellen, dass wesentliche Teilhabechancen durch den rechtlichen Aufenthaltsstatus festgelegt sind. Wir setzen uns daher dafür ein, Menschen, die bei uns bleiben wollen, durch Beratung und niedrigschwellige Verfahren zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu ermutigen. Wir GRÜNE treten ferner für eine größere Akzeptanz von Doppelstaatigkeit ein.

Grundlegende Werte GRÜNER Politik sind die Befähigung und Emanzipation zur Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir wollen Migrantenvereine und Bürgerinitiativen weiter unterstützen und zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft befähigen, sowie dazu, selbst stärker eine integrative Rolle zu übernehmen. Dabei wollen wir nicht nur Selbsthilfegruppen und Ehrenamtsnetzwerke interkulturell stärken und öffnen, sondern auch eine Kampagne speziell für EhrenamtlerInnen mit Migrationshintergrund starten, die Lust auf „Mehr“ haben.

Fortbildungen für Elternbeiräte sollen die spezifischen Fragen von engagierten Eltern aufnehmen, die mit dem hessischen Bildungs- und Betreuungssystem nicht vertraut sind. Die unterschiedlichen Angebote der Stadt für die Mitwirkung von BürgerInnen an kommunalen Entscheidungen werden wir dahingehend überprüfen, wie wir die Beteiligung von MigrantInnen verbessern können. Die Stadtverwaltung für die Wahrnehmung der Hürden für MigrantInnen zu sensibilisieren und diese abzubauen, wird eine wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre sein – dazu gehört nach wie vor auch die Erhöhung des Anteils von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund auf allen Ebenen der Stadtverwaltung.

Wir GRÜNE sehen auch in den neuen Medien eine große Chance für mehr Kommunikation und niedrigschwellige Teilhabe. Auch dabei ist es wichtig, die Vielzahl unterschiedlicher Gruppen unserer Stadt interkulturell kompetent zu erreichen.

Engagement vor Ort: Vereine und Initiativen stärken

Wir GRÜNE meinen: Der Sozialstaat muss bürgerschaftliche Gruppen als Kooperationspartner begreifen und fördern. Jedes Jahr berät und unterstützt die Stadt viele kleine Initiativen und Anlässe im ganzen Stadtgebiet. Diese Arbeit des Amts für multikulturelle Angelegenheiten wollen wir in den kommenden Jahren personell ausbauen. Wir GRÜNE setzen ferner auf die Kreativität von Eigeninitiative. Daher wollen wir auch das Förderbudget für die Arbeit interkultureller Stadtteilgruppen spürbar erhöhen. Wir wollen

auch prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, z.B. im Rahmen der Saalbauten, ein Haus der Kulturen in Frankfurt zu eröffnen.

Wir wollen positiv dazu beitragen, dass Vielfalt auch in der unmittelbaren Nachbarschaft grundsätzlich als Vorteil und als Bereicherung wahrgenommen werden kann. Dabei hilft es, wenn Vereine, Vereinsringe und Initiativen neue und andere Mitglieder aufnehmen oder verstärkt zusammenarbeiten. Wir wollen ihre Beratung durch das AmkA bei der Ansprache neuer Gruppen, bei der Umstellung von Abläufen und Angeboten ausbauen und eine veränderte Förder- und Informationspolitik auf den Weg bringen. Durch die integrative Arbeit des AmkA wollen wir umgekehrt verstärkt dafür sorgen, unterschiedliche Gruppen davon zu überzeugen, von solchen Angeboten Gebrauch zu machen und sich an der Arbeit im Stadtteil zu beteiligen.

Im Bereich des Sports erleben wir in Frankfurt die sehr erfolgreiche (Zusammen-)Arbeit von und mit den Aktiven in den Vereinen und Verbänden. Sportvereine stellen ein erfolgreiches Beispiel von Integration dar, weshalb wir Programme zur Konfliktprävention, wie die „Frankfurter Erklärung“ im Fußball auch weiterhin unterstützen werden.

Willkommenskultur braucht Willkommensstrukturen

Nach Frankfurt kommen Menschen aus aller Welt und aus unterschiedlichsten Gründen. Es kommen Menschen, um als hochqualifizierte Fachkräfte in unserer Frankfurter Skyline zu arbeiten, es kommen Menschen als Geflüchtete aus Bürgerkriegsländern zu uns und es kommen Menschen, die auf der Suche nach Arbeit in Frankfurt eine Perspektive für sich und ihre Familie suchen. Frankfurt kann als Stadt nicht selbst darüber entscheiden, welche Menschen zu uns kommen. Aber wir können entscheiden, wie professionell und ernsthaft wir uns bemühen, Menschen bei der Ankunft zu helfen.

An die Menschen, die sich entschieden haben, hierherzukommen, darf unser Gemeinwesen Erwartungen richten. Aber auch umgekehrt hat unsere Gesellschaft die Erwartungen derer wahrzunehmen, die wir aufgenommen haben oder die hier geboren sind, um ein echtes diskriminierungsfreies Zusammenleben zu gestalten. Es gilt sicherzustellen, dass Menschen sich in Frankfurt zurechtfinden und rasch gute Kontakte finden. Deswegen müssen wir in jedem Einzelfall möglichst früh mit Integrationsleistungen beginnen. Dabei sind Informationen bereitzustellen, Gelegenheiten zur Meinungsäußerung und Teilhabe zu bieten

und, wo erforderlich, Hilfen zu leisten. Bereits die Anmeldung in Frankfurt muss zu einer Geste des Willkommens werden.

Insbesondere wollen wir die heutige „Ausländerbehörde“ gemeinsam mit den Beschäftigten zu einem Willkommens-Zentrum weiterentwickeln. Dazu gehört auch, dass für Migrantinnen und Migranten eine Anlaufstelle geschaffen wird, die Angebote in den verschiedenen Lebenslagen transparent macht und sich als „Lotse“ durch die Behörden versteht. Bei dieser Ausgestaltung der konkreten Ausprägungen GRÜNER Willkommenskultur sehen wir das Amt für multikulturelle Angelegenheiten als zentralen Akteur an. Wir wollen, dass künftig alle Dezernate mit dem Integrationsdezernat jährliche Zielabsprachen entwickeln und gemeinsam umsetzen.

Potentiale fördern: Zukunftschancen für die Einwanderungsgesellschaft.

In unserer Stadt leben viele Menschen, deren Bildungsabschlüsse hier nicht anerkannt wurden oder die aus anderen biographischen Gründen gerne Qualifikationen nachholen möchten. Für andere Zielgruppen sind die üblichen Angebote in Niveau und Teilnehmergruppen oder aufgrund besonderer Lernerfahrungen und Lebensbedingungen nicht direkt zugänglich. Auch ihre Potenziale wollen wir erschließen, durch die interkulturelle Öffnung von Angeboten, wie z.B. Abendkursen, oder durch die Einführung passgenauer Angebote. Dabei wollen wir auch das Engagement und die lokale Kompetenz freier Träger und kleiner Initiativen nutzen.

Ein gelingender Deutscherwerb ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Hier ist erheblicher Einsatz von Ressourcen gerechtfertigt. Wir werden die Landespolitik hier nicht aus der Verantwortung entlassen, wollen in Frankfurt jedoch den Spracherwerb fördern und begleiten. Der frühe Deutscherwerb anderssprachiger Kinder ist z.B. durch die Förderung deutschsprachiger Kontakte in ihrer Umgebung zu ergänzen. Mentoren- und Nachbarschaftsprojekte verdienen unsere Unterstützung.

Wir GRÜNE wissen: Muttersprachen sind kostenlose Bildung. Mit den Sprachen, die Eltern am besten können, vermitteln sie zugleich erzieherische Kompetenz, kulturelle Bildung und intellektuelle Werte. BildungsforscherInnen bestätigen immer wieder, dass es für den Spracherwerb wichtig ist, eine Sprache gründlich zu beherrschen. In Frankfurt leben Menschen aus über 180 Nationen, jeweils auch mit ihren eigenen Sprachen – dies stellt eine unglaubliche Bereicherung und Chance dar. Wir wollen diese Chance nutzen, und

Mehrsprachigkeit nicht nur dann als Vorteil sehen, wenn die Erstsprache Deutsch und die Zweitsprache Englisch, Französisch oder Japanisch ist.

Mehrsprachigkeit gelingt nicht von allein. Kinder, die mehrere Muttersprachen in Wort und Schrift nicht richtig erwerben, bedauern dies oft später im Leben als verpasste Chancen, können das Versäumte aber nicht mehr ausgleichen. Wir wollen in Frankfurt allen Kindern die Chance geben, ihre Muttersprachen so zu erlernen, dass sie auch im Berufsleben davon Vorteile haben. Erziehungsberechtigte sind daher in der Förderung mehrsprachiger Kinder früh zu unterstützen. Kindertageseinrichtungen und Schulen sind auf einen kompetenten Umgang mit Mehrsprachigkeit vorzubereiten. Wir werden die vom AmKA übernommene Förderung des ehrenamtlichen muttersprachlichen Unterrichts ausbauen, der von vielen Migrantengemeinschaften in sog. ‚Samstagsschulen‘ geleistet wird. Wir unterstützen die samstägliche Öffnung von Schulräumen zu diesem Zweck und ihren Ausbau zu interkulturellen Lernzentren. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des herkunftssprachlichen Unterrichts und der Betreuung hin zu bilingualen Angeboten ein. In vielen Kindertageseinrichtungen und Schulen in unserer Stadt wird dieser Weg bereits beschritten und wir wollen ihn zum Beispiel um türkischsprachige Angebote erweitern.

Wir GRÜNE wissen: Auch wenn viele etwas anderes behaupten, Bildung ist nicht der einzige Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Denn dazu gehört es auch, keine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, beim Heranwachsen oder im Alltag zu erfahren. Aber der freie Zugang zu Bildung ist für uns GRÜNE eine zentrale Gerechtigkeitsfrage.

Freier Zugang – das heißt für uns integrationspolitisch, dass unsere Bildungseinrichtungen nicht nur für unterschiedliche Menschen offen sind, sondern sich auch didaktisch und organisatorisch auf unterschiedliche Menschen einstellen. Wenn es aufgrund einer anderen Muttersprache und völlig anderer Bildungserfahrungen Eltern mit Migrationshintergrund zusätzliche Überwindung kostet, etwa einen Elternabend zu besuchen, weil die eigenen Sprachkenntnisse die Teilnahme verhindern, prägen diese Schwellen- und Versagensängste oft genug auch die Kinder und deren Erfahrungen mit Bildungseinrichtungen.

Wir wollen Eltern mit wenig eigenen Bildungserfahrungen und Migrationshintergrund stärker als Partner und Zielgruppe in den Blick nehmen. Schulen müssen noch weiter interkulturell geöffnet werden, denn unsere Bildungsstätten sollen auf das Zusammenleben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft vorbereiten. Wir wollen weiter darauf hinwirken, dass

Pädagoginnen und Pädagogen auf unterschiedlichere Gruppen, Erwartungshaltungen und Sprachkenntnisse und auf soziale Unterschiede besser vorbereitet werden und selbst geeignete Unterstützung erfahren. Dies kann in Kooperation mit wohnortnahen niedrigschwelligen Beratungsstellen dazu beitragen, Bildungsabbrüche zu vermeiden. Aufbauend auf diesen Erfahrungen wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Beteiligungsprozess speziell für diese Zielgruppe durchführen, um daraus abzuleiten, wie wir Hürden weiter absenken können.

Zeit ist Zukunft – Geflüchtete schnell integrieren

Flucht – egal ob aufgrund bewaffneter Auseinandersetzungen, oder aus ökologischen, oder ökonomischen Gründen – ist eine der großen Herausforderungen, der wir uns in im 21. Jahrhundert stellen müssen – international, national, aber und vor allem auch kommunal. Nachhaltiges Denken und Weitsichtigkeit haben wir nicht nur in der Umweltpolitik bewiesen. Das weltpolitische Geschehen und die zunehmende Globalisierung werden das Thema Integration noch stärker in den Fokus unserer Politik rücken.

Die starke Zunahme von Geflüchteten aus den Krisenherden der Welt stellt alle Kommunen vor große Herausforderungen, auch Frankfurt. Wir setzen uns ein gegen Fremdenhass und wir setzen uns ein für eine humane Flüchtlingspolitik, die das Grundrecht auf Asyl respektiert und es nicht aushöhlt. GRÜNE Integrationspolitik steht für eine Politik, die Geflüchteten nicht nur wohlfahrtsstaatliche Leistungen gewährt, sondern ihnen eine Perspektive bietet, auf Augenhöhe Teil unserer Gesellschaft zu werden. Frankfurt hat in der Vergangenheit gezeigt, dass es in der Lage ist, Menschen, die in großer Not ihre Heimat verlassen müssen, eine neue Perspektive zu geben: In den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Stadt etwa den Zuzug von Menschen aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien oder aus dem Gebiet der Früheren Sowjetunion trotz schwieriger rechtlicher Rahmenbedingungen durch Bund und Land gut bewältigt. Vielfach waren es dabei die jeweiligen Landsmannschaften oder Religionsgemeinschaften selbst, die den Neuankömmlingen die neue Heimat erschlossen haben. Diese sind damals wie heute wertvolle Partner. Dringender denn je brauchen wir aber heute auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, um die Menschen, die zu uns kommen, möglichst früh zu integrieren. Dann kann Frankfurt kann auch die aktuellen Zuwanderungszahlen bewältigen, auch wenn dazu womöglich größere Anstrengungen nötig sein werden.

Wir dürfen nicht wieder denselben Fehler machen wie bei der Generation der „Gastarbeiter“ und ihren Familien, und wieder viel zu spät mit Integrationsangeboten anfangen, in der irrigen Vorstellung, dass diese Menschen mit ihren Kindern das Land schon bald wieder verlassen würden. Die Menschen brauchen nicht nur eine Unterkunft, sondern so schnell wie möglich die Chance, wieder auf eigenen Beinen stehen und eine Zukunft planen zu können. Jeder Euro, den wir jetzt in die Integration von Geflüchteten investieren, zahlt sich für uns alle aus. Wer meint, dass Abschreckung die richtige Antwort auf die Zunahme der Fluchtbewegung nach Europa ist, verkennt die existenzielle Not der betroffenen Menschen ebenso wie die negativen Folgen für unsere Stadt, wenn wir Integration verzögern oder verweigern.

Bei der Unterbringung von Geflüchteten wollen wir möglichst dezentrale Lösungen anbieten. Dabei werden wir auf die besonderen Anforderungen von Familien, auf die sensible Situation von Flüchtenden aus akuten Konfliktregionen, aber auch auf sich aus individuellen Fluchtgründen ergebende Anforderungen eingehen. In den Gemeinschaftseinrichtungen soll der Grundsatz der Selbstversorgung, Eigenverantwortung und selbstbestimmten Organisation durch die BewohnerInnen gelten – diese Menschen haben Erfahrungen und Fähigkeiten, die sie einbringen wollen und von denen wir alle profitieren können. Wir unterstützen die Initiativen von Betroffenen und AktivistInnen, wie bspw. Project Shelter oder dem Ubuntu-Haus, selbstverwaltete Begegnungsstätten zu realisieren. Ihnen wollen wir z.B. bei der Suche passender Räumlichkeiten in der Stadt im Rahmen unserer Möglichkeiten unbürokratisch behilflich sein.

Es ist wichtig, dass das in den Unterkünften für Geflüchtete eingesetzte Personal für die spezielle Situation von lesbischen, schwulen, bisexuellen oder transidenten Schutzsuchenden sensibilisiert wird. Darüber hinaus braucht es für diese Gruppen spezielle Beratungsangebote.

In Kooperation mit den Wohnungsbaugesellschaften und Akteuren wie der Diakonie Hessen wollen wir ein nachhaltiges Gesamtkonzept mit Leitlinien zur Wohnraumversorgung und Integration von Geflüchteten entwickeln. Das von der Nassauischen Heimstätte entworfene Konzept „Integrierte Flüchtlingsansiedlung“ werden wir in Frankfurt umsetzen.

Die große Bereitschaft der FrankfurterInnen, Geflüchtete ehrenamtlich zu unterstützen, braucht einen verlässlichen professionellen Rahmen. Wir wollen die bereits ins Leben

gerufene Koordinierung ehrenamtlichen Engagements für Geflüchtete ämterübergreifend weiter verstärken. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden wollen wir pragmatische Lösungen finden, um die Aufnahme- und Lebensbedingungen auch für Geduldete humanitär zu gestalten und ihnen angemessene Integrationsperspektiven zu bieten. Zahlreiche Geduldete leben seit vielen Jahren unter uns und sind mit ihren Angehörigen Teil von Nachbarschaften geworden. Wir wollen uns im Sinne eines guten Zusammenlebens für Härtefälle verwenden. Perspektivisch soll daraus ein Runder Tisch „Geflüchtete“ beim Integrationsdezernat entstehen, an dem die verschiedenen Akteure wie FlüchtlingsvertreterInnen, engagierte BürgerInnen, Unternehmen, Initiativen, IHK und Handwerkskammer, Gewerkschaften, Kirchen, andere religiöse Einrichtungen, Vereine und sonstige Organisationen sich über Handlungsmöglichkeiten austauschen können.

Als Kommune können wir viel tun, aber wir werden auch mit Kompromissen leben müssen: Geflüchtete brauchen einen Anspruch auf eine reguläre Gesundheitsversorgung. Wir wollen daher in Frankfurt das „Bremer Modell“ einführen, d. h. die Geflüchtete mit einer Gesundheitskarte ausstatten, mit der sie ohne vorherigen Antrag beim Sozialamt Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen können. Dieses Verfahren senkt nicht nur die Hürden für AsylbewerberInnen, sondern spart auch Kosten in der Sozialverwaltung ein. Wir wollen darüber hinaus insbesondere die Versorgung traumatisierter Geflüchteter deutlich ausbauen und hierzu ein Kompetenz- und Behandlungsnetzwerk mit den Gesundheits- und Forschungseinrichtungen in Frankfurt aufbauen. Die bereits etablierte Grundversorgung für Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus wollen wir weiterführen und ausbauen. Zudem wollen wir, dass sich die Stadt Frankfurt bei den zuständigen Stellen in Land, Bund und Kassen dafür einsetzt, dass die Betroffenen möglichst bald auch Zugang zum regulären Gesundheitssystem erhalten.

Dadurch, dass die zuständigen Landkreise die in Frankfurt erstversorgten unbegleiteten Minderjährigen vielfach nicht mehr zügig übernehmen, hat sich für diese Kinder und Jugendlichen die Situation sehr verschlechtert. Sie müssen in Frankfurt eine oft mehrere Monate lange Übergangszeit verbringen, in der sie keine Schule besuchen können, keine Therapie beginnen können, nirgendwo richtig ankommen. Im Sinne der Kinder und Jugendlichen muss diese Wartezeit unbedingt wieder verkürzt werden. So lange die zuständigen Kreise ihrer Übernahmepflicht nicht nachkommen, müssen wir in Frankfurt

dieses belastende Provisorium so gut es geht mit den Kindern und Jugendlichen gestalten. Dies kann aber nicht „auf dem Rücken“ der Betroffenen geschehen – wir werden daher die Anstrengungen zur Unterstützung bei der Integration und beim Spracherwerb auch für diese Betroffenengruppe gemeinsam mit ehrenamtlichen UnterstützerInnen verstärken und Initiativen in diese Richtung auch räumlich und finanziell absichern.

Geflüchtete brauchen besondere Unterstützung beim Spracherwerb, beim Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, dabei, sich zurecht zu finden. Die vom Bund finanzierten Integrationskurse müssen auch für Asylsuchende und geduldete Geflüchtete geöffnet werden. Dies entlastet Länder und Kommunen und erhöht Integrations- und Partizipationschancen schon während laufender Asylverfahren. Zusammen mit den Unternehmen wollen wir dafür kämpfen, dass alle, die eine Ausbildung beginnen, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und vor Ausweisung geschützt werden.

Flucht vor Armut

Die Perspektivlosigkeit in ihren Herkunftsländern zwingt auch Menschen zur Flucht nach Frankfurt, die keine Chance auf die Anerkennung als Flüchtling haben. Wenn sie aus der EU stammen, haben sie ein Aufenthaltsrecht, wenn sie von außerhalb der EU stammen, sind sie zusätzlich gezwungen, in der Illegalität zu leben. Beiden Gruppen stehen die Verfahren für AsylbewerberInnen nicht zur Verfügung. Viele von ihnen werden in die Obdachlosigkeit gezwungen oder in die Hände ausbeuterischer VermieterInnen. Auch ihre Erwerbssituation ist wegen geringer Qualifikation oder unklarem Aufenthaltsstatus häufig von Ausbeutung geprägt.

Die Stadt Frankfurt wird diesen Menschen nicht umfassend helfen können. Die BürgerInnen, die sich um diese Geflüchtete kümmern, etwa die Initiative „Project Shelter“, verdienen unseren großen Respekt und unsere Dankbarkeit für ihr Engagement. Eine Sensibilisierung der Frankfurterinnen und Frankfurter für die Situation in den Herkunftsländern und für die Fluchtursachen sowie die Umstände der Flucht der betroffenen Geflüchteten sehen wir darüber hinaus als unsere politische Aufgabe.

Menschen, die unter Lebensgefahr zu uns kommen, müssen in Frankfurt auch weiterhin Hilfsangebote erhalten, auch wenn ein dauerhafter Aufenthalt möglicherweise nicht zu erreichen ist. So muss auch die Stadt diesen Menschen gegenüber eine humanitäre Grundverpflichtung erfüllen.

Es ist ein wichtiger staatlicher Grundsatz, sowohl durch Vermeidung von Regelungslücken wie durch die Vermeidung von zu restriktiven Regelungen zu verhindern, dass Ausländerinnen und Ausländer in die Illegalität abgedrängt werden. Es ist nicht weniger eine öffentliche Aufgabe, aus Illegalität entstehende soziale Probleme abzumildern und die Einhaltung der Menschenrechte zu sichern. Der betroffene Personenkreis ist breit gefächert und umfasst alle sozialen Schichten und Staatsangehörigkeiten. Aufgrund des Risikos, entdeckt zu werden, befinden sich viele Menschen ohne Aufenthaltsstatus oft in sozialen Notlagen und ausweglosen Situationen, wobei sie der erpresserischen Ausbeutung und Täuschung durch Dritte unterliegen. Oftmals erliegen die Betroffenen den falschen Versprechungen von SchleuserInnen, VermittlerInnen oder zukünftigen ArbeitgeberInnen. Besonders gilt dies im Fall des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.

Es ist eine Folge GRÜNER Politik, dass die Stadt Frankfurt schon heute in Projekten und Arbeitsgruppen Unterstützung für Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus bietet. Die Gesundheitssprechstunde für Menschen mit ungeklärtem Aufenthalt gehört zu den großen Errungenschaften für die Menschen in dieser Stadt.

Vertrauen kann innerhalb sozialer Netzwerke und Kontakte entstehen, Schwierig gestaltet sich die Situation für Jugendliche und Kinder, die oftmals die Ängste und Probleme der Eltern ohne Aufenthaltsstatus „übernehmen“ und dann ohne Schul- oder Kindergartenbesuch verbleiben. Wir GRÜNE wollen, dass die vielfältigen Kontakte, die StreetworkerInnen und andere Beschäftigte der Stadtverwaltung zu den Betroffenen haben, systematisch genutzt werden, um über Hilfsangebote und Ausstiegsmöglichkeiten aus ausbeuterischen Verhältnissen zu informieren. Beratungs- und Hilfsangebote etwa für männliche und weibliche Armut Prostituierte wollen wir besser ausstatten, den Zugang zu Hilfe und Beratung bei ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen wollen wir systematisch verbessern.

Die gesundheitliche Grundversorgung für Menschen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, unter anderem durch das Gesundheitsamt, muss fortgeführt werden. Wir wollen insbesondere einen koordinierten Zugang zu sozialer, allgemein- und zahnmedizinischer Basisversorgung schaffen, eine angemessene Versorgung von werdenden und jungen Müttern sowie die notwendige ärztliche Behandlung von Kindern sicherstellen. In Abstimmung mit Landes- und Bundesbehörden wollen wir sinnvolle Lösungen in Fragen von Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis finden.

Wo Kinder betroffen sind, ist die Stadt in der Pflicht, Obdachlosigkeit abzuwenden und alles zu unternehmen, damit die Betreuung und Beschulung der Kinder gesichert ist.

Wir wollen ein Roma-Wohnprojekt als Modell in Frankfurt einführen. Nach dem Vorbild des Wohnprojektes für Roma (Arnold-Fortuin-Haus) in der Harzer Straße in Neukölln soll ein familiengerechtes, kindgerechtes und generationsübergreifendes Wohnen möglich gemacht werden. Das Modell-Projekt soll auch niedrigschwellige Hilfen integrieren.

Generationengerechtigkeit: Als MigrantIn älter werden in Frankfurt

Viele früher einmal Zugezogene sind in Frankfurt alt geworden. Die MigrantInnen der ersten und zweiten Generation haben einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft geleistet. Viele von ihnen sind dennoch aufgrund ihrer Beschäftigung in unsicheren und gering entlohnten Arbeitsverhältnissen mit Altersarmut konfrontiert. Viele von ihnen benötigen in komplizierten und oft mehrere Länder berührenden Rentenfragen Hilfe durch weitere Beratungsangebote. Dabei bietet das gemeinsame Projekt von AmKA und Versicherungsamt zur Interkulturellen Rentenberatung eine gute Grundlage, die wir weiter fördern wollen.

Nur wenige Menschen aus dieser Generation haben Erfahrungen damit, ihre Bedürfnisse für ihr Leben im Alter außerhalb der Familie zu benennen, viele sehen ihre Lebenssituation als privates Schicksal und kommen gar nicht auf den Gedanken, daraus kommunalpolitische Maßnahmen abzuleiten oder solche einzufordern. Im Seniorenbeirat ist diese Gruppe beispielsweise bislang faktisch nicht vertreten.

Auch den Spracherwerb von älteren Migrantinnen und Migranten, die inzwischen Eltern oder gar Großeltern, mit hier geborenen Kindern und Enkelkindern sind, wollen wir weiter fördern. Für Menschen, die altersbedingt nur noch geringe Chancen haben, die deutsche Sprache gut zu erlernen, sollten aber auch Treffen in Herkunftssprachen als Integrationschance erkannt und genutzt werden.

Durch ein Gesellschaftsklima, das individuellen Lebensentwürfen größere Freiräume zulässt, wächst auch in den älteren Generationen eine offener gelebte Unterschiedlichkeit. Wir wollen als Stadt zu einer Versorgung und Pflege beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt.

Die Kommunalpolitik weiß zu wenig über die Bedarfe von älteren Migrantinnen und Migranten. Um dieses Dunkelfeld aufzuhellen, brauchen wir eine Erhebung über die Lebenssituation und die Bedarfe älterer MigrantInnen in Frankfurt etwa im Hinblick auf ihre Wohnsituation, ihre Wünsche nach kultureller Teilhabe, ihre Gesundheitsversorgung, ihre Versorgung im Pflegefall. Daraus wollen wir kommunalpolitische Maßnahmen ableiten, die den älteren MigrantInnen wirklich helfen.

Klar ist, dass wir in den Gesundheits- und Pflegeberufen weder vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, noch vor dem Hintergrund der älter werdenden und vielfältig zusammengesetzten Stadtgesellschaft ohne aktives Werben um die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten auskommen. Auch hier stehen die berufliche Förderung und die Anerkennung von bestehenden Qualifikationen im Vordergrund.

Familien heute: Traditionell, Patchwork, Multikulti, Regenbogen

Familien bestehen schon lange nicht mehr nur aus Mutter und Vater. Wir wollen mit Hilfe von Fortbildungen zum Thema Regenbogenfamilien in Kitas auch die Erzieherinnen und Erzieher für die Vielfältigkeit von Familien weiter sensibilisieren. Zudem wollen wir uns dafür einsetzen, dass sich die Vielfalt von Familien auch in Broschüren, Formularen etc. widerspiegelt.

Selbstbestimmte Teilhabe – Ein inklusives Gemeinwesen für alle Menschen

In unserer Gesellschaft wird eine Vielfalt von Lebensentwürfen gelebt. Nicht alle sind selbst gewählt. Unsere besondere Solidarität muss Menschen gelten, die unsere Stadt nur eingeschränkt wahrnehmen können und an ihrer Teilhabe gehindert sind. Dies gilt für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen, für Menschen mit Lernschwierigkeiten sowie auch für Menschen mit seelischen Erkrankungen.

Menschen mit Behinderungen sind immer noch überproportional stark von Arbeitslosigkeit und fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten betroffen. Wir wollen durch Information und Pilotprojekte dafür werben, Alternativen zu den Werkstätten für behinderte Menschen stärken und betriebsintegrierte Beschäftigungen in allen Formen voranbringen.

Selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ist seit jeher oberstes Ziel GRÜNER Politik für Menschen mit Behinderungen. Grundvoraussetzung für eine selbstbestimmte Teilhabe ist

der Ausgleich von Nachteilen. Neben der Beseitigung von Barrieren und Diskriminierungen im Alltag will GRÜNE Politik, dass jeder und jede die Hilfe erhält, die sie oder er benötigt.

Frauen und Mädchen mit Behinderungen, aber auch MigrantInnen, LSBT und Trans*Menschen mit Behinderungen oder auch Menschen mit schweren kognitiven Einschränkungen, mit Mehrfachbehinderungen und intensivem Unterstützungsbedarf sind oft Mehrfachdiskriminierungen ausgesetzt. Ihnen gilt unsere besondere Verantwortung.

Es darf uns nicht ausreichen, dass sich Menschen nach dem Fürsorgeprinzip in vorhandene Strukturen einfügen und anpassen müssen. Wir wollen, dass die Stadt den nötigen Paradigmenwechsel weiter vollzieht und die UN-Behindertenrechtskonvention umfassend umsetzt. Dies gilt in unserer Demokratie für alle Bereiche städtischen Handelns, nicht nur auf bauliche Aspekte, Verkehr und Transportmittel sondern auch für Medien und Kommunikationswege. Die Bereitstellung öffentlicher Information der städtischen Ämter soll vermehrt in leichter Sprache erfolgen. Aber auch Formate von Gebärdensprache und audiovisuellen Hilfen sollen vermehrt eingesetzt werden. Dabei wollen wir die besondere Kompetenz des AmKA in der Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen und in Leichter Sprache weiter stärken.

Wir wollen in verschiedenen Formaten Erfahrungen sammeln, Kunst und Kultur für alle Mitglieder unserer Gesellschaft erreichbar zu machen. Wir wollen Bewegungs- und Sportmöglichkeiten schaffen. Wir wollen die Aufklärungsarbeit über Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen voranbringen. Wir GRÜNE finden es außerdem an der Zeit, auch in Frankfurt der Opfer dieser Gruppen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu gedenken.

Eine offene Gesellschaft ist nie einfach: Konflikte, Prävention und Vermittlung

Gelebte Demokratie heißt, mit Unterschieden umzugehen. Zu einer offenen Gesellschaft gehört Veränderung. In einer vielschichtigen Wechselwirkung verändern wirtschaftlicher Wandel, neue Trends und Infrastrukturmaßnahmen, Zu- und Wegzüge sowie das Bevölkerungswachstum die Frankfurter Nachbarschaften und Quartiere. Das ist nicht immer einfach, für alle Beteiligten. Wer in einem fremden Land lebt – oder auch innerhalb der gleichen Familie zwischen den Generationen unterschiedlichere Lebenswege und Erfahrungen erlebt als andere – sieht sich von verschiedenen Seiten zum Teil divergierenden Erwartungen ausgesetzt. Umgekehrt gibt es in unserer Stadt auch Menschen, die sich selbst

als „Verlierer“ der Entwicklung Frankfurts zu einer internationalen Stadt sehen. Das Miteinander unterschiedlicher Lebensgestaltungen wie auch soziale Ungleichheit bringen Gefahren mit sich.

Wenn Zuwanderung nicht mit kulturellem Austausch und interkultureller Kommunikation einhergeht, kann das zu Missverständnissen, Ängsten und Argwohn auf allen Seiten führen. Krisen sind so vorprogrammiert. Dabei ist der Dialog aller Beteiligten ein realisierbares Ziel und eine Lösung für dieses Dilemma.

Für ein funktionierendes Miteinander sind das Verständnis und die Aufnahmebereitschaft ebenso wichtig wie die Ablehnung aller Formen von Rassismus, Antisemitismus und gewalttätigem Extremismus. Frankfurt ist Stadt der Migrantinnen und Migranten und wir sehen es als unsere Aufgabe an, dieses immer wieder zu betonen. Dabei sehen wir in der expliziten Teilhabe von MigrantInnen am politisch-gesellschaftlichen Leben in Frankfurt, die wir konkret fördern und unterstützen wollen, eine adäquate Antwort auf jede Form von Fremdenhass.

Der Aufbau und die Pflege dauerhafter Gesprächsbeziehungen mit und zwischen den unterschiedlichen Communities und Religionsgemeinschaften, um Krisen gemeinsam bewältigen zu können, ist für unser Verständnis von Integrationspolitik zentral. So haben wir in den letzten Jahren kaum mehr Konflikte um religiöse Bauten erleben müssen. Dies ist sichtbarer Ausdruck einer funktionierenden Kooperationskultur und dem richtigen Ansatz in Sachen Konfliktvermittlung, die wir weiter stärken wollen. Wir wollen dabei auch dafür sorgen, dass die gute Arbeit des Frankfurter Präventionsrat stärker um soziale und interkulturelle Aspekte ergänzt und mit der Stadtteilarbeit vernetzt wird.

Migration bedeutet auch Entwurzelung, Entfremdung und Identitätssuche. Oft führt das zu schwierigen persönlichen Entwicklungsprozessen, die nicht immer unproblematisch ablaufen. Manchmal kann es zu Brüchen innerhalb von Familien, Freundeskreisen oder Communities kommen. Solche durchaus konfliktbehafteten Entwicklungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind vielschichtig und bedürfen besonderer interkultureller Sensibilität. Pauschale Antworten darauf zu geben, ist falsch. Nichtsdestotrotz unterstützen wir mit allem Nachdruck die Emanzipation des Individuums – gleich welcher Herkunft oder Orientierung. Das Recht jeder und jedes Einzelnen, das eigene Leben nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten und die eigene Sexualität auszuleben, ist für uns unverhandelbar.

Die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und sexueller Identitäten ist auch eine von den migrantischen Communities zu erbringende Leistung. Auch dies ist nur durch den steten Austausch und eine Vertrauensbasis zwischen den Migrantengemeinschaften und der Gesamtgesellschaft zu erreichen. Wir werden auf allen uns möglichen Kanälen den Austausch und die Kommunikation mit allen Gruppen der Gesellschaft vorantreiben, ihre Teilhabe am politisch-gesellschaftlichen Leben erleichtern und ihre Anliegen in gemeinsamer Kooperation adressieren.

Für Akzeptanz und volle Gleichstellung – Ohne GRÜN kein Queer

Wir machen uns seit jeher stark für Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*-Menschen. Wir streiten für gelebte gesellschaftliche Akzeptanz statt bloßer Duldung durch die Mehrheitsgesellschaft. Wir nehmen keine Form von Diskriminierung hin.

Wir stellen uns gegen jeden Versuch – von wem auch immer – Schwulen, Lesben und Transgendern ihre über Jahrzehnte erkämpften Rechte streitig zu machen und ihr selbstbestimmtes Leben in Frage zu stellen. Unser Eintreten für die queeren Communities verstehen wir nicht als Absichtserklärung, sondern als einen Auftrag für konkretes politisches Handeln. Wie in den vergangenen Wahlperioden, wollen wir auch in den nächsten Jahren Frankfurt weiter vielfältig voranbringen.

Lesbische, schwule, bisexuelle und Trans*Jugendliche wollen wir weiter in ihrem Umfeld stärken. In vielen Familien ist ein Coming Out kein Thema mehr, in manchen ist es immer noch die Hölle. Wir wollen in Schulen, Sportvereinen und Jugendhäusern ein Klima schaffen, in dem keine und kein Jugendlicher mehr wegen seiner sexuellen Orientierung gemobbt wird, Beleidigungen oder gar Gewalt ausgesetzt ist. Die Aufklärungsarbeit des SchLAU-Projektes Frankfurt in Schulen soll perspektivisch alle Schüler*innen der weiterführenden Schulen in Frankfurt erreichen. Wir wollen gemeinsam mit dem Sportkreis Frankfurt, den in der Jugendhilfe tätigen freien Trägern und dem Frankfurter Jugendring prüfen, ob wir ein Fortbildungsprogramm für Trainer*innen, Beschäftigte in Jugendeinrichtungen und Jugendleiter*innen benötigen, um sie im Umgang mit homo- und transphoben Überzeugungen, Krisen und Ausgrenzungen zu stärken. Lesbischen, schwulen, bisexuellen und Trans*Menschen, die in Familie, Bekanntenkreis oder Arbeitsleben Ausgrenzung erfahren, oder die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, sei es aufgrund ihrer Herkunft, ihres Alter oder einer Behinderung, gilt unsere besondere Fürsorge.

Seit der Schließung der sexualmedizinischen Ambulanz an der Universitätsklinik Frankfurt gibt es in Frankfurt keine bedarfsgerecht aufgestellten Informations- und Beratungsstellen für transidente Menschen. Es ist deshalb wichtig, die Angebote neuer und bestehender Anlaufstellen an den Bedarf anzupassen und zusätzliche Informations- und Beratungsstellen für transidente Kinder und Jugendliche und deren Eltern zu schaffen.

Der Christopher-Street-Day hat eine wichtige Funktion zur Selbstvergewisserung von Lesben, Schwulen und Trans* Menschen außerhalb des Alltags und als Plattform für die Formulierung politischer Forderungen. Wir wollen den CSD erhalten und fördern.

Für das Lesbisch-Schwule Kulturhaus soll gemeinsam mit den Communities und der Koordinierungsstelle für die Belange von Lesben, Schwulen und Transgendern ein neues Konzept erarbeitet werden. Die Kulturarbeit in LGBT-Zentren wollen wir fördern und finanziell unterstützen. Wir wollen einen LGBT-Kulturpreis der Stadt Frankfurt ins Leben rufen.

Einrichtungen wie die Kriseninterventionsstelle KISS sind oft die einzigen Anlaufstellen, die in vertraulichem Umfeld nicht selten lebenswichtige Beratung und Unterstützung für männliche Sexarbeiter anbieten. Wir wollen diese Angebote sichern, ausbauen und auch auf trans* Sexarbeiter*innen ausweiten.

Auch LGBT-Sexarbeiter*innen haben Anspruch auf humanitäre Standards und den Schutz vor Gewalt. Jedoch sind insbesondere trans*-Sexarbeiter*innen in den für die Straßenprostitution ausgewiesenen aber abgelegenen Toleranzzonen besonders gefährdet, Opfer von Gewalt und Diffamierung zu werden. Ohne die Möglichkeit sich an Orten mit einem Mindestmaß an sozialer Kontrolle zu prostituieren, ist diesen Menschen oftmals die einzige Existenzgrundlage entzogen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Übergriffe, die gegen Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität begangen werden, in einer eigenständigen Erhebung erfasst, dokumentiert und veröffentlicht werden.

Demokratische Bildung: Aktiv gegen Rassismus und Extremismus

Demokratie ist auf Demokratinnen und Demokraten und auf die Einhaltung demokratischer Verfahren angewiesen. GRÜNE Politik heißt, aktiv zu sein und Ressentiments und

Populismus mit Überzeugung und Sachargumenten zu kontern. Dabei wissen wir: Komplexe Herausforderungen erfordern differenzierte Antworten.

Erfolgreiche Politik braucht Expertise und Vernetzung. Deswegen haben wir GRÜNE die Antiradikalisierungsarbeit im AmKA personell verstärkt und uns für ein Ämternetzwerk unter der Federführung des AmKA eingesetzt. Das AmKA hat hier eine langjährige Expertise, hat Fortbildungsreihen begonnen, Informationsmaterial erarbeitet und direkte Beratung übernommen. Wir werden diese Arbeit ausbauen und um den Aspekt demokratischer Bildung und interkultureller Jugendarbeit erweitern.

Die aktuellen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind eine direkte Bedrohung unserer Demokratie und unserer Werte. Wer Asylbewerberheime angreift, wer Menschen angreift, die bei uns Schutz und Zuflucht vor Verfolgung suchen, der greift unseren Rechtsstaat an.

Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit, Fundamentalismus und Extremismus dürfen in unserer weltoffenen, liberalen Stadt keinen Platz haben. Gerade der Salafismus wirkt auch in Frankfurt zunehmend attraktiv auf Jugendliche. Wir GRÜNE nehmen auch dies ernst und werden dem entschieden begegnen. Erschreckende und aufwühlende Auswüchse wie die NSU Morde, von Pegida und Konsorten oder die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Geflüchtete verunsichern. Dagegen stehen wir gemeinsam mit der großen Mehrheit der FrankfurterInnen für ein vielfältiges, buntes und offenes Frankfurt und stellen uns gegen jede Form des Menschhasses.